



Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft Fernerst
Dass Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen,
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
G. Herrwegh.

Telephon Nr. 2325.

Der

Gedachto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Auf jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die zweimal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 40 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich „ 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 34.

Wien, den 1. Dezember 1911.

19. Jahrg.

Wie ein Minister über die Fleischnot spricht.

Es wird nun allgemach immer schöner, zuzusehen, mit welcher gleichgültigen Geringschätzung die verantwortlichen Regierungsorgane der brennenden Frage der Teuerung gegenüberstehen. Vor wenigen Tagen erst haben wir es aus dem Munde des neuen Ministerpräsidenten vernommen, daß er, gleich wie sein Vorgänger im Amte, unerschütterlich an der Geheimabmachung des Herrn Dr. Weisskirchner mit der ungarischen Regierung festhält, und daß sonach gar keine Aussicht besteht, daß wir genügend Fleisch aus dem Ausland bekommen. Und ein paar Tage später ergreift auch der Leiter des Ackerbauministeriums, Herr Dr. v. Zaleski, in der Frage des allgemeinen Notstandes das Wort, um der konsumierenden Bevölkerung mitzuteilen, daß es, soweit die immer wieder berührte Fleischfrage in Betracht komme, eine Fleischnot in Oesterreich gar nicht gibt. Die vielen Tausende von Arbeitern, die heute in den Städten, wo der stark aufreibende Beruf speziell zur Fleischernährung zwingt, werden natürlich die Rede des Ressortchefs der agrarischen Regierungszentralstelle mit Verwunderung vernommen haben, denn sie leiden seit Monaten unter dem Mangel von Fleisch und unter den dadurch hervorgerufenen hohen und unerschwinglichen Preisen.

Aber der Leiter des Ackerbauministeriums hat es vor wenigen Tagen in einer Parlamentsrede durch statistische Ziffern bewiesen, daß dieser allgemein empfundene Mangel nur eine Fiktion ist, denn ein Vergleich des Gewichtes der Viehsendungen am Wiener Markte, der als Maßstab für das Reich betrachtet werden könne, habe ergeben, daß der Gewichtszuwachs im heurigen Jahre um 250.000 Meterzentner größer geworden ist als im Jahre 1900. Rechnet man zu den Rindern die Schweine, die mehr auf den Markt aufgetrieben wurden, hinzu, so ergebe sich eine Erhöhung des Wiener Fleischkonsums um 1.250.000 Meterzentner. Legt man dieser sich daraus ergebenden Berechnung die Bevölkerungszunahme zugrunde, so ergebe sich noch immer eine günstige Situation, denn — so sagt Herr v. Zaleski — wenn wir den Konsum per Tag in Wien berechnen, so entfallen per Tag auf eine Person im Jahre 1905 206 Gramm, im Jahre 1906 205 Gramm, im Jahre 1907 212 Gramm, im Jahre 1908 218 Gramm, im Jahre 1909 218 Gramm, im Jahre 1910 — ein kleiner Rückgang — 212 Gramm, das ist um 6 Gramm weniger per Tag. Ich bitte, setzte Herr v. Zaleski zu dieser „Berechnung“ hinzu, um eine Apothekerwage, damit wir dies genau abwägen können. Und die bürgerlichen Abgeordneten lachten zu diesem geistreichen Witz.

Die Wiener Arbeiter werden also jetzt erst recht passiv sein, wenn sie hören, daß jeder von ihnen immer noch täglich eine Fleischration von über 200 Gramm zur Verfügung hat. Aber der Verdacht wird bei manchem nicht unterdrückt werden können, daß die auf sie nach der ministeriellen Berechnung entfallende Portion von — einem anderen weggeessen wurde. Wie man sieht, ist es schwer, die Argumente österreichischer Regierungsmänner immer mit dem notwendigen Ernst zu behandeln. Aber es ist nötig, um zu zeigen, in welcher Weise selbst im Parlament die agrarischen Taschenspielerkunststücke vorgeführt werden.

Die Ziffern, die der Herr Leiter des Ackerbauministeriums vorführt, würden nämlich auch, wenn sie richtig wären, zunächst sehr wenig beweisen. Die Aufteilung des Gesamtkonsums auf die einzelnen Glieder der Bevölkerung ist nämlich vor allem in einer Großstadt mit einer Millionenbevölkerung ein höchst unzuverlässiger Maßstab, und wenig geeignet, die Ernährungsverhältnisse der breiten Schichten auch nur

annähernd richtig zu erfassen. Hier spielt eben die Differenzierung der sozialen Schichtung eine solche Rolle, daß immer noch ein großer Teil der Bevölkerung auch in Zeiten der unzulänglichen Verproviantierung die daraus entstehenden teuren Preise zu überwinden vermag. Aber es ist die Frage, ob die Preise, die ein im Lande vorherrschender Mangel an genügendem Schlachtvieh, notwendigerweise erzeugt, von der arbeitenden und armen Bevölkerung gezahlt werden können, und ob sich nicht gerade daraus ein Ernährungsfizit für diesen weitaus größten Teil der Bevölkerung ergibt. Gerade mit dem Wachstum der städtischen Bevölkerung wachsen auch gewisse soziale Ober- und Mittelschichten, auf deren Konto eine Konsumsteigerung gewisser Artikel zu buchen ist, während gleichzeitig nach unten hin ein Rückgang in Zeiten der Teuerung unabwieslich feststeht, der sich freilich hinter den Ziffern der Statistik verbirgt. Zudem aber bilden gerade die hohen Fleischpreise, die sich in einer Großstadt aus dem unabwieslichen Fleischmangel bilden, einen Anreiz für die Versorgung des Marktes, der für Lieferanten und Zwischenhändler höhere Gewinne garantiert. So kann also ein vermehrter oder gleichgebliebener Fleischkonsum, selbst wenn ein solcher nachweisbar ist, in Zeiten der Teuerung immer noch auf Kosten anderer Kulturbedürfnisse erfolgt sein, ein Umstand, der sozial genommen, immer noch ein schweres gesellschaftliches Uebel ist.

Zeigt diese Betrachtungsweise schon einerseits, daß die Ziffern des Herrn v. Zaleski, auch wenn sie richtig wären, nichts weiter als eine agrarische Taschenspielererei beinhalten, so muß andererseits festgestellt werden, daß sie auch nicht einmal rein ziffernmäßig den Tatsachen entsprechen, sondern einfach tendenziös, nach dem bekannten Hergeheiß, den agrarischen Bedürfnissen entsprechend, gruppiert worden sind. Den Beweis, daß die Ermittlungen des Herrn Zaleski rein ziffernmäßig falsch sind, liefern nämlich die von der k. k. städtischen Zentralkommission herausgegebenen „Statistischen Monatshefte“, in denen der Nachweis erbracht wird, daß in Wien per Kopf der Bevölkerung im Jahre 1900 noch 82 Kilogramm, im Jahre 1905 nur 74 Kilogramm und im Jahre 1907 nur noch 68 Kilogramm Fleisch konsumiert worden sind. Daraus ergibt sich für den Tageskonsum eine weit ungünstigere Durchschnittsziffer, als wie sie H. v. Zaleski ermittelt haben will, und das Bild, das man sich daraus über die Ernährung der untersten Schichten zu konstruieren vermag, wird mit Rücksicht darauf, daß hier die wahre Durchschnittsziffer durch den in den amtlichen Zahlen inbegriffenen Mehrkonsum der Oberschichten kleiner wird — geradezu trostlos.

In einem noch kräftigeren Licht erscheint übrigens das Bild der allgemeinen Fleischnot durch eine Arbeit, die der bekannte Prager Gelehrte Professor Dr. Rauchberg am 17. Oktober 1911 in der „Neuen Freien Presse“ veröffentlicht hat. Auf Grund der Ergebnisse der amtlichen Viehzählung vom Jahre 1910 weist Rauchberg nach, daß seit dem Jahre 1900 die Zahl der Rinder um 351.362 Stück oder 3.74 Prozent, die Zahl der Schafe um 192.440 Stück oder 7.36 Prozent abgenommen hat. In dieser Zeit ist aber auch die Einwohnerzahl Oesterreichs von 26.2 Millionen auf 28.6 Millionen, also um 9.2 Prozent gewachsen, was den Rückgang an Schlachtvieh noch empfindlicher erscheinen läßt. Daraus zieht Rauchberg den drastischen Schluß, daß heute je 100 Menschen jährlich beiläufig 4 1/2 Rinder weniger zu essen haben als vor zehn Jahren. So sieht in Wirklichkeit das Bild aus, das der Minister über die inländische Fleischversorgung dem Parlament zu bieten wagt! Ein Zahlenjongleur, dessen

Vorstellung die Agrarier allerdings mit schmunzeln dem Behagen ansehen.

Die Arbeiterschaft, die in den Städten die österreichische Fleischnot und die damit verknüpfte Teuerung längst schon wie eine katastrophale Wirkung empfindet und für die die daraus hervorgehende Schädigung ihrer Lebenshaltung zu einer hygienischen Gefahr wird, muß heute schon die gesamte industrielle und gewerbliche Arbeiterschaft darauf aufmerksam machen, daß schließlich diese agrarische Vorherrschaft, die durch derartige ministerielle Reden noch gestützt wird, auch auf ihre Kosten gehen muß. Denn schließlich ist es klar, daß der Arbeiterschaft, wenn der Kampf gegen den agrarischen Einfluß auf politischem Wege versagt, nichts übrig bleibt, als durch starke gewerkschaftliche Organisationen höhere Löhne zu erkämpfen. Und da werden sich auch die gewerblichen Kreise sehr bald entscheiden müssen, ob sie den Kampf lediglich gegen die gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter oder mit diesen gemeinsam gegen die die gesamte Volkswirtschaft bedrohende agrarische Uebermacht führen wollen!

Das ist der Nationalverband.

Im „Neuen Wiener Tagblatt“ finden wir einen Vers, von dem das Blatt versichert, er sei nach der Abstimmung über die Teuerungsanträge von einem „führenden deutschböhmisches Abgeordneten“ verfaßt worden:

Der eine saß, der andere stand,
Der stimmte „für“, der stimmte „wider“ —
Das ist der Nationalverband!
Stimmt an das Lied der Nieder

Wenn wir auch von der Politik der „führenden deutschböhmisches Abgeordneten“, was halt in der deutschbürgerlichen Presse so genannt wird, nicht viel halten, diesem Klapphornvers können wir unsere Bewunderung nicht versagen. So mit wenigen Worten den Nationalverband vor uns hinstellen, wie er leibt und lebt, das bringt nur jemand zuwege, der die Gesellschaft ganz genau kennt. Ja, das ist der Nationalverband, wie er sich wieder in der Abstimmung in der Fleischfrage in ganzer Glorie gezeigt hat.

Aber der Nationalverband sind nicht nur die hundert Helben, denen es zufällig gelungen ist, die Wähler zu foppen und das Recht, für und wider zu stimmen, zu ergattern. Der Nationalverband sind nicht nur die Produkte der schmutzigen Kampfweise der ehrenwerten Gilde der deutschnationalen Schriftleiter; zum Nationalverband gehören auch diese Schriftleiter und ihre Zeitungen, diese Schriftleiter, von denen nach der Abstimmung über die Teuerungsanträge der „führende deutschböhmisches Abgeordnete“ wahrscheinlich in Variation des „Grafen v. Luxemburg“ weiter dichten wird:

Der schreibt rechts, der schreibt links,
Praktisch ist's, allerdings!

Erst mit dieser Hinzufügung wird die Schilderung des Deutschen Nationalverbandes ganz sein. Greifen wir nur auf das Geratewohl einige dieser Zeitungen heraus:

Das „Gablitzer Tagblatt“ — der Glöckner, der am 1. Dezember 1910 gegen die unbeschränkte Einfuhr argentinischen Fleisches gestimmt hat, hat am 22. November 1911 dafür gestimmt — ist sehr radikal:

„Nichts ist geschehen, um die Teuerung zu lindern, das Volkshaus hat dem Volke nichts gegeben. Das Parlament hat durch seine Beschlüsse gerade jene Aeußerung des gemessenen Ministerpräsidenten Gautsch bestätigt, in der er geringfügig von der Initiative des Hauses sprach und sagte, daß die Regierung auch ohne das Ab-

geordnetenhaus wisse, was sie zu tun habe... Die Regierung kann weiter machen, was sie will, sie darf sich fürderhin den Agrariern und Ungarn ebenso beugen, wie sie es bisher getan, das Abgeordnetenhaus hat nichts dagegen einzuwenden. So will es die Mehrheit und das ist Beschlus, dem sich die Minderheit zu fügen hat..."

Und zum Schluß:

„Graf Stürgkh kann mit dem Parlament zufrieden sein, es hat ihm nicht die geringste Verlegenheit bereitet, das Fleisch bleibt weiter wahnfinnig teuer.“

Ganz richtig, aber doch hütet sich das Blatt, zu erzählen, daß dieser Beschlus nur durch die Mitwirkung des Nationalverbandes zustande gekommen ist. Hätten die Nationalverbändler, die gegen den Antrag Renner stimmten, für ihn gestimmt, so wäre der Antrag angenommen worden. Ja noch mehr, hätten die 34 Nationalverbändler, die gegen den Antrag ihres Parteigenossen Dr. Waber stimmten, sich auch nur der Abstimmung enthalten, so wäre der Antrag Waber angenommen worden!

Entrüstet über das Parlament ist zum Beispiel auch die Reichenberger „Deutsche Volkszeitung“:

„Das Abgeordnetenhaus, das zweite Volkshaus, hat in einer wichtigen Volksfrage versagt, gänzlich versagt. Was gestern beschlossen wurde, sind inhaltlose Beschlüsse, leere Versprechungen, Wechsel auf die Zukunft. Durch sie kann der Teuerung im Volke nicht Einhalt getan werden.“

Auch hier finden wir eine kleine Lücke: Unter denen, die gegen den Antrag Renner stimmten, war auch der Reichenberger Nationalverbändler Partl. Was beschlossen wurde, sind inhaltlose Beschlüsse. Ganz richtig, aber am 1. Dezember 1910 war das, was diesmal beschlossen wurde, der Antrag des Nationalverbandes. Damals war es, mit ganz wenigen Ausnahmen, der ganze Nationalverband, der mit seinem Antrag Stölzel einen inhaltlosen Beschlus herbeiführte.

Die Wernsdorfer „Abwehr“ — das Blatt des Verwaltungsrates der Zuckervertreuer — lügt ihren Lesern vor:

„Die städtischen Vertreter des Deutschen Nationalverbandes haben für alle Fleischanträge gestimmt.“

Es gehört schon eine gehörige Portion nationalverbändlerischer Frechheit dazu, so etwas niederzuschreiben, nachdem die Führer der städtischen Abgeordneten gegen den Antrag Renner gestimmt hatten! Noch stärker ist es aber, wenn das Zuckerblatt schreibt:

„Deshalb (nämlich um die Verbilligung des Fleisches durchzusetzen) hatte sich der Deutsche Nationalverband sofort nach den Reichsratswahlen mit der Regierung ins Einvernehmen gesetzt und die Einfuhr ausländischen Fleisches verlangt. Im Abgeordnetenhaus leitete er eine große Aktion ein und es ist bezeichnend, daß in der Fleischdebatte gerade Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes, Dr. Waber und Dr. Secher, mit großer Entschiedenheit den österreichischen Standpunkt gegenüber Ungarn vertraten.“

Aber noch bezeichnender ist, daß gerade Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes mit großer

Entschiedenheit gegen die Einfuhr argentinischen Fleisches auftraten und am bezeichnendsten, daß die Nationalverbändler den Antrag ihres Parteigenossen niedergestimmt haben.

Zum Kranzchen ist aber, wie sich das Blatt des Stölzel, das „Salzburger Volksblatt“ herauswinden möchte. Es möchte einerseits — wohl in Erinnerung der Artikel, die die ganze Nationalverbandspresse nach dem 1. Dezember 1910 geschrieben hat — so tun, daß der Antrag Steinhaus den Kern der Sache getroffen habe. Man kam zu dem Resultat, daß es „weder Sieger noch Besiegte gebe“. Aber es muß zugeben, daß die Abgeordneten Stölzel und Urban „eine Sonderstellung eingenommen“ haben — wie man doch in der Nationalverbandsprache den Verrat nennt! — aber wenn es auch diese „Sonderstellung“ nicht zu verteidigen wagt, sagt es doch: „Wir müssen es dem Herrn Abgeordneten Dr. Stölzel überlassen, seine sicher wohlbegründete Haltung zu erklären.“ Sie kennen die Gründe nicht, aber sie schreiben von der „wohlbegründeten“ Haltung.

Wir haben aufs Geratewohl einige Zeitungen herausgegriffen. Dabei sind die eigentlichen agrarischen Blätter noch nicht erschienen. Erst mit diesen wird das Bild ganz vollständig sein. Aber auch so zeigt sich schon die Konfusion, die den Nationalverband so besonders auszeichnet:

Das ist der Nationalverband,
Stimmt an das Lied der Lieder!

Die Forderungen der Eisenbahner.

Beratungen beim Ministerpräsidenten.

Wir haben in der letzten Nummer unseres Blattes bereits in gedrängter Kürze über die am 17. November l. J. mit dem Ministerpräsidenten stattgefundene Beratung der Parteiohnmänner über die Eisenbahner- und Staatsangestelltenfrage berichtet. Wir tragen hier den vollständigen Bericht nach. Die Besprechung, die nach 2 Uhr unterbrochen und um 6 Uhr fortgesetzt wurde, nahm folgenden Verlauf:

Ministerpräsident Graf Stürgkh erklärte, er müsse die wertvolle Arbeit anerkennen, die der Ausschus und seine Subkomitees geleistet haben. Nichtsdestoweniger bestche keine volle Klarheit darüber, nach welchen Grundsätzen die Gehaltsregulierung vorgenommen werden solle. Eines aber gehe aus allen Kundgebungen hervor, daß man sich gegen das formale Junktim mit den Steuervorlagen wendet und gewichtige finanzpolitische Bedenken dagegen erhebt, daß die Personal-einkommensteuer gewissermaßen zu einer Zwischsteuer degradiert wird. Mit diesen Einwänden muß die Regierung rechnen. Die Regierung hält daher an dem streng formalen Junktim nicht mehr fest. Andererseits aber müsse man sich vor Augen halten, daß bei der Geschäftslage des Hauses die Hoffnung immer geringer werde, mit den Arbeiten fertig zu werden, um so mehr, als das Abgeordnetenhaus bei der Schaffung eines Gesetzes über die definitive Gehaltsregulierung auch auf dem Gesetzgebungswege die notwendige Bedeckung durch Steuern schaffen müsse. Die Regierung schlägt daher eine kombinierte Aktion vor, bestehend aus einer definitiven Hauptaktion und einer provisorischen Nebenaktion.

Die Hauptaktion umfaßt zunächst die Vorlage einer Dienstpragmatik unter Berücksichtigung der Ergebnisse mit gesetzlicher Festlegung des Zeitabkündigungs. Für jene Kategorien, deren Verhältnisse nicht im Gesetzgebungswege, sondern im Verordnungswege geregelt werden, wie zum Beispiel die sogenannten Verwaltungsbeamten, Offizianten, Aushilfsdiener u. s. w., wird die Verordnung mit Berücksichtigung der Arbeiten des Subkomitees erlassen

werden. Sie umfaßt ferner die definitive Regelung der Bezüge aller Angestellten und Bediensteten der vom Staate geführten Betriebe, also der Bezüge der Eisenbahner und der staatlichen Arbeiter. Für diese kann mit 1. Jänner 1912 und ohne Rücksicht auf die Bewilligung aller Steuern sofort eine definitive Regelung Platz greifen, weil die Bedeckung dafür aus den Betriebsergebnissen erfolgen kann. Die Kosten dieser definitiven Aktion werden nicht unerheblich über jene Beträge, die in dem jetzt zur Verhandlung stehenden Gesetz vorgesehen sind, hinausgehen und daher hoffentlich allgemeine Befriedigung schaffen.

Was nun die zuerst erwähnte Aktion betrifft, so können die Vorarbeiten für diese Dienstpragmatik sowie deren Beratung im Hause und die Beratungen in den Ministerien über die definitive Verordnung und schließlich die Regelung der notwendigen Steuervorlagen nach Ansicht der Regierung bis Mitte Dezember, welche Zeit das Haus mit Berücksichtigung auf das Herrenhaus verwenden möchte, nicht geleistet werden. Da sich aber die Hoffnungen aller Angestellten auf den 1. Jänner 1912 richten, so erwachte der Regierung die Pflicht, auch für diese Zeit wenigstens provisorische Vorkehrungen zu treffen, und sie sei bereit, dies durch eine Anfang Jänner auszuhaltende nicht wiederkehrende Subsidienzulage im Betrage der Hälfte der in der Vorlage vorgesehenen Jahreserhöhung zu tun. Für diese Verfügung, die im Verordnungswege von der Regierung getroffen werden könne, wäre die Bedeckung in den Kassenbeständen zu suchen. Dann hätte das Haus Zeit genug, um in der ersten Hälfte 1912 die definitive Regelung vorzunehmen.

Dr. Fiedler konstatiert, daß der ganze Tschechenklub einig darin sei, daß er jede provisorische Regelung ablehne, insbesondere lege er für die Beamten auf die Einführung des Zeitabkündigungs, für die Diener auf die Einrechnung der provisorischen Dienstzeit den allergrößten Wert.

Daszinski wendet sich ebenfalls gegen die provisorische Verfügung. Die Idee des Ministerpräsidenten sei eigentlich nichts anderes als eine Wiederholung der Willkürlichen Vorschläge, die schon entschieden zurückgewiesen wurden. Wenn auf die Knappheit der Zeit hingewiesen werde, so sei das nicht Schuld des Hauses, sondern der Regierung. Er fragt den Ministerpräsidenten, wann er die Dienstpragmatik vorlegen wird.

Der Ministerpräsident erwidert, er werde die Dienstpragmatik innerhalb vierzehn Tagen vorlegen.

Ferner beteiligen sich an der Debatte der Minister des Innern Baron Heinold und die Abgeordneten Renner und Elvert. Dieser erklärt, er halte sich als Obmann des Staatsangestelltenausschusses für verpflichtet, gleichfalls gegen die provisorische Regelung entschieden Verwahrung einzulegen. Die Beratung der Dienstpragmatik, die man zugleich mit der Einführung des Zeitabkündigungs schaffen muß, erfordert durchaus nicht so viel Zeit, als man annimmt. Die Vorarbeiten waren schon in der früheren Periode so weit gediehen, daß jede Partei ganz genau weiß, wie sie sich in den einzelnen prinzipiellen Fragen zu verhalten hat. Auf eine präzise Frage des Ministerpräsidenten erklärt er, daß er als Obmann des Ausschusses es für möglich halte, die ganze Vorlage, sofern die Dienstpragmatik sofort vorgelegt wird, bis Mitte Dezember fertig zu stellen.

Hoffmann und Wardsch wenden sich gleichfalls gegen den Vorschlag der Regierung.

Waber bespricht das ungenügende Abkündigungs- und verlangt, es müssen mindestens jene Abkündigungsbedingungen wiederhergestellt werden, die bis 1901 bestanden haben.

Seit nimmt zur Kenntnis, daß der Ministerpräsident die definitive Regelung der Bezüge der Eisenbahner sofort vornehmen will, und bittet dringend, die Angelegenheit der Eisenbahner möglichst zurecht zu legen, damit bei den Eisenbahnern Beruhigung geschaffen werde. Selbstverständlich könnte dabei unter den Betrag von 88 Millionen, dessen Notwendigkeit von allen Parteien anerkannt wird, nicht herabgegangen werden. Er spricht sich ebenfalls dagegen aus, daß man jetzt schon immer von provisorischen Vorkehrungen rede, ohne auch nur den Versuch einer definitiven Regelung zu machen. Die Folge davon kann nur sein, daß das Gewissen der Parteien beruhigt und ihre Arbeitslust gelähmt werde. Die Regierung macht gegen eine sofortige definitive Regelung zwei Schwierigkeiten

Feuilleton.

Im Schnelzug.

Traurige Landschaft — farblos und freudlos —
Nacht denn hier niemals ein leuchtender Mai?
Stille Gassen, schmutzige Böse,
Düstere Mauern fliegen vorbei.
Reile um Reile, wie drohende Riesen,
Nagen die Schöte zum Himmel empor.
Rauchwolken lagern über den Schindeln,
Dunkel und schwer wie ein Trauerflor.

Sinter den Mauern, unter den Schloten
Klingen Millionen ums tägliche Brot;
Eintönig fliegen dahin ihre Tage
In rastloser Arbeit und bitterer Not;
Und diese Landschaft, farblos und freudlos,
Schleicht von der Wiege zum Grabe sie ein.
Wir deine Schönheit du herrliche Erde,
Ihnen nur all' deine Last und Pein!

Doch sieh', nun taucht die Abendsonne
Die traurige Landschaft in freudiges Licht,
Als wollte sie sagen: Ihr Müden und Armen,
Auch euch noch leucht' ich; verzaget nicht!
Als wollte sie sagen: ein Tag wird kommen,
Da bring' ich durch Mauern und Schöte hinein,
Und die Erde, die weite herrliche Erde,
Wird euer, auch euer, auf immer sein. G. e. b.

Zur Vertreibung der Salzburger Protestanten.

Die erste Vertreibung evangelisch gewordener Bauern aus der Salzburger Gegend fand schon im Jahre 1526 statt. In nächster Nähe von Bad Gastein steht ein noch gut erhaltener Bauernhof, der sogenannte Lutherhof in der Gemeinde Ardaber; der Hof heißt auch „beim Zieltrauer“. Hier lebte zur Zeit des großen Bauernkrieges Martin Lodinger, der mit Luther in Briefwechsel stand und der das ganze Gasteiner Tal für die neue Lehre gewann. Von diesem Manne, der 1557 gezwungenerweise nach Nürnberg übersiedelte, haben wir eine „Vermaahnung an seine Gasteiner Landsleute“, betitelt: „Zwo Trostschriften, welche der fromme christliche und getreue Diener Gottes Martinus Lodinger an seine verfolgten Brüder

und Landsleute kürzlich vor seinem seligen Ende geschrieben hat.“ In der damaligen Bewegung ging wie überall politische und religiöse Erregung stark durcheinander, wie es denn auch zur Erstürmung Salzburgs durch die größtenteils protestantischen Bauern kam. Weitere Verfolgungen mit Auswanderungen aus dem Salzburger Gebiet lassen sich nachweisen in den Jahre 1603 bis 1687. Der kaiserliche Kanzler Berger schreibt am 7. Mai 1615 an den Landrichter von Gastein: „Vorgestern bin ich in Hallein gewesen, hab allda gesehen, daß sich 218 Gasteiner, Manns- und Weibspersonen, aufs Wasser begeben und nach Oesterreich gefahren. Es ist gut, daß dies Unkraut außer Land kommt. Der Allmächtige werdet hoffentlich mehr Glück und Segen verleihen.“ Die evangelischen Bergknappen des Dürnberrgs zu Hallein wurden 1686 vertrieben; an ihrer Spitze stand der Verfasser des berühmten Exulantenliedes, Josef Scheitberger, der sich ebenfalls nach Nürnberg wandte. Das passende schlichte Lied heißt:

Ich bin a armer Exulant,
A so thu i mi schreiba,
Da thuet mi aus dem Vaterland
Um Gottes Wort vertreiba.

Das woach i wohl, Herr Jesu mein,
Es is Dr a so ganga,
Zeht will i der Nachfolger sein,
Herr, mach's nach Dein Verlanga.

Ein Pilgrim bin i halt nu mehr
Muß reisa fremde Stroaße,
Das bitt i Di, mein Gott und Herr,
Du wirft mi nit verloaßa.

Anderer Lutheraner waren im Defereggental entdeckt und von Erzbischof Sandolf v. Rhuenburg (1668 bis 1687) verjagt worden. An dieses Vorkommnis scheint Schönherr in „Glaube und Heimat“ angeknüpft zu haben. Die Protestanten wurden damals im tiefsten Winter vertrieben, eine Schändlichkeit, die der Große Kurfürst dem Erzbischof offen als solche vorhielt. Unter Franz Anton v. Harrach (1709 bis 1727) kamen ruhigere Zeiten, bis durch Firmian (um 1744) im Jahre 1731 ff. die letzte und größte Austreibung erfolgte. Zu der Zeit wurde von den Protestanten in Schwarzach-St. Veit im Pongau der „Salzbund“ geschlossen; der Tisch mit der Darstellung der Gründung ist noch heute im dortigen Eggerischen Gasthause zu sehen. Der Kanzler Christian v. Mall nahm

im Salzachtal ein Verzeichnis von 20.678 evangelischen, darunter 850 reichen Familien auf, wovon etwa 30.000 Köpfe ihres Glaubens willen in die Fremde zogen. Auf Grund des „Emigrationspatents“ von 1731 hatten 6000 Mann kaiserlicher Truppen die Vertreibung vorzunehmen. Das Original des Patents, eines langen Machwerks von Schmutz und Gehässigkeit, befindet sich im Salzburger Museum. Der teilweise Text lautet:

„Alle nicht eingeseffenen Einwohner über 12 Jahre sollen binnen acht Tagen über die Grenze gehen. Alle Arbeiter in Bergwerken, Salzwerken, Gütten und Holzstritten sind von Stund an entlassen, ihres Gnadengehaltes quitt, und müssen über die Grenze. Jeder Bürger und Handwerker hat als Meineidiger sein Bürger- und Meisterrecht verwirkt, und muß binnen 8 Tagen davon. Die Landbesitzer und Angeseffenen haben eine Frist von zwei bis drei Monaten, um ihr Eigentum zu verkaufen, dürfen aber nicht mehr als einen Menschen ihrer Konfession im Dienste behalten. Alle Befehle sind zu befolgen bei Verlust des Besizes, der Freiheit und des Lebens. Die Räufelsführer werden von der Gnade der Auswanderung ausgeschlossen und besonders zur Verantwortung gezogen.“

Als der Landrichter Christian v. Stodhausen um Ausführungsbestimmungen anfragte, erhielt er die Antwort: „Die Emigrationspatente müssen vollzogen werden, es gehe, wie es wolle; leide, wer leiden kann; keine Gnade, kein Mittel, ein anderes ist nicht zu hoffen, es koste Leben, Blut und Geld und was es immer sein wolle. Und wird man also halb mit den Angehörigen, Anderen zur Abscheu, ein Exempel machen, auch wider die Widerpenstigen Gewalt brauchen. Daher sind auf alle Weise und ohne Widerrede die „patentes rigorosissime“ und mit höchstem Fleiß zu vollziehen.“

Trotz der Intervention protestantischer Fürsten mußten auch diesmal sämtliche Evangelischen im strengsten Winter 1731/32 fort; 20.000 fanden Aufnahme in Preußisch-Litauen, wo deren Nachkommen noch heute ihre Herkunft in treuer Erinnerung bewahren, und schon durch die oberdeutschen Familiennamen ihre Abstammung von den eingewanderten Salzburger Bauern verraten. Von den übrigen ging ein Teil nach Amerika. Bekanntlich hat Goethe den Stoff zu „Germann und Dorothea“ aus dem Buch „das liebthätige Gero gegen die Salzburgerischen Emigranten“ geschöpft, worin eine rührende zeitgenössische Schilderung der armen heimatlosen Salzburger Auswanderer von 1731 enthalten ist.

geltend: erstens die gesetztechnische, zweitens die Schwierigkeit der Lösung der Bedeckungsfragen. Daß gesetztechnische Schwierigkeiten nicht bestehen, wird jeder nach den Ausführungen der Mitglieder des Ausschusses und des Obmannes zugeben, aus denen hervorgeht, daß der Ausschuß vielmehr ganz leicht bis Mitte Dezember fertig werden könnte. Die Regierung hätte nur die Pflicht, die Dienstpragmatik unverzüglich vorzulegen und die gewiß fertiggestellte Vorlage nicht noch weitere vierzehn Tage zu verzögern. Die Bedenken bezüglich der Bedeckung wendet die Regierung jedoch bloß deshalb ein, weil sie die Beamtenvorlage als Vorspann für eine Finanzreform benutzen will. Wenn sie die Kosten einer provisorischen Regelung für das erste Halbjahr aus den Kassenbeständen decken kann, so ist sie gewiß auch in der Lage, die Kosten einer definitiven Regelung bis zur Bewilligung der Bedeckung aus den Kassen zu bestreiten. Es sind daher beide Bedenken der Regierung hinfällig und es werden sich kaum Abgeordnete finden, die einem Provisorium früher zustimmen, als nicht auf das efflatanteste der Beweis erbracht ist, daß die definitive Regelung im Dezember nicht mehr möglich ist. Aber selbst dann, wenn infolge der Verzögerungen sich die Schaffung eines Provisoriums als notwendig erweisen sollte, müßte die Dienstpragmatik mit rückwirkender Kraft vom 1. Jänner 1912 an ins Leben treten. Das ist deshalb notwendig, weil von diesem Tage an auch die Vorrückungsschriften für die Zeitbeförderung gerechnet werden müssen. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Fragen müßte nicht nur das Abgeordnetenhaus schon derzeit in einem Beschluß diese rückwirkende Kraft fordern, sondern es müßte sich auch die Regierung bereit erklären, dafür einzutreten und auch im Herrenhaus mit ihrer ganzen Autorität dahin zu wirken, daß diese rückwirkende Kraft in das Gesetz aufgenommen wird. Mit Rücksicht darauf, daß bei der alten Vorlage betreffend die Dienstpragmatik die Bestimmungen über die Diener vollkommen ungenügend waren, richtet der Redner an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob er in der neu einzubringenden Vorlage mit der Rechtsfrage der Beamten auch die der Diener in gleicher Weise zu regeln gedenke.

Graf Stürgkh beantwortet die von Seih an ihn gerichteten Fragen. Die Diener werden in die Dienstpragmatik einbezogen werden. Ob es möglich sein wird, die Rückwirkung festzulegen, hängt von der Bedeckung ab. Bezüglich der Eisenbahner bestätigt er, daß die Regelung schon am 1. Jänner 1912 erfolgen werde. Die Höhe des Betrages, den er dafür auswerfen könne, müsse natürlich in ein Verhältnis zu den allgemeinen Betriebskosten der Eisenbahnen gebracht werden. Korotowski ist namens des Polenklubs gegen jede provisorische Regelung.

Dr. v. Fuchs erklärt, nicht namens der Christlich-sozialen Partei, sondern nur für sich sprechen zu können. Er halte es für seine Pflicht, in diesem Augenblick darauf zu verweisen, daß der Staat große und mindestens ebenso unabweisbare und wichtige Aufgaben vor sich habe wie die Ausgaben für die Staatsbediensteten. Die Sanierung der Landesfinanzen werde jährlich Millionen, die militärischen Reformen mindestens zwanzig Millionen, die Sozialreform hundert Millionen kosten. Mit Rücksicht auf diese ungeheuren Zahlen sei die größte Vorsicht bei der Regelung der Bezüge der Staatsangestellten geboten! Wäre bei den Staatsangestellten nicht so maßlos agitiert worden, so würden die Wünsche dieser Kategorien bedeutend bescheidener sein!

Der Ministerpräsident erklärt, er sei dem Baron Fuchs dankbar für das Bild, das er von den Staatsfinanzen entrollt habe.

Winkel bemängelt, daß bisher die Führer der großen Parteien es unterlassen haben, zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Stellung zu nehmen. Insbesondere vermisse man eine solche offizielle Erklärung des größten Verbandes des Hauses durch den Obmann des Nationalverbandes Dr. Groß, der ursprünglich amensend war, aber nicht mitgeteilt hat, wie sich sein Verband zu dieser Frage verhält. Interessant wäre auch, wie sich die christlichsoziale Partei zu den Ausführungen ihres Vertreters Dr. v. Fuchs stellt. Gegenüber Fuchs bemerkt er, daß es bei den Beamten seiner besonderen Agitation bedürfte. Die einfache Tatsache, daß die Offiziersgehälter ohne jede Reibung sofort erhöht wurden, mußte die Beamten zum Vergleich anregen. Der Vorschlag der Regierung ist ungenügend. In dem Augenblick, da sich alle Parteien geeinigt haben, so rasch als möglich das Tabacament und die Dienstpragmatik zu schaffen, kommt die Regierung mit einer Doppelaktion. Das einzig Gute an dem Vorschlag ist die Feststellung, daß die Eisenbahner und die Staatsarbeiter ausgenommen wurden und ihre Angelegenheiten für sich allein beraten werden. Dadurch wird auch die gesamte Materie entlastet und es kann um so eher eine definitive Regelung erfolgen. Die Beamten sind nicht so doktrinär, daß sie es nicht verstehen würden, wenn statt am 31. Dezember die Dienstpragmatik eventuell erst am 1. Februar finalisiert würde. Allerdings verlangen sie mit Recht, daß, wenn es nicht anders gehe, dann wenigstens die Vorlage rückwirkende Kraft habe. Die Regierung möge nur rasch die Vorlage einbringen, das Haus werde dann schon seine Pflicht erfüllen.

Dr. Steinwender hält eine weitere Belastung des Budgets durch eine provisorische Ausnahme nicht für gut.

Der Ministerpräsident erklärt nun resümierend, er werde längstens binnen zehn bis vierzehn Tagen die Vorlage über die Dienstpragmatik einbringen, in der auch das Tabacament vorgesehen ist. Wenn auch sämtliche Parteien gegen das Provisorium seien, so halte er im Interesse der Beamten an dieser Idee fest. Er glaube auch, es sei nicht das letzte Wort der Parteien gesprochen worden. Sobald sich zeigen werde, daß man nicht rechtzeitig fertig werden könne, werden diese wohl von selbst auf seinen Vorschlag zurückkommen. Dann werde er die Konferenz wieder einberufen. Bei der Beratung der Dienstpragmatik könne man auf die volle Unterstützung der Regierung rechnen. Die Regierung könne nicht darauf verzichten, daß jeder Mehrausgabe eine entsprechende Erhöhung der Einnahmen gegenübergestellt werden müsse. Was die derzeit in Verhandlung stehende Vorlage des Ministeriums Gausch betrifft, so werde er, sobald die Dienstpragmatik eingebracht sei, die Bestimmungen, die dieser widersprechen, wie auch das Funktim selbstverständlich zurückziehen.

Eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten.

Während der am Freitag den 24. November l. J. stattgefundenen Sitzung des Budgetausschusses fand eine Konferenz des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh mit den Abgeordneten Seine, Baron d'Elvert, Maschka, Kemetter, Tomisch, Dr. Ellenbogen und Dr. v. Korotowski statt, die sich mit der Beratung des vom Berichterstatter Abgeordneten Seine vorgelegten Berichtes des Staatsangestelltenausschusses betreffend die Forderungen der Eisenbahner beschäftigte. Abgeordneter Seine teilte mit, daß er den Bericht fertiggestellt habe und derselbe in der nächsten Dienstadt stattfindenden Sitzung ausliegen werde. In diesem Bericht ist der Antrag des Subkomitees, der im Staatsangestelltenausschusse

einstimmige Annahme fand, enthalten und zwar daß die Forderungen an die Eisenbahner auf 38 Millionen zu erhöhen seien. Der Ministerpräsident erklärte es als Wunsch der Regierung, daß der Bericht über die Forderungen der Eisenbahner im Plenum des Hauses gleichzeitig mit den Berichten über die Forderungen der Vertragsbeamten und der staatlichen Arbeiter verhandelt werden möge. — Es handle sich hierbei um solche Kategorien von Staatsangestellten, deren Ansprüche nur im Verordnungswege geregelt werden können. Da zu gewärtigen sei, daß die letztgenannten Berichte noch im Laufe der nächsten Woche im Hause aufgelegt werden, so erlaube die Erledigung dieser Frage keinen Aufschub. Das Abgeordnetenhaus werde vielmehr noch Ende der nächsten Woche oder Anfang der zweitnächsten Woche die Beratung über alle Berichte, eventuell sogar vor der Budgetberatung aufnehmen können. Was den Beschluß des Staatsangestelltenausschusses selbst betrifft, könne er sich im Augenblicke offiziell nicht äußern und verweise nur auf die von der Regierung in den bisherigen Konferenzen über die Forderungen der Eisenbahner eingenommene wohlwollende Haltung. Die Regierung werde gewiß ihr Möglichstes tun, um die Wünsche der Eisenbahner zu erfüllen. Die Abgeordneten erklärten sich mit der Zusammenlegung der drei Berichte in einer zweiten Sitzung einverstanden.

Abgeordneter Tomisch benützte die Konferenz, um den Ministerpräsidenten noch einmal die Dringlichkeit der Durchführung der Verbesserung für die Eisenbahner auf Grund des Beschlusses des Staatsangestelltenausschusses klarzulegen und von einer Streichung an dieser Summe abzuraten.

Neuerlich der Fall Köllner.

Unsere Leser werden sich des Falles Köllner noch erinnern. Köllner, ein Arbeiter der k. k. Staatsbahnen, war über Intervention des verfaßten Abgeordneten Kroy von Teplitz nach Oberleutensdorf verlegt worden, da Kroy ihn als Agitationskraft für seinen Wahlkreis benötigte. Die Befolgung der Agitationsarbeit Köllners trug der Reichsbund deutscher Eisenbahner. Als es nicht mehr apporatum erschien, Kroy im Reichsbund eine führende Rolle spielen zu lassen, entstanden vornehmlich wegen der Frage der Befolgung des Köllner Differenzen zwischen der Landesleitung des Reichsbundes für Böhmen und zwischen der Hauptleitung des Reichsbundes, die auch mit der Einstellung des Gehaltes endeten, den Köllner aus Reichsbundmitteln bezogen hatte. Bei der Austragung dieses Streitfalles führte die Landesparteivertretung des Reichsbundes ins Treffen, das Köllner von sozialdemokratischer Seite der Unterschlagung von Vereinsgeldern beschuldigt werde, daß sich Köllner bei der Aufforderung zu Kagen, hinter der Ausrede verhanzt habe, es werde ihm von der Hauptleitung nur für den Fall des günstigen Ausgangs des Prozesses der Ersatz der Gerichtskosten zuerkannt und daß er auch nicht geklagt habe, als die Landesleitung des Reichsbundes es übernommen hatte, auch im anderen Falle die Gerichtskosten zu zahlen.

Der „Eisenbahner“ veröffentlichte in seiner Nummer 20 vom 10. Juli 1910 die Verhandlungsschrift der Landesleitung des Reichsbundes über den Fall Köllner. Es heißt in derselben wörtlich:

Unter anderem wurde er (Köllner) direkt beschuldigt, in der Zeit wo er noch Funktionär eines sozialdemokratischen Vereines war, zwischen eigenen und Vereinsgeldern nicht unterschieden zu haben.

Es ist klar, daß wir uns eines derart beschuldigten Mannes nicht zur Agitation weiter bedienen konnten, solange er sich nicht gerichtsordnungsmäßig von diesem Vorwurf befreit habe. Wir mußten daher verlangen, daß Herr Köllner den Klageweg betrete.

Er teilte uns nun ein Schreiben der Hauptleitung mit, worin sie ihn beschuldigt, nur dann Rechtschutz zu gewähren, wenn Herr Köllner freigesprochen wurde.

Als Herr Köllner nun erklärte, daß er doch daraufhin nicht klagen könne, und weil es nicht ausgeschlossen war, daß sich die sozialdemokratischen Redakteure der vollen Verantwortung entziehen könnten durch die Verschonung hinter der Vernachlässigung der pflichtgemäßen Oborge und weil wir doch die Mafellosigkeit Köllners feststellen mußten, um ihn, wie unsere Ortsgruppen wünschten, weiterhin in der Agitation verwenden zu können, beschloffen wir, Herrn Köllner zu beauftragen, auf jeden Fall zu klagen und uns mit der Hauptleitung ins Einvernehmen zu setzen bezüglich der Rechtschutzkosten, allenfalls sie auf Landesleitungskonto zu nehmen.

Weiter heißt es dann in dieser Verhandlungsschrift: „Bestimmend für uns, für die Befürwortung des Rechtschutzes an Köllner, war das Gefühl, daß Herr Köllner die Weigerung der Hauptleitung benützen wollte, um vor den Angriffen der Sozialdemokraten auszuweichen.“

Es ist aber nicht unsere Gewohnheit, solchen unbegründeten Argwohn laut werden zu lassen und so taten wir es auch nicht. Leider hat es sich aber bestätigt.

Auf eine Anfrage der Landesleitung beim Rechtsanwalt erfuhren wir, daß Herr Köllner von allen Anschuldigungen, die gegen ihn erhoben wurden, ausgerechnet jene gar nicht unter Klage gestellt hat, welche ihm den schwersten Vorwurf, den der Veruntreuung von Vereinsgeldern, machten.

Trotzdem wir ihn zweimal in der Landesleitung aufforderten, alle Sorge zu tragen, daß keine Fristen veräußert wurden, hat er diesen Artikel objektiv und subjektiv verjähren lassen.

Die übrigen Beschuldigungen dienslicher Natur, die hätten Herrn Köllner wohl weder bei uns noch bei den Gegnern in der Agitation gehindert, aber diese, die der Unterschlagung, mußte ihn unmöglich machen.

Das Interessante kommt aber noch.

Für den ersten Schreden vor der Klage verantworteten sich die sozialdemokratischen Schriftleiter hinter der Vernachlässigung der pflichtgemäßen Oborge und Herr Köllner konnte beruhigt sein, und wenn er auch für unsere Agitation, für die er bezahlt wurde, nicht zu haben war, so war er doch in vielen politischen Versammlungen recht rege tätig und ließ sich auch in Prag in die politische Zentrallleitung wählen.

Nun boten aber die Sozialdemokraten plötzlich einen umfangreichen Wahrheitsbeweis an und benützten eine Stelle eines anderen Artikels, also nicht jenen, wo der direkte Vorwurf war, denn diesen hatte er nicht geklagt, auch seine Veruntreuung unter Beweis zu stellen und auch, daß Köllner nach den Beweis anträgen der Sozialdemokraten seine Unterschlagung eingestanden und sich zur Rückzahlung verpflichtet haben soll.

Als dies von unserem Rechtsanwalt Herrn Köllner mitgeteilt wurde, gab er den Auftrag, die ganzen Klagen gegen den vollen „Eisenbahner“ und die „Freiheit“ zurückzuziehen. Das, meine Herren, sind die traurigen Tatsachen.

Nach dieser Veröffentlichung war das Urteil über die moralischen Qualitäten des Herrn Köllner hien und drüben, bei uns und unseren Gegnern abgeschlossen. Herr Ertl versuchte nur noch in einer § 19-Berichtigung von Köllner so weit als möglich abzumildern. Herr Ertl stellte fest, daß Köllner kein Mandat in der Zentrallleitung der vereinigten deutschen Arbeitervereine habe, und Köllner betätigte sich auch eine Zeitlang nicht als deutschnationaler Agitator. In dem bekannten Ehrenbeleidigungsprozeß des Genossen Prodeky gegen den Reichsbündler Jung, in dem sich Jung eine gerichtliche Verurteilung holte, war die Auffassung über die Angelegenheit Köllner keine strittige. Obwohl Jungs Verteidigung vornehmlich darin bestand, die gemachten Beleidigungen abzuleugnen, versuchte er doch nicht, etwas an der Sachlage der Angelegenheit Köllners, seines ehemaligen Reichsbundsgenossen, abzustreiten.

Nun vernehmen wir frohe Kunde! Die Sache Köllners ist in ein neues Stadium getreten. Köllner wird von den deutschnationalen Arbeitern wieder mit offenen Armen in ihre Reihen aufgenommen! Die deutschnationalen Arbeiterpresse, darunter auch der „Deutsche Eisenbahner“, berichten über eine gerichtliche Rehabilitierung Köllners, erklären diesen für vollkommen schuldlos, die Anwürfe gegen ihn einfach als aus der Luft gegriffen, wobei gleichzeitig die sozialdemokratische Presse beschuldigt wird, den Köllner wohl verunglimpft zu haben, daß sie aber dann, als die Schuldlosigkeit Köllners an den Tag trat, der Öffentlichkeit diese Wendung in dieser Angelegenheit verschwiegen.

Für uns resultiert aus der Wendung dieser Angelegenheit hauptsächlich das Behagen, Köllner nunmehr wieder dort zu wissen, wo er hingehört, im Kreise gleichgesinnter und gleichwertiger Seelen. Es wäre eine lohnende Aufgabe, auf die Eigentümlichkeiten der angeblich gerichtlichen Rehabilitierung Köllners ausführlich einzugehen. Die deutschnationalen Arbeiterpresse läßt bei der Berichterstattung über die diesbezüglichen Gerichtsverhandlungen merkwürdige Lücken offen. Man erfährt wohl, daß Köllner einen Sozialdemokraten namens Schmig, der die sozialdemokratischen Blättermeldungen über Köllner weiterverbreitet haben soll, klagte. Man erfährt aber nichts über den Ausgang des Prozesses. Als Rehabilitierung Köllners wird nicht eine Verurteilung Schmigs aufgeführt, sie erfolgte nach den Berichten dieser Blätter auf andere Art. Es wird berichtet, daß Köllner im Verlauf des Verfahrens den Antrag stellen ließ, gegen ihn selbst die Anklage auf Veruntreuung zu erheben, und hiebei sei Köllner freigesprochen worden. Angaben über den Ort und die Zeit der Verhandlungen fehlen in den Berichten der deutschnationalen Blätter und damit ist es erschwert, der Sache nachzugehen.

Zur Beurteilung des Freispruches Köllners wird aber genügen, daß man sich folgende Tatsachen vor Augen hält. Der Freispruch Köllners erfolgte, nachdem dieser über die ganze Angelegenheit viel Zeit verstreichen ließ, was wohl nicht dienlich zur Feststellung des wirklichen Sachverhaltes ist. Es handelte sich um eine Angelegenheit, die sich vor zwölf Jahren ereignete, und gegen Köllner wurden schon seit mehreren Jahren die nun aufgegriffenen Vorwürfe erhoben. Auf den Verlauf der Verhandlung, in der Köllner freigesprochen wurde, hatten seine Gegner, gegen die man nun den Freispruch auszufordern sucht, keinen Einfluß. Der Verein, um dessen Gelder es sich bei dieser Angelegenheit handelte, besteht seit Jahren nicht mehr und aus öffentlichen Gründen bestand auch kein Interesse an einer Verfolgung Köllners, auch im Falle der Nichtigkeit der Anschuldigungen gegen Köllner die Verjährung und damit eine Straflosigkeit der Angelegenheit eingetreten wäre. Es dürfte sich ferner auch hierin um keine Zufälligkeit handeln, daß Köllner zur Austragung seiner Angelegenheit jenen Gerichtsrat auswählte, der für ihn dieses Resultat ergab.

Köllner mag sich nun seines Freispruches freuen, wie wir uns darüber freuen, daß er den Leuten wieder gegeben ist, in deren Gesellschaft wir ihn nur ungern müßten. Wir halten es auch nicht für notwendig, uns mit der deutschnationalen Presse darüber auseinanderzusetzen, ob Köllner der unschuldig verfolgte Zugenengel oder ob er ein Parteimann vom Schlage jener ist, die ihre politische Existenz auf den Mangel an Verweisen gründen.

Wir würden über die ganze Sache übrigens weiter kein Wort verlieren, wenn nicht die deutschnationalen Presse den mehr als genügend erörterten „Fall Köllner“ so hinstellen würde, als ob wir Herrn Köllner, den deutschnationalen Führer, leichtfertig und grundlos verleumdet hätten. Herr Köllner hätte sich freilich damals diesen Vorwurf nicht gefallen lassen müssen. Aber er zog es vor, die eingeleitete Strafuntersuchung gegen uns und gegen die Teplitzer „Freiheit“ sofort einstellen zu lassen, als von uns der Beweis angeboten wurde. Warum, wird er wohl selbst am besten wissen. Und auch für die Öffentlichkeit dürfte das genügen, um zu wissen, was sie jetzt von der „Rehabilitation“, mit der die Nationalen in ihrem bescheidenen Reinlichkeitsgefühl so zufrieden sind, zu halten hat.

Die Möglichkeit der Erreichung des Endgehaltes für die Zugsbegleiter der Südbahn.

Um deutlich nachzuweisen, daß die Klagen über die Gärten und Zurücksetzungen betreffs der Vorrückung der Bediensteten der Südbahn tatsächlich begründet sind, bringen wir nachstehend eine Uebersicht über die Vorrückungszustände der Südbahnzugsbegleiter, die den Stand der Innsbrucker Zugsbegleiter vom 1. Juli 1911 zur Grundlage hat.

Die Erläuterungen am Schluß der Uebersicht erweisen, daß bei einigem Wohlwollen der Südbahnverwaltung ein gerechter Ausgleich möglich wäre und es werden daher diese Uebersicht zusammen mit der in der

Nr. 5 des „Eisenbahner“ vom 10. Februar 1911 erschienenen „Vergleichstabelle über den Gehaltsunterschied der korrespondierenden Jahrgänge zwischen Süd- und Staatsbahnzugbegleiter“ wertvolle Beihilfe für die Vertrauensmänner der Zugbegleiter bei vorkommenden Verhandlungen sein. Obwohl sich die Daten in der Uebersicht nur auf den Stand der Innsbrucker Zugbegleiter beziehen, kann das in derselben festgestellte Material doch im großen und ganzen allgemein angewendet werden, da es sich überall um ähnliche Zustände handelt.

Uebersicht über die am 1. Juli 1911 bei der Kategorie der Zugbegleiter der Südbahn (Station Innsbruck) innerhalb der einzelnen Jahrgänge vorkommenden Gehaltsunterschiede und Vorrückungsungleichheiten.

Kategorie	Benennung der Kategorie	Klassifizierungsjahr	Stellenjahr	Seitiger Gehalt (Kronen)	Stellenjahr in der letzten Gehaltsstufe (Jahre)	Seitiger Vorrückungsstufenjahr	Seitiger Vorrückungsstufenjahr	Seitiger Vorrückungsstufenjahr
1	Oberkondukteur	1884	27	2200	1	1.7.1911	1.7.1913	1911
1	"	1884	27	2200	2	1.7.1911	1.7.1913	"
3	"	1887	24	2000	2	1.7.1911	1.7.1913	"
3	"	1887	24	1800	2	1.7.1910	1.7.1912	"
2	"	1888	23	1800	2	1.7.1910	1.7.1912	"
2	"	1889	22	1800	2	1.7.1911	1.7.1913	"
2	"	1889	22	1600	2	1.7.1910	1.7.1912	"
4	"	1892	19	1600	2	1.7.1910	1.7.1912	"
1	"	1892	19	1300	2 1/2	1.1.1911	1.1.1913	"
9	"	1893	18	1600	2	1.7.1911	1.7.1913	"
1	"	1895	16	1300	2	1.7.1910	1.7.1912	"
1	"	1897	14	1300	2 1/2	1.1.1911	1.1.1913	"
1	"	1897	14	1300	3	1.7.1911	1.7.1913	"
3	"	1898	13	1300	3	1.7.1911	1.7.1913	"
1	Kondukteur-3.	1898	13	1300	3	1.7.1911	1.7.1913	"
1	"	1898	13	1200	2	1.7.1910	1.7.1913	"
1	"	1899	12	1200	1	1.7.1909	1.7.1912	1909
2	"	1899	12	1200	2	1.7.1909	1.7.1912	"
1	"	1899	12	1200	2	1.7.1910	1.7.1913	"
4	"	1900	11	1200	1	1.7.1909	1.7.1912	1909
2	"	1900	11	1200	2	1.7.1911	1.7.1914	"
6	"	1901	10	1200	2	1.7.1910	1.7.1913	"
3	"	1901	10	1200	2	1.7.1911	1.7.1914	"
5	"	1902	9	1200	2	1.7.1910	1.7.1913	"
7	"	1902	9	1200	2	1.7.1911	1.7.1914	"
2	"	1902	9	1200	1	1.7.1911	1.7.1914	1911
2	"	1903	8	1200	2	1.7.1911	1.7.1914	"
1	"	1903	8	1100	1	1.7.1911	1.7.1913	1911
4	"	1904	7	1100	2	1.7.1911	1.7.1913	"
3	"	1905	6	1000	2	1.7.1910	1.7.1912	"
3	"	1906	5	1000	2	1.7.1910	1.7.1912	"
11	"	1907	4	1000	2 1/2	1.7.1911	1.7.1913	"
6	"	1908	3	900	1 1/2	1.1.1909	1.1.1912	"
6	"	1909	2	900	1	1.7.1909	1.7.1912	"
1	Kondukteur-2.	1886	25	1300	3	1.7.1911	1.7.1914	"
1	"	1893	18	1200	2	1.7.1909	1.7.1912	"
1	"	1895	16	1200	1	1.7.1909	1.7.1912	1909
1	"	1896	15	1200	1	1.7.1909	1.7.1912	1909
2	"	1896	15	1200	2	1.7.1911	1.7.1914	1911
1	"	1897	14	1200	2	1.7.1910	1.7.1913	1910
3	"	1897	14	1200	2	1.7.1911	1.7.1914	1911
5	"	1898	13	1200	3	1.7.1911	1.7.1914	"
4	"	1899	12	1200	3	1.7.1911	1.7.1914	"
3	"	1900	11	1200	2	1.7.1911	1.7.1914	"
4	"	1901	10	1200	2	1.7.1911	1.7.1914	"
15	"	1902	9	1100	1	1.7.1911	1.7.1914	1911
6	"	1904	7	1100	2	1.7.1911	1.7.1914	1911
4	"	1906	5	1000	2	1.7.1910	1.7.1912	"
20	"	1907	4	1000	2 1/2	1.7.1911	1.7.1913	"
21	"	1908	3	900	1	1.1.1909	1.1.1912	"
39	"	1909	2	900	1	1.7.1909	1.7.1912	"

*) Normal ad Zirkular 385 a.
*) Normal ad Zirkular 497 a.
Zur Zeit dieser Erhebung, also mit 1. Juli 1911, ergibt sich sonach in der Station Innsbruck folgendes Bild:
a) 2 Oberkondukteure des Jahrganges 1884 mit 2200 Kronen Gehalt. Um denselben die Erreichung des Endgehalts von 2600 Kr. bis zur Vollendung ihrer Gesamtdienstzeit von 31 1/2 Pensionierungsjahren zu ermöglichen, müßten ihnen zwei Schenkungsjahre**) zugestanden werden;
b) 3 Oberkondukteure des Jahrganges 1887 mit 2000 Kr. Gehalt. Diese bräuchten, um den Endgehalt von 2600 Kr. zu erreichen, drei Schenkungsjahre;
c) 3 Oberkondukteure des Jahrganges 1887 mit 1800 Kr. Gehalt. Diese Kollegen bräuchten, weil unverschuldet gegen ihre Altersgenossen seit der Ernennung zum Unterbeamten ohnehin um ein Jahr zurück, unter denselben Voraussetzungen vier Schenkungsjahre;
d) 2 Oberkondukteure des Jahrganges 1888 mit 1800 Kr. Gehalt, die sonach wieder nur drei Schenkungsjahre bedürften, um den Endgehalt zu erreichen;
e) 2 Oberkondukteure des Jahrganges 1889 mit 1800 Kr. Gehalt, die ebenfalls drei Schenkungsjahre bedürften;
f) 2 Oberkondukteure des Jahrganges 1889 mit 1600 Kr. Gehalt, die wiederum mit vier Schenkungsjahren bedacht werden müßten;
g) 4 Oberkondukteure des Jahrganges 1892 mit 1600 Kr. Gehalt, welche zwei Schenkungsjahre bedürften, während
h) 1 Oberkondukteur des Jahrganges 1892 mit 1300 Kr. Gehalt, 6 1/2 Schenkungsjahre erhalten müßte, weil derselbe seinen Altersgenossen um 4 1/2 Jahre zurück ist, außerdem gegen der Bestimmung des Zirkulars 497 ex 1909 Ia als Unterbeamter um ein halbes Jahr länger unverschuldet in der Gehaltsstufe von 1200 Kr. gestanden ist;
i) 9 Oberkondukteure des Jahrganges 1893 mit 1600 Kr. Gehalt, bedürften zwei Schenkungsjahre;
j) 1 Oberkondukteur des Jahrganges 1895 mit 1300 Kr. Gehalt, welcher vier Schenkungsjahre bedürftig;
k) 2 Oberkondukteure des Jahrganges 1897 mit 1300 Kr. Gehalt, welche 1 1/2 Schenkungsjahre zur Erlangung des ihren Dienstjahres entsprechenden Gehalts bedürften, wobei dieselben ebenfalls im Sinne des Zirkulars 497 ex 1909 Ia auf ein halbes Jahr klaren Anspruch haben;
l) 1 Oberkondukteur des Jahrganges 1897 mit 1300 Kr. Gehalt, welcher zwei Schenkungsjahre bedürftig wäre, weil derselbe unverschuldet um ein Jahr später zum Unterbeamten ernannt wurde;
m) 3 Oberkondukteure des Jahrganges 1898 mit 1200 Kr. Gehalt, welche nur ein Schenkungsjahr zu erhalten bräuchten, um in die ihrem Alter entsprechende Gehaltsstufe zu kommen.
*) Unter Jahrgang ist Anstellungsjahr, nicht Aufnahmejahr in den Bahndienst oder Pensionfonds zu verstehen.
**) Unter Schenkungsjahr ist die Abkürzung der normalen Vorrückungsfrist um ein Jahr zu verstehen, wobei der Anfangsgehalt mit 800 Kr. ad Zirk. 385/a ex 1907 als Basis der Ermittlung angenommen wurde.

a) 1 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1898 mit 1300 Kr. Gehalt ebenfalls nur ein Schenkungsjahr, falls ihm die spätere Ernennung zum Unterbeamten nicht etwa infolge Schaden bringt, daß er auf die nächste Gehaltsstufe drei Jahre warten muß;
b) 1 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1898 mit 1200 Kr. Gehalt, zwei Schenkungsjahre. Derselbe ist wegen zu spät abgelegter Zugführerprüfung um ein Jahr mehr zurück;
c) 3 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1899 mit 1200 Kr. Gehalt, wenn selbe bei Erlangung der Gehaltsstufe von 1300 Kr. nicht Unterbeamte werden, zwei Schenkungsjahre, sonst ein solches;
d) 1 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1899 mit 1200 Kr. Gehalt, unter den selben Voraussetzungen zwei Schenkungsjahre, da derselbe ebenfalls wegen zu spät abgelegter Prüfung um ein Jahr mehr gegenüber seinen Altersgenossen zurück ist;
e) 4 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1900 mit 1200 Kr. Gehalt, bräuchten, falls sie bis 1914 nicht Unterbeamte mit 1400 Kr. Gehalt sind, ein Schenkungsjahr; das selbe entfällt, wenn sie zu diesem Zeitpunkt obigen Gehalt erreicht haben;
f) 2 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1900 mit 1200 Kr. Gehalt, denen zwei Schenkungsjahre angerechnet werden müßten, wollte man, weil wegen zu spät abgelegter Prüfung um zwei Jahre zurück, sie mit ihren Altersgenossen gleichstellen;
g) 6 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1901 mit 1200 Kr. Gehalt, welche nur ein Schenkungsjahr bedürften, während
h) 3 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1901 mit 1200 Kr. Gehalt zwei Schenkungsjahre erhalten müßten, wenn ihnen ebenfalls die zu spät abgelegte Zugführerprüfung künftig keinen Nachteil bringen soll;
i) 5 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1902 mit 1200 Kr. Gehalt benötigen ein Schenkungsjahr, während
j) 9 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1902 mit 1200 Kr. Gehalt ein Schenkungsjahr erhalten müßten, um in die ihren Jahren entsprechende Gehaltsstufe gelangen zu können;
k) 2 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1903 mit 1200 Kr. Gehalt benötigen ein Schenkungsjahr, während
l) 1 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1903 mit 1100 Kr. Gehalt zwei Schenkungsjahre erhalten müßte, wenn ihm die Dienstzeit als Wächter eingerechnet würde;
m) 4 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1904 mit 1100 Kr. Gehalt benötigen ein Schenkungsjahr, ebenso
n) 3 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1905 mit 1000 Kr. Gehalt, welche auch ein Schenkungsjahr erhalten müßten, während
o) 8 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1906 mit 1000 Kr. Gehalt, wie
p) 11 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1907 mit 1000 Kr. Gehalt, und
q) 6 Kondukteurzugsführer des Jahrganges 1908 mit 900 Kr. Gehalt normal ad Zirk. 385/a ex 1907 vorrücken;
a) 1 Kondukteur des Jahrganges 1886 mit 1300 Kr. Gehalt benötigt zehn Schenkungsjahre, um seinem Dienstalter entsprechend, den Höchstgehalt mit 1700 Kr. erreichen zu können, wobei zu bemerken ist, daß ausschließlich bei diesem Manne dreimal je zwei Schenkungsjahre gegeben werden müßten. Zur Erreichung des Höchstgehalts bräuchte:
b) 1 Kondukteur des Jahrganges 1893 mit 1200 Kr. Gehalt sechs Schenkungsjahre;
c) 1 Kondukteur des Jahrganges 1895 mit 1200 Kr. Gehalt drei Schenkungsjahre;
d) 1 Kondukteur des Jahrganges 1896 mit 1200 Kr. Gehalt drei Schenkungsjahre;
e) 1 Kondukteur des Jahrganges 1896 mit 1200 Kr. Gehalt fünf Schenkungsjahre, wenn ihm die Zeit als Wächter gutgerechnet würde;
f) 2 Kondukteure des Jahrganges 1897 mit 1200 Kr. Gehalt drei Schenkungsjahre, während
g) 1 Kondukteur des Jahrganges 1897 mit 1200 Kr. Gehalt vier Schenkungsjahre benötigt, falls ihm ebenfalls die Zeit des Wächterdienstes gutgerechnet würde;
h) 3 Kondukteure des Jahrganges 1898 mit 1200 Kr. Gehalt, denen drei Schenkungsjahre gegeben werden müßten, während
i) 5 Kondukteure des Jahrganges 1899 mit 1200 Kr. Gehalt nur mehr zwei Schenkungsjahre bedürften;
j) 4 Kondukteure des Jahrganges 1900 mit 1200 Kr. Gehalt benötigen ein Schenkungsjahr, während
k) 3 Kondukteure des Jahrganges 1901 mit 1200 Kr. Gehalt, ebenso wie
l) 15 Kondukteure des Jahrganges 1902 mit 1200 Kr. Gehalt im Sinne Zirk. 385/a ex 1907 normal eingereicht erscheinen;
m) 6 Kondukteure des Jahrganges 1904 mit 1100 Kr. Gehalt benötigen ein Schenkungsjahr, während
n) 4 Kondukteure des Jahrganges 1906 mit 1000 Kr. Gehalt, und
o) 20 Kondukteure des Jahrganges 1907 mit 1000 Kr. Gehalt, ebenso wie
p) 21 Kondukteure des Jahrganges 1908 mit 900 Kr. Gehalt im Sinne Zirk. 385/a ex 1907 normal eingereicht erscheinen.

Die Feuerungsanträge abgelehnt. Der Verrat der bürgerlichen Parteien.

Nun ist es wieder einmal bewiesen worden, daß die Majorität des österreichischen Parlaments eine Schutztruppe für die agrarischen Interessen ist. Man wird sich dieses Abstimmungsergebnis über die Feuerungsanträge gut aufbewahren müssen, um die Volksfeinde jederzeit zu erkennen. Sie haben alles niedergestimmt und niedergetrampelt, die Herren im hohen Hause! Abgelehnt den Antrag, der die unbeschränkte Einfuhr des argentinischen Fleisches verlangte; abgelehnt die Anträge, die die Öffnung der jerbischen und der russischen Grenze für die Einfuhr von Fleisch und Lebendvieh forderten; abgelehnt den klaren, unabweisbaren Antrag der Sozialdemokraten, aber auch die verdünnten Fassungen der Waber und Zerkabek! Es wäre töricht, die Augen vor der bitteren Tatsache verschließen zu wollen, die in diesen Beschlüssen offenbar geworden ist: das Abgeordnetenhaus hat eine unbegreifliche agrarische Mehrheit und diese agrarische Mehrheit will die Fleisch-einfuhr nicht! Die Hoffnung, daß dieses Parlament in seiner heutigen Zusammensetzung der agrarischen Feuerungspolitik Einhalt gebieten werde, ist heute begraben worden.
Daß die Vertreter großagrarischer Interessen die Fleisch-einfuhr ablehnen, ist selbstverständlich. Jede Klasse vertritt ihre Klasseninteressen, und keinem Abgeordneten kann daraus ein Vorwurf gemacht werden, daß er die Interessen seiner Klasse vertritt. Darum wundern wir uns nicht darüber, daß heute deutsche und tschechische „freibeitliche“ und klerikale Agrarier gegen die Fleisch-einfuhr einmütig gestimmt haben; wir wünschen nur,

daß alle Arbeiter so einig und so zielbewußt ihr Klasseninteresse zu verteidigen müßten. Aber die Großgrundbesitzer und die Großbauern sind bei weitem nicht die Mehrheit der Wählerschaft. Wenn sich trotzdem das Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes wie ein Vollzugsausschuß der Agrarierkaste geberdet, so muß das andere Ursachen haben als den Egoismus der Klassen, die an der agrarischen Hungerpolitik interessiert sind. Diese Ursachen haben die Abstimmungen im Abgeordnetenhaus sehr deutlich gezeigt!

Man lese einmal die Liste der Abgeordneten, die alle gegen die Fleisch-einfuhr gestimmt haben, und man wird diese Ursachen erkennen! Da ist zum Beispiel der Agrarier Ripka, der im kuffiger Landbezirk, den früher unser Genosse Ventel vertreten hat, in der Stichwahl gewählt wurde. Dieser Herr verdankt sein Mandat der Wahlhilfe der sogenannten „Deutschen Arbeiterpartei“. Und heute hat er dagegen gestimmt, daß die deutschen Arbeiter gesundes, billiges Fleisch bekommen! Da ist der Herr Felzmann, der in Mährisch-Schönberg den Wahlbezirk erobert hat, der früher von unserem Genossen Freundlich vertreten wurde. Für diesen Herrn haben Hunderte deutscher Kleinbauern, Säusler, Säusweber, Arbeiter gestimmt; er dankt ihnen heute, indem er ihnen billiges Fleisch verweigert! Da lesen wir die Namen von Abgeordneten, die Städte und Industriegebiete vertreten — der Herr Berni aus Brüx, der Herr Hartl aus Reichenberg, der so schnell berühmt gewordene Sumner aus Leitmeritz, Herr Kapar aus dem ostböhmischem Textil-industriegebiet, Herr Rudlich, den die armen Säusler Schlesiens gewählt haben, Herr Neunteufel aus der Steiermark — ein Christlichsozialer, der mit deutsch-nationaler Wahlhilfe gewählt wurde — Herr Paulik, der die armen Zinspächter aus dem Böhmerwald vertreten soll, Herr Alois Rieger, der an die Stelle unseres Genossen Schloßnig getreten ist, Herr Stölzel aus Salzburg, der Teufel aus Znaim, der vielfache Verwaltungsrat Urban aus Saaz, Herr Wachtl aus Krumau und natürlich auch der Herr Ferdinand Seidl, Abgeordneter der „Deutschen Arbeiterpartei“, und der wadere „Freisozialist“ Simon Stard, den die Bergarbeiter von Falkenau gewählt haben! Sie alle vertreten Städte, Industriebezirke, Bezirke des Hungers und Elends. Und dennoch haben sie alle heute mit den Agrariern gestimmt! So kommt es, daß die Agrarier über die Mehrheit des Parlaments verfügen, obwohl nur eine kleine Minderheit der Wählerschaft aus der agrarischen Ausbeutungspolitik Nutzen zieht. Nicht über den Massenegoismus der Agrarier wollen wir klagen — daß sie ihre Klasseninteressen rücksichtslos vertreten, ist uns wohl begreiflich. Aber unbegreiflich ist, daß immer noch Hunderttausende dar-bender Beamten, Lehrer, Kleinbürger, Kleinbauern und Säusler, vor allem aber Hunderttausende Arbeiter Abgeordnete in das Parlament entsenden, die nicht die Klasseninteressen ihrer Wähler, sondern die Klasseninteressen der Todfeinde ihrer Wähler vertreten!

Wir lassen den parlamentarischen Bericht über die Abstimmung folgen:

Der Präsident konstatiert, daß folgende Abgeordnete krank gemeldet sind: Grigorovici, Krennwallner, Pitt, Neumann, Schäfer, Schlegel, Schreiter, Seliger, Spieß, Stahl.

Wir brauchen Ungarn nicht zu fragen!

Es wird zunächst über folgende vom Ausschuss vorgelegte Anträge Renner abgestimmt:

Es wird festgestellt, daß die Bewilligung der Einfuhr von Fleisch und tierischen Rohstoffen aus solchen Staaten, aus welchen die Einfuhr solcher Artikel mit veterinärpolizeilichen Gefahren nicht verbunden ist, an die Zustimmung oder auch nur an eine gleichartige Vorgangsweise Ungarns im Sinne des § 12 der Verordnung der Minister des Ackerbaues und des Handels vom 31. Dezember 1907 nicht gebunden ist und daher ausschließlich in die Kompetenz der österreichischen Regierung fällt.

Da die Einfuhr des Artikels „Argentinisches Fleisch in gefrorenem Zustand“ nach den Erfahrungen Englands, Italiens und der Schweiz und nach den bei uns selbst bei den bisherigen Einfuhren gemachten Erfahrungen anerkanntermaßen mit veterinärpolizeilichen Gefahren absolut nicht verbunden ist; da die Unbedenklichkeit dieses Artikels selbst von der ungarischen Regierung dadurch zugegeben ist, daß diese von uns keinerlei Veterinärmaßregeln, sondern Kompensationen auf ganz abgelegenen Gebieten fordert, ist erwiesen und zugestanden, daß die gesetzlichen Voraussetzungen des § 12 nicht gegeben und eine Verpflichtung, mit Ungarn zu verhandeln, nicht begründet ist.

Diese Anträge werden angenommen.

Nun folgt die Abstimmung über das Minoritäts-votum Renner, welches lautet:

Die Regierung wird aufgefordert, ohne weitere Verhandlungen mit Ungarn jedes Ansuchen um Zulassung der Einfuhr überfrieren Fleisches zu bewilligen und die Einfuhrbewilligung weder der Zeit noch der Menge nach zu begrenzen.

Auf Antrag Seid wird die Abstimmung hierüber namentlich vorgenommen. Für das Minoritätsvotum stimmen 189, gegen dasselbe 208 Abgeordnete; das Minoritätsvotum ist demnach abgelehnt!

Die deutschbürgerlichen Volksfeinde, die gegen die Fleisch-einfuhr stimmen!

Von den deutschen Abgeordneten stimmten gegen den Antrag:

die Nationalverbändler: Ansförge, Barbo, Berni, Michael Brandl, Brunner, Damm, Felzmann, Goll, Hartl, Herzmansky, Hofer, Sumner, Rasper, Reischmann, Kleinhauer, Kopp, Krühner, Rudlich, Rutzger, Ripka, Rutzsch, Rutzschonig, Wilhelm Mairner, Josef Mayer, Nagel, Paulik, Pirker, Leopold Rongrab, Alois Rieger, Schreiner, Schür, Anton Seidl, Ferdinand Seidl, Soukup, Steinwender, Stölzel, Strajsta, Telsch, Teufel, Urban, Wagner (Mähren), Waldner, Wachtl;

die Christlichsozialen: Bauginger, Baumgartner, Berger, Bogendorfer, Dinwald, Eisenhut, Esterer, Fink, Fichtler, Frankenberg, Viktor Fuchs, Grab, Grim, Gruber, Guggen-berg, Kienzhofer, Kauser, Heilmayer, Höber, Huber, Josef, Kufel, Kreilmeir, Lang, Lechner, Lens, List, Georg Mayer, Johann Mayer, Meigner, Miklas, Niedrist, Roggler, Ranz, Peterwein, Pichler, Rohner, Rischling, Rottinger, Georg Schachinger, Karl Schachinger, Schieber, Schöpfer, Schönbühl, Schraffl, Schweiger, Stöckler, Stumpf, Tomajsch, Unterkircher, Wagner (Steiermark), Walbl, Weiß, Wille, Wohlmeyer, Wollet;

die Wilden: Fro, Neunteufel, Stard, Wist.
Von deutschen Abgeordneten haben, ohne durch Krank-heit entschuldigt zu sein, bei der Abstimmung gefehlt: die

Nationalverbändler Spies und Stahl und die Christlichsozialen Franz Fuchs, Gruska und Krennwallner.

Noch einmal bekräftigen sie ihre Volkseindlichkeit!

Nun folgt die Abstimmung über das Minoritätsvotum. Aber, das dahingehet: „Mit Rücksicht darauf, daß argentinisches Fleisch bereits einwandfrei dem inländischen Verbrauch zugeführt wurde und Ungarn selbst seine veterinärpolizeilichen Bedenken sowohl hinsichtlich des Fleisches als auch hinsichtlich des Herkunftslandes tatsächlich fallen gelassen hat, die Regierung aufzufordern, die Verfügungen bezüglich der Einfuhr überseischer Fleisches lediglich nach veterinärfachmännischen Gesichtspunkten im Hinblick auf den faktischen Zustand der betreffenden Sendung zu treffen.“ Auch diese Abstimmung ist namentlich. Das Minoritätsvotum Waber wird mit 236 gegen 214 Stimmen abgelehnt.

Nationalverbändler, die gegen den nationalverbändlerischen Antrag stimmen!

Gegen den Antrag des Nationalverbändlers Waber stimmten auch folgende 34 Nationalverbändler: Ansojke, Warbo, Michael Brandl, Brunner, Damm, Felzmann, Goll, Gerzmansky, Gofner, Keschmann, Kleschbauer, Kopp, Krüner, Kutscher, Kufka, Lufschowig, Wilhelm Mairner, Josef Mayer, Nagel, Pankl, Pirter, Leopold Bongrag, Alois Rieger, Schreiner, Schürk, Anton Seibel, Soukup, Steimwender, Strziska, Teltshil, Unterkircher, Wagner (Mähren) und Waldner.

Ungarn für immer!

Nun kommt folgender Antrag des Dr. Jergabe (Christlichsozial) zur Abstimmung:

Die Regierung wird aufgefordert, die Einfuhr des argentinischen Fleisches in gefrorenem Zustand sofort zu bewilligen, da Ungarn kein vertragsmäßiges Recht auf Einspruch geltend zu machen in der Lage ist.

Auch diese Abstimmung ist namentlich; der Antrag wird mit 230 gegen 214 Stimmen abgelehnt.

Christlichsoziale, die gegen den christlichsozialen Antrag stimmen!

Gegen den Antrag des Christlichsozialen Jergabe stimmten folgende 58 Christlichsoziale: Bauchinger, Baumgartner, Berger, Bogendorfer, Divald, Eisenhut, Eisterer, Kitzbaler, Frankenberger, Franz Fuchs, Viktor Fuchs, Gräß, Grim, Gruber, Guggenberger, Hagenhofer, Haufer, Heilmayer, Höber, Huber, Jedel, Julek, Kienzl, Kreilmair, Lang, Lechner, Lehs, Litz, Georg Mayer, Johann Mayer, Franz Meigner, Miklas, Niedrist, Noggler, Perwein, Pichler, Pokinger, Prisching, Rottinger, Georg Schachinger, Karl Schachinger, Scheider, Schöpfer, Schotzwohl, Schraffl, Schweiger, Siegele, Stöckler, Stumpf, Tomajschig, Unterkircher, Wagner (Steiermark), Waldl, Weiß, Wille, Wohlmeyer, Wolke und Zausegger.

Was angenommen wird!

Angenommen wird nun das Minoritätsvotum Steinhäus (Polenklub): „Die Regierung wird aufgefordert, nach Bedarf für eine der Menge und Zeit nach beschränkte Einfuhr von Fleisch aus Argentinien dringend Sorge zu tragen.“ Der Beschluß erfolgt mit 259 gegen 183 Stimmen.

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Holland.

(Eigenbericht.)

In meinem Bericht über holländische Eisenbahnverhältnisse (in Nr. 7 des „Eisenbahner“) wies ich schon darauf hin, daß einem Parlamentsausschuß die Berichtserstattung über die private Verwaltung der Eisenbahnen überwiesen wurde. Dieser Ausschuß hat den vorigen Monat seine Arbeit fertiggebracht und einen ausführlichen Bericht zusammengestellt. Der Bericht wirft ein helles Licht auf die Art der Eisenbahnverwaltung durch den privaten Kapitalismus und es hat ohne Zweifel Interesse auch für die österreichischen Eisenbahner, auf diesen Bericht näher einzugehen. Zuvor muß ich jedoch mitteilen, daß in der von dem Minister einberufenen Kommission von 15 Personen kein einziger Sozialdemokrat und nicht ein einziger Vertreter des Personals geduldet wurde. Die Kommission hat also unbeeinträchtigt von dem Bestreben der Sozialdemokraten, den Betrieb der Eisenbahnen in die Hände der Gemeinschaftlichkeit zu bringen, geurteilt.

Wie ich schon im vorigen Artikel mitteilte, sind die Eisenbahnen Hollands zum größten Teil Eigentum des Staates, der dieselben zwei großen Gesellschaften, der S. S. und der H. S. M., verpachtet hat. Das Ueberkommen, mit dem diese Verpachtung geregelt ist, ist für den Staat jedoch sehr nachteilig und wie wir weiter sehen werden, besonders für die Steuerzahler, das heißt für die Arbeiterklasse. Die Gesellschaften zahlen nämlich einen Pachtzins, welcher viel zu niedrig ist. Obendrein hat der Staat sich einen Teil des Gewinnes vorbehalten, sobald dieser 4 Prozent übersteigt. Aber der Staat hat sich keinen Einfluß auf die Bilanzstellung und die Gewinnverteilung vorbehalten. Wenn die Regierung also nach ihrem vorbehaltenen Recht die Betriebe an sich zurückzieht, ist es sicher, daß sie für das Inventar und die Fahrtragsmittel erheblich mehr zahlen wird müssen, als deren wirklicher Wert ist. Abschreibungen auf Gebäude und Inventar finden nicht statt, nur auf die Fahrtragsmittel wird 1½ Prozent per Jahr abgeschrieben. Professor Treub hat deshalb schon im Jahre 1898 gewarnt, daß jeder Verzug in der Verstaatlichung dem Staat Millionen kosten wird.

Jedes Jahr, wenn der Betrieb gewinnbringend gewesen ist, haben die Gesellschaften die Befugnis, mit einem Teil des Gewinnes ihre Reservefonds zu dotieren, wodurch dem Staat sein Anteil an diesem Gewinn entgeht. Ist der Betrieb weniger vorteilhaft gewesen, so zahlen die Gesellschaften die Dividende aus diesem Fonds. Im Jahre 1900 zum Beispiel hat die S. S. ihren Aktionären im ganzen eine Dividende von 539.265 Gulden ausbezahlt; ihrem Reservefonds entnahm sie das Jahr jedoch 974.857.705 Gulden. Es würde viel zu weit gehen, in diesem Artikel die ganzen finanziellen Verhältnisse zwischen dem Staat und den Gesellschaften auseinanderzusetzen. Es wird, um den weiteren Auseinandersetzungen folgen zu können, die Feststellung genügen, daß jeder Verlust, welcher mit dem Betrieb der Eisenbahnen verbunden ist, am Ende auf den Staat überwälzt wird. Die Kommission hat in ihrem Bericht vorgerechnet, daß der Staat im Jahre 1909 einen Reinerlust von 7.626.829 Gulden erlitten hat, ungeachtet

der Summen, welche die Gesellschaften jährlich zu wenig in die Pensionskassen des Personals abgeführt haben.

Es hat sich obendrein gezeigt, daß in den Jahren 1891 bis 1909 der Staat aus seinen gewöhnlichen Mitteln nicht weniger als 35 Millionen Gulden für die Eisenbahnen ausgegeben hat. Aber das schlimmste ist, daß seit 1891 ungefähr 45 Millionen Gulden zu wenig von den Gebäuden, dem Inventar und den Fahrtragsmitteln abgeschrieben wurden. Seit 1891 hat der Staat also 35 Millionen Gulden direkt bezahlt und daneben noch 45 Millionen Gulden eingezahlt, zusammen 80 Millionen Gulden. Das Defizit in der Pensionskasse können wir auf 20 Millionen Gulden allein bei der S. S. einschätzen. Bei der H. S. M. hat die Regierung entdeckt, daß die Gesellschaft gar keine Pensionskasse mehr hat.

Nun ist es an sich selbst keine schlimme Sache, wenn der Staat eine, für ein so kleines Land wie Holland, große Summe zum allgemeinen Nutzen aufwendet. Aber es entsteht die Frage, welche Klasse in der Gesellschaft die Vorteile dieser Aufwendung einheimt. Wenn Klassen unterstützt werden, die eine Unterstützung mit Staatsgeld sehr nötig haben, ist eine derartige Maßregel klug und gerechtfertigt. Dies ist aber eben in Holland nicht der Fall. Es sind die Großindustrie und der Großhandel, welche hier die Hälfte des Staatsgeldes empfangen, wie wohl sie das am wenigsten nötig haben. Mit einigen Ziffern aus dem Bericht werde ich diese verstellte Subventionierung erläutern.

1907 war der Reinertrag des Transportes per Kilometer bei den

	Gulden
Badischen Staatsbahnen	31.862
Bayerischen Staatsbahnen	18.081
Sächsischen Staatsbahnen	28.053
Preussisch-Hessischen Staatsbahnen	31.038
Württembergischen Staatsbahnen	20.839
Belgischen Staatsbahnen	31.128
Holländischen Eisenbahnen	18.189

Von diesen Einnahmen entfallen auf den Personentransport bei den

	Gulden
Badischen Staatsbahnen	10.101
Bayerischen Staatsbahnen	5.590
Sächsischen Staatsbahnen	9.583
Preussisch-Hessischen Staatsbahnen	9.098
Württembergischen Staatsbahnen	7.505
Belgischen Staatsbahnen	10.342
Holländischen Eisenbahnen	9.297

so daß beim Personentransport unsere Eisenbahnen etwa dieselben Einnahmen haben, als die auswärtigen. In dieser Zeit waren jedoch die Personentarife höher als in Preußen und in Belgien.

Auf den Gütertransport entfallen jedoch bei den

	Gulden
Badischen Staatsbahnen	21.761
Bayerischen Staatsbahnen	12.491
Sächsischen Staatsbahnen	18.570
Preussisch-Hessischen Staatsbahnen	21.940
Württembergischen Staatsbahnen	13.334
Belgischen Staatsbahnen	20.653
Holländischen Eisenbahnen	8.892

Die Einnahme aus dem Gütertransport unserer Eisenbahnen ist also viel geringer als in Deutschland und in Belgien. Und dies hat seine Ursache darin, daß in Holland die Gütertarife außerordentlich niedrig gehalten sind. Den Grund hierzu finden wir teilweise in der großen Konkurrenz, welche der Fluß- und Kanaltransport den Eisenbahnen macht. Holland ist durchschnitten von mehreren großen Flüssen (dem Rhein, der Moos, der IJssel, der Schelde mit ihren mannigfaltigen Nebenflüssen) und von einer großen Menge Kanäle, auf denen ein ausgedehnter Transittransport und Binnentransport blüht, der manchmal die Güter viel billiger befördert als die Eisenbahnen. Andererseits jedoch findet man die Ursache des geringen Güterertrages in dem System der Nachlässe, die man den großen Verfrachtern noch obendrein gewährt. Diese großen Verfrachter sind natürlich die Großindustriellen in Twente und die Großhändler von Rotterdam.

Diese Nachlässe betragen zum Beispiel

	Gulden
1895	1.831.377.97
1898	2.382.325.64
1909	1.273.451.30

Diese Nachlässe kommen fast ganz dem Handels- und Industriekapital zugute und die niedrigen Frachten zum großen Teil.

Aus den oben erwähnten Ziffern kann man ruhig darauf schließen, daß die Reisenden in Holland mindestens den Selbstkostenpreis für ihre Fahrkarten niederlegen.

Der große Verlust wird bei dem Gütertransport gemacht. Es sind die Großkapitalisten, die Twentischen Textilbarone und die Rotterdamer Kaufleute, welche jährlich mit bedeutend mehr als 4 Millionen Gulden Staatsgeld subventioniert werden.

Das Eisenbahnwesen hat sich in den Händen des Kapitalismus zu einem Ausbeutungsobjekt entwickelt, das die großen Kapitalisten auf Kosten der großen Masse der Steuerzahler, das heißt der Arbeiter, benützen.

Wenn auch der Parlamentsausschuß nicht den Willen gehabt hat, dies dem niederländischen Volk vorzudemonstrieren, muß man doch zu dieser Erkenntnis kommen, wenn man die Ziffern genau beobachtet. Niemand wird darüber erlauben, daß es eben die Twentischen Fabrikanten und die Vertreter des Handels sind, welche die gegenwärtige Betriebsart eine ganz schöne nennen, daß es eben diese Kapitalisten sind, welche sich der Verstaatlichung unserer Eisenbahnen widersetzen.

Im „Eisenbahner“ vom 20. Juni 1909 wurde nachgewiesen, daß der Betriebskoeffizient (das prozentuelle Verhältnis der Betriebskosten zu den Einnahmen) beinahe überall gestiegen ist. Dieser Koeffizient von 1906 war bei den

	Prozent
Österreichischen Staatsbahnen	70.32
Preussisch-Hessischen Staatsbahnen	62.6
Bayerischen Staatsbahnen	69.2
Sächsischen Staatsbahnen	64.6
Württembergischen Staatsbahnen	67.5
Badischen Staatsbahnen	69.1
Französischen Staatsbahnen	74.2
Holländischen Eisenbahnen	73.0

Der Betriebskoeffizient vom Jahre 1906 war in Holland also nicht besonders hoch. Wir haben jedoch gesehen, daß die Einnahmen, besonders die des Gütertransportes, sehr niedrig sind. Die Ausgaben müssen also auch verhältnismäßig niedrig sein, sonst wäre der Betriebskoeffizient ja viel höher gewesen. Die Ausgaben für den Bahnunterhalt und den Unterhalt der Gebäude waren im Verhältnis nicht niedriger als die in den anderen erwähnten Ländern; daraus folgt, daß die Löhne der Eisenbahner beim privaten Betrieb in Holland besonders niedrig sein müssen. Und das sind sie tatsächlich.

Die Unzufriedenheit darüber ist jetzt eine sehr große; die Lebensmittelpreise gehen immer schneller vorwärts, die Not wird immer größer. Dessen ungeachtet hat der Minister wiederum für die nächsten fünf Jahre unsere Arbeitsbedingungen genehmigt, ohne daß diese verbessert wurden. Die Löhne sind ganz dieselben geblieben, die Automaten hat sich ebenfalls nicht gebessert, unsere rechtlichen Verhältnisse haben sich sogar noch ein wenig verschlechtert. Unsere Organisation ist noch schwach, sie hat nicht Zwangsmittel, um die Lohnaufbesserungen durchzusetzen. Die Niederländische Vereinigung hat jetzt eine allgemeine Petition an die Regierung organisiert, um die niedrigsten Löhne zu erhöhen.

Unwillkürlich sieht man die Ursache dieser schlechten Arbeitsbedingungen in der ungeordneten finanziellen Grundlage der Gesellschaften, aber auch in dem Drang nach Dividenden bei diesen Gesellschaften. Beim privaten Betrieb ist dieser Drang ja viel stärker als beim Staatsbetrieb. Der Staat soll ja Eisenbahnen in Betrieb setzen, um dem ausgedehnten Bedürfnis des Verkehrs Rechnung zu tragen. Der Gewinn soll ihm hierbei ja Nebensache sein. Wenn auch vom kaufmännischen Gesichtspunkt aus gesehen, ein derartiger Betrieb unvorteilhaft ist, so wird der Staat hierin keinen Anlaß finden, die Löhne zu drücken, die Arbeitszeit zu verlängern. Verstaatlichung ist die Maßregel, welche in Holland dem Personal Rettung bringen kann. Die ganze Demokratie hat darum schon längst diese Maßregel von der Regierung gefordert. Die Verstaatlichung unserer Eisenbahnen würde jedoch das Instrument der schmerzlosen Ausbeutung der Arbeiterklasse, die Pumpe für das Reservoir des Handels- und Industriekapitals unter dem Drange der Parlamentsmitglieder ein wenig hemmen, und davor fürchtet sich der ganze Kapitalismus ja eben.

Wiewohl auch die Gegner der Verstaatlichung anerkennen, daß in Ländern mit Staatsbetrieb die Löhne der niedrigen Beamten höher sind, als in Ländern mit Privatbetrieb, gilt diesen der Umstand ja so wenig, daß sie deswegen die Verstaatlichung antreiben würden. Und auch dem Parlamentsausschuß ist es klar geworden, daß der Privatbetrieb die Erhöhung der Löhne zurückhält. Nichtsdestoweniger hat er der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Regierung nicht weiter die Arbeitsbedingungen zu genehmigen habe solle. Anstatt die rechtmäßigen Wünsche des Personals zu unterstützen, hat die Kommission gemeint, das Personal solle wieder ganz von den Gesellschaften abhängig gestellt werden. Dieses hat ohnehin kein Streikrecht mehr und mit seinen Wünschen werden die Gesellschaften schnell fertig werden.

Es ist nicht nötig weiter mitzuteilen, daß die Kommission im Staat nicht den Faktor achtet, der am notwendigsten zur Betriebsführung ist. Sie will unbedingt privaten Betrieb, aber statt zwei Gesellschaften, empfiehlt sie die Betriebsführung durch eine Gesellschaft an. Die Konkurrenz wäre damit aus dem Wege geschafft. Der Kapitalismus hat jetzt gelernt, daß Kooperation oder Konzentration vorteilhafter ist als Konkurrenz. Die Ausbeutungsweise kann dann ungehindert fortgehen, und wenn die Regierung obendrein auf die Genehmigung unserer Arbeitsbedingungen verzichtet, so ist die politische Kraft, die politische Agitation, mit welcher das Personal versucht, die niedrigen Löhne zu erhöhen, ebenfalls verschwunden.

Die sozialdemokratische Partei jedoch, und besonders ihre Abgeordneten in der Zweiten Kammer, werden mit Kraft den Ruf nach Verstaatlichung ausstoßen und unsere Organisation wird diese mit all ihren Kräften unterstützen.

Im großen Interesse der Allgemeinheit, im Interesse der ganzen Arbeiterklasse, aber besonders im Interesse des Personals, wird die ganze Arbeiterkraft und auch einige bürgerliche Demokraten den widerwilligen Minister, der selbst Großindustrieller ist, zur Verstaatlichung drängen. Wird man sich auch jetzt vielleicht noch mit einem Systemwechsel begnügen, früh oder spät wird der Staat in die Notwendigkeit gesetzt werden, den Betrieb zu übernehmen, sobald nur der Antriebs unserer Klasse hierzu stark genug ist. Ein so wichtiger Betrieb, wie der der Eisenbahnen, kann nicht in den Händen privater Gesellschaften bleiben. Seine Einrichtung ist dann nicht mehr allein ein kommerzielles, sondern auch eine gemeinnützige. Dieser Gedanke ist mit Beziehung auf die Eisenbahnen am ersten zu verwirklichen, nicht nur in Holland, aber auch in den obigen Ländern mit Privatbetrieb.

S. J. v. B.

Die österreichische Unternehmerorganisation**).

Gleich den Unternehmern anderer Massenstaaten haben sich die Unternehmer Österreichs eine Organisation geschaffen, die sich zur Aufgabe gestellt, den Kampf mit den organisierten Arbeitern aufzunehmen. Diese Organisation ist international und interprofessionell und trägt den Stempel des Massencharakters derart, daß nur dem gedankenlosesten Arbeiter die Meinung beigebracht werden kann, daß wir Sozialdemokraten den Klassen-

*) Ein Staatsbetrieb mit fiskalischem Ziel, wie in Preußen, ist natürlich ebenso gut verwirklicht, als ein privater.

**) Die Unternehmerorganisationen waren es bekanntlich bisher immer, die gegen jede Forderung der Eisenbahner zuerst frontierten. Sie taten das unter der Motivierung, daß die Zugeständnisse, die der Staat seinen Angestellten macht, auch auf die private Industrie zurückwirken, indem sie dort die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter steigern. So wirkt also der Widerstand der Unternehmer auf die Eisenbahner indirekt. Der informative Artikel über die Organisation der Unternehmer dürfte sonach nicht ohne Interesse sein. Die Red.

Kampf künstlich heraufbeschworen haben und die besitzende Klasse an demselben ganz unschuldig ist. Die Unternehmerorganisation ist ein ganz bedeutender Faktor in unserem wirtschaftlichen Leben geworden und vor allem bedeutungsvoll für die Arbeiter. Durch den Ausbau dieser Organisation tritt der einzelne Unternehmer als vertragsschließender Faktor genau so immer mehr zurück, wie der einzelne Arbeiter; zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation wogt der Kampf, sein Ergebnis bestimmt die Arbeitsbedingungen, die Form der Tarifverträge oder führt zu immer mehr sich steigenden Gegenständen, immer härter werdenden Kämpfen der Gruppen der Unternehmer und der Arbeiter. Wir wissen aber auch, daß die Unternehmerorganisationen sich keineswegs beschränken auf die Regelung der Arbeitsbedingungen, auf den direkten Kampf mit den Arbeiterorganisationen, sondern daß die Wirksamkeit der Unternehmerorganisation viel bedeutsamer bei Dingen zu spüren ist, die sich nicht in der Öffentlichkeit abspielen; in Sachen, wo sie auf die Gewalten im Staat auf Grund der konzentrierten Macht des Kapitals und ihrer Organisation, begünstigt durch die mannigfachen Beziehungen, einzuwirken sucht und in der Tat auch einwirkt.

Es ist schwer, einen Einblick in die Wirksamkeit der Unternehmerorganisationen zu erhalten, weil selbst den Intimen vieles verheimlicht wird, weil nirgends das Prinzip der Geheimhaltung, möglichst wenig zum Ausdruck zu bringen, so durchgesetzt wird wie gerade bei den Unternehmerorganisationen. Zahlreich wirken sie nebeneinander, ein ganzes Netz von Verbindungen und Beziehungen schaffen sie, weitgehende Arbeitsteilung führen sie durch, aber daneben wirkt der Trieb zur Konzentration, zur Zusammenfassung aller Kräfte. So wirkt die Hauptstelle industrieller Arbeitgeberorganisationen nun schon fünf Jahre. Ein Bericht über das vierte Jahr ihrer Tätigkeit liegt uns vor und obwohl er nicht bis auf den Grund blicken läßt, enthält er doch so manches, was für die Erkenntnis der Unternehmerorganisation von großer Bedeutung ist und was der organisierten Arbeiterkraft zur Kenntnis gebracht werden muß. Würden die Arbeiter über alles unterrichtet sein, was ihnen von den Unternehmern droht, so würde es keine nationale oder christlichsoziale Organisation geben und es würden die von den Sozialdemokraten anempfohlenen Gewerkschaftsorganisationen viel fruchtbarer ausgebaut sein.

Wie sehr der Arbeiterschaft die nationalen und christlichsozialen Organisationen schaden, das geht aus der Darstellung hervor, welche im Bericht über den Sternberger Textilarbeiterstreik gegeben wird. Es wird da ausdrücklich hervorgehoben, daß dieser Streik für die Arbeiter deshalb verloren ging, weil die christlichsozialen Arbeiter nach sechs Wochen in den Betrieb zurückgeführt und so ihren Kollegen in den Rücken gefallen sind. Durch diesen Verrat an der Arbeiterschaft ist es dem Unternehmer gelungen, wenn auch reduziert, fortarbeiten zu können.

Schon dieses Hervorheben dieses Falles in dem Bericht zeigt, wie wertvoll diese nationalen oder christlichsozialen Organisationen, die man kurzgehand „gelbe Organisationen“ nennen kann, für die Unternehmer und wie schädlich sie für die Arbeiter sind. Hervorgehoben muß noch werden, daß in diesem Bericht über die Generalausföhrung in Schweden geradezu triumphiert wird, und die Unternehmer, welche die Ausföhrung verursacht, als die größten Helden hingestellt werden.

Höchst einfältig in dem Bericht ist das angeschlagene Lamento über das allzu rasche Tempo der Sozialpolitik, das nach der Auffassung der Unternehmer in Oesterreich eingebracht wird. Die Herren tun so, als ob wer weiß was zum Schutz der Gesundheit und des Lebens für die Arbeiter geschaffen worden wäre. In Wirklichkeit konnte aber, dank der reaktionären bürgerlichen Vertreter aller Nationen im Parlament, sonst nichts als das Handlungsgehilfen Gesetz und das Gesetz über die Nachtarbeit der Frauen geschaffen werden; alle übrigen Gesetze, die von den Sozialdemokraten eingebracht und energisch vertreten wurden, wurden abgelehnt. Uebrigens wird über dieses Kapitel noch gesprochen werden, und wir wollen vorerst den Teil des Berichtes wiedergeben, der einen Einblick in die Organisation gewährt.

Die Hauptstelle teilt ihren Bericht entsprechend ihrer Wirksamkeit in folgende Abschnitte:

1. Bemessungsarbeiten und Industriekataster.
2. Interne Bureautätigkeit (Korrespondenz).
3. Externe Bureautätigkeit (Interventionen).
4. Organisatorische Arbeiten.
5. Agitatorische Arbeiten.
6. Einflußnahme auf die Rechtsprechung (Festlegung prinzipieller Fragen).
7. Einflußnahme auf die Gesetzgebung.
8. Behandlung und endgültige Festlegung von Einrichtungen und Begehren für die gesamte Arbeitgeberchaft (Normalarbeitsordnung u. f. w.).
9. Statistik.
10. Verhältnis zu den wirtschaftlichen Verbänden und Arbeitgeberverbänden Oesterreichs sowie Gegenseitigkeitsvereinbarungen mit den Arbeitgeberverbänden der Nachbarstaaten.
11. Publizistische Tätigkeit.
12. Informativ Tätigkeit.

Bei den Arbeiten für den Industriekataster wird auf die Erhöhung der Beiträge verwiesen, die zur Umarbeitung des Katasters geführt haben. Bei der internen Bureautätigkeit wird erwähnt, daß im Jahre 1910 nebst verschiedenen Protokollen, Referaten, Tätigkeitsberichten, Protokollen, Gutachten, Eingaben an verschiedene Ministerien und sonstigen mannigfaltigen Schreibarbeiten 22.138 auslaufende Korrespondenzen erledigt wurden. Hierzu kommen noch die mündlichen Besprechungen, Konferenzen, Sitzungen und allgemeine Bureauarbeiten. Man sieht da, daß die Hauptstelle eine wenigstens quantitativ sehr bedeutsame Wirksamkeit entfaltet, die die Aufmerksamkeit aller gewerkschaftlichen Organisationen verdient. Die Hauptstelle sucht nicht bloß die allgemeinen Interessen der Arbeitgeberorganisation zu vertreten, sie wird zum Bureau des speziellen Arbeitgeberverbandes,

wo in der betreffenden Industrie kein eigenes Bureau oder kein eigener Sekretär vorhanden ist, oder wo der betreffende Verband darauf Wert legt, sich die Erfahrungen der Hauptstelle zunutze zu machen. Die Hauptstelle stellt sich das glänzende Zeugnis aus, daß ihre Interventions-tätigkeit durchwegs erfolgreich war. Sie betont, daß sie oft bei Bezirkshauptmannschaften, Statthaltereien und Ministerien wegen des Schutzes Arbeitswilliger oder wegen sonstiger Maßnahmen interveniert hat.

Von besonderem Interesse ist der Ueberblick über die organisatorischen Arbeiten. Zur Zeit der Generalversammlung, am Beginn des Frühjahres 1911, waren der Hauptstelle 41 Verbände angeschlossen. Im Laufe des Jahres haben ihren Anschluß vollzogen die Oesterreichische Berg- und Güttenwerksgesellschaft, die Oesterreichische Alpine Montangesellschaft, der Zentralverband oberösterreichischer Brauereien und der Malzfabrikantenverein. Ausgeschlossen ist der Verein der Mäher Textilindustriellen. Die Fachgruppe der Maschinen- und Metallwarenfabrikanten im Bund österreichischer Industrieller wurde mit dem Wiener Industriellenverband fusioniert.

Es gehören der Hauptstelle heute somit nachstehende 42 Verbände an:

1. Verein der Wollindustriellen Mährens, Brünn.
2. Verein der österreichisch-ungarischen Zuteindustriellen, Wien.
3. Sektion Aufsig der Bundes österreichischer Industrieller, Aufsig.
4. Verein der österreichisch-ungarischen Papierfabrikanten, Wien.
5. Sektion Wien des Bundes österreichischer Industrieller, Wien.
6. Nordmährisch-schlesischer Industriellenverband, Witkowitz.
7. Schutzverband niederösterreichischer Brauereien, Wien.
8. Wiener Industriellenverband, Wien.
9. Verband von Arbeitgebern der österreichischen Seidenindustrie, Wien.
10. Neunkirchner Verband, Wien.
11. Sektion Kärnten des Bundes österreichischer Industrieller, Klagenfurt.
12. Sektion Mährisch-Schönberg des Bundes österreichischer Industrieller, Mährisch-Schönberg.
13. Verein der Industriellen von Zglau und Umgebung, Zglau.
14. Sektion Brüx des Bundes österreichischer Industrieller, Brüx.
15. Sektion Sternberg des Bundes österreichischer Industrieller, Sternberg.
16. Verein der Dachpappe-, Teer- und Asphaltindustrie, Wien.
17. Sektion Prag des Bundes österreichischer Industrieller, Prag.
18. Verband nordböhmischer Industrieller, Reichenberg.
19. Sektion Linz des Bundes österreichischer Industrieller, Linz.
20. Ortsgruppe Stoderau des Bundes österreichischer Industrieller, Stoderau.
21. Sektion Tetschen des Bundes österreichischer Industrieller, Tetschen.
22. Verein der Baumwollspinner Oesterreichs, Wien.
23. Sektion Brünn des Bundes österreichischer Industrieller, Brünn.
24. Sektion Görz des Bundes österreichischer Industrieller, Görz.
25. Sektion Borsberg des Bundes österreichischer Industrieller, Borsberg.
26. Verband der Maschinen-, Metallwarenfabriken und Eisengießereien Mährens und Schlesiens, Brünn.
27. Zentralverband der Eisen-, Eisen- und Stroh-messergewerke Oesterreichs, Linz.
28. Verband der Industriellen von Bielitz-Biala und Umgebung, Bielitz.
29. Sektion St. Pölten des Bundes österreichischer Industrieller, St. Pölten.
30. Sektion Salzburg des Bundes österreichischer Industrieller, Salzburg.
31. Gruppe der Metallknopfabrikanten, Wien.
32. Sektion Steiermark des Bundes österreichischer Industrieller, Graz.
33. Verein der Schokolade- und Zuckerwarenfabrikanten, Wien.
34. Verein der Eisen- und Metallindustriellen Nordböhmens, Teplitz.
35. Schutzverband alpenländischer Brauereien, Graz.
36. Sektion Pilsen des Bundes österreichischer Industrieller, Pilsen.
37. Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, Wien.
38. Sektion Oberkain des Bundes österreichischer Industrieller, Raibach.
39. Zentralverband der Brauereien Oberösterreichs, Linz.
40. Oesterreichische Berg- und Güttenwerksgesellschaft, Wien.
41. Oesterreichische Alpine Montangesellschaft, Wien.
42. Verein der österreichischen Malzfabrikanten, Wien.

Die Hauptstelle steht gegenwärtig mit dem Verein keramischer Industrieller, mit dem Verein der Lederindustriellen, mit dem Reichsverband der Druckereien und mit dem durch die Hauptstelle zu organisierenden Arbeitgeberverband der Sektion Ostböhmen in Verhandlungen über den Anschluß. Der Anschluß dieser Verbände dürfte noch im Laufe dieses Geschäftsjahres vollzogen werden. In Aussicht stehen die Angliederung des Arbeitgeberverbandes von Freudenthal und Umgebung und Budweis. Die Reorganisation eines Arbeitgeberverbandes von Zwittau und Umgebung wurde in die Wege geleitet. Man sieht, daß es an organisatorischem Eifer den Unternehmerorganisationen nicht fehlt. Alles zu erfassen, was ihrer Meinung nach zur Organisation gehört, ist ihr eifrigstes Bestreben. Ueberall sehen wir die Vertreter der Hauptstelle agitatorische Aufgaben erfüllen, ihre Redner kommen zu allen Versammlungen und

wirken für die Zusammenfassung der Unternehmerkräfte.

Sehr merkwürdig ist in dem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Bericht, daß ein Kapitel Einflußnahme auf die Rechtsprechung überschrieben ist. In dem Kapitel heißt es, daß die Hauptstelle in einem eigenen Ressort die gesamte Judikatur (Rechtsprechung) und Wissenschaft verfolgt. Die gesammelten Erfahrungen werden, wie es da weiter heißt, bereits in zahlreichen Fällen von Kontraktbruchstreitigkeiten, Streitigkeiten, die mit dem Arbeitsbuch zusammenhängen, Schadenersatz- und Räumungsklagen, bei Klagen wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes den einzelnen Industriellen, beziehungsweise deren Verbänden und Rechtsvertretern zur Verfügung stehen. Es werden in dem Kapitel Ratschläge gegeben, wie man sich bei Prozessen wegen der schwarzen Listen zu verhalten habe. Abgesehen von dieser Tätigkeit hat die Hauptstelle auch verschiedene „Rechtsgutachten“ abgegeben und sie in Zeitungen oder durch Zirkulare veröffentlicht. Alle natürlich zur Schädigung der Arbeiter und zur Ausnützung auch der vollständig veralteten Gesetzesbestimmungen zugunsten der Unternehmer.

Freilich kann man nicht alles, sicherlich nicht das Interessanteste aus dem Kapitel Einflußnahme auf die Rechtsprechung, ebensowenig wie aus dem weiteren Kapitel Einflußnahme auf die Gesetzgebung erfahren. Bei diesen beiden Einflüssen geschieht so manches, das selbst in einem für engere Kreise bestimmten Bericht nicht veröffentlicht wird. Bei der Einflußnahme auf die Gesetzgebung, soweit man sie aus dem Bericht erkennen kann, steht im Vordergrund die Reform des Strafgesezes und des damit im Zusammenhang stehenden Koalitions-gesezes. Man merkt die Genugtuung über die Absichten der Regierung und insbesondere des liberalen Ministers Dr. Hochenburger über die in Aussicht gestellte Zerstörung der Koalitionsfreiheit, über die mannigfachen Hemmnisse, die auch den ruhigsten Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen entgegengestellt werden sollen. Aber der Hauptstelle ist auch das noch nicht genug, sie empfiehlt noch fernere Verschlechterungen des Gesezesentwurfes. Wir wollen darauf heute nicht eingehen. Es bedarf einer besonderen Darlegung über die Unternehmervünsche zur Verschlechterung der Koalitions-gesgebung.

Schärfer kann unsere Kritik der arbeiterfeindlichen Haltung der Regierung nicht sein als das Lob der Scharfmacher in den letzten Sätzen ihrer Beurteilung des neuen Strafgesezesentwurfes. Es heißt da wörtlich: „... Der Motivenbericht zum Vorentwurf des österreichischen Strafgesezesbuches und zum Vorentwurf des Einführungsgesezes, der im Juli 1910 erschienen ist, schließt sich unseren Argumenten zur Begründung der auf das Arbeitsverhältnis bezugnehmenden Geseze an...“

Von Erfolg war ferner — so betont der Bericht der Hauptstelle — die Aktion in der Frage des sozialdemokratischen Antrages betreffend die Abschaffung des Arbeitsbuchs. Zum sozialdemokratischen Antrag, der die Bestrafung des Kontraktbruches beseitigen will, hat die Hauptstelle „alle in ihrem Bereich liegenden Möglichkeiten“ zur Durchführung gebracht, um die „eminente Gefahr einer Zerrüttung des Arbeitsmarktes durch die Gesezgebung des sozialdemokratischen Antrages abzuwenden“. Natürlich hat die Hauptstelle auch mit Energie alle Anträge bekämpft, die auf die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit hingen.

Die Unternehmer begnügen sich nicht mit der Verhinderung der sozialpolitischen Reformarbeit, sie machen sich selbst Geseze zur direkten Schädigung der Arbeiter. So haben sie sich eine Normalarbeitsordnung geschaffen, die in zahlreichen Betrieben eingeführt wird, so suchen sie ihre Arbeitsnachweise immer mehr auszudehnen, sie sind eifrig bemüht, für den Arbeitgeber-Arbeitsnachweis einzutreten, den sie von ihrem Standpunkt aus als den geeignetsten Faktor für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bezeichnen. Man ersieht hieraus, wieviel Interesse die Gewerkschaften haben, die Wirksamkeit der Hauptstelle aufmerksam zu verfolgen und mit Entschiedenheit Front zu machen gegen die geplanten Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses und der Arbeitsvermittlung.

Wenn die Mitglieder der Gewerkschaftsorganisationen der Statistik oft kühl gegenüberstehen, ihre Bedeutung unterschätzen, so sollen sie aufmerksam gemacht werden auf den Eifer, den die Hauptstelle der industriellen Arbeitgeberorganisationen der Statistik widmet. So sucht sie festzuhalten, welchen Einfluß die Lohnverhöhung und die Arbeitszeitverkürzungen auf die Produktionskosten ausgeübt haben. Ferner wird der Statistik über die Arbeitszeit in der Textilindustrie Oesterreichs, über die Arbeitszeit und Lohnverhältnisse der Maschinenisten und Geiger, ferner eine Statistik über die Unternehmer- und Arbeiterorganisationen und eine Statistik der Unternehmungen nach Branchen und der in denselben beschäftigten Arbeiter unter Bezugnahme auf die industrielle und gewerkschaftliche Organisation ausgearbeitet. Man ersieht hieraus, wie die Unternehmer ihre sozialen Kämpfe, ihre Abwehr- und Angriffstaktik gegen die Arbeiterorganisationen vorbereiten, wie sie zur genauen Kenntnis aller Einzelheiten in den Betrieben kommen wollen, um desto eher mit Erfolg die Arbeiter schädigen zu können. Auch wir bedürfen der genauen und eindringenden Kenntnis aller Verhältnisse nicht nur innerhalb unserer Organisationen, sondern auch der Verteilung der Arbeiter in den Betrieben, der Dauer der Beschäftigung in ihnen, der Stellung im Betrieb, der Zugehörigkeit in der Organisation, Bezugsberechtigung und dergleichen. Der Statistik der Unternehmer müssen wir entgegenstellen unsere Statistik, die, wie die Bemühungen der Unternehmer erklären, ausgebaut und wirksam gemacht werden muß.

Die Hauptstelle pflegt lebhaft Beziehungen mit allen zentralen, wirtschaftlichen, industriellen Korporationen Oesterreichs. Nicht bloß mit den gewerblichen, in einzelnen Fällen auch mit den landwirtschaftlichen Organisationen wurde zur Wahrung gemeinsamer Unternehmerinteressen ein Zusammengehen erzielt. Die Gegenseitigkeitsvereinbarungen mit den Arbeitgeberverbänden

Der Nachbarstaaten wurden einer Revision unterzogen. Man ist bemüht, ein Gegenseitigkeitsabkommen zwischen den Organisationen Ostböhmens und des angrenzenden Preussisch-Schlesien herbeizuführen. Unlänglich der Bedrohung der reichsdeutschen Metallarbeiter mit der Aussperrung hat die Hauptstelle mit dem Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen ein loses Gegenseitigkeitsabkommen getroffen. Diese Uebereinkommen haben vor allem die Bedeutung, daß die in famen schwarzen Listen über die Grenzen unseres Landes wirken. So wird an verschiedenen Stellen erzählt, daß in der Schweiz und in Preußen Arbeiter entlassen wurden auf Grund der Aufforderung der Hauptstelle unserer Arbeitgeberorganisation.

In dem Bericht heißt es weiter, daß man die bürgerliche Presse durch Veranlassung der Aufnahme besonderer Artikel und Notizen zu Organen der Hauptstelle zu machen verstand.

Das letzte Kapitel des Berichtes handelt von der informativen Tätigkeit, es beginnt mit der Beteuerung, daß die interne Tätigkeit der Hauptstelle eine besonders rege und mannigfaltige war. Die Hauptstelle erließ Direktiven an einzelne angeschlossene Verbände zur Durchführung organisatorischer Vorschläge, wie auch zur Durchführung von Bewegungen. Der Gesamtbericht schließt in sehr bezeichnender Weise mit den nachstehenden Sätzen: Auch gegenüber den Staatsbehörden mußte die informative Tätigkeit der Hauptstelle mehrfach einsetzen. Insbesondere erwähnen wir hier die „Stellungnahme der Hauptstelle gegen die überaus gefährlichen Konzessionen der Tabakfabriken in Bezug auf Arbeitszeitkürzungen und sonstige Bewilligungen“. Auch wegen der Frage der Arbeiterumverbingen staatlicher Betriebe aus den Betrieben der Privatindustrie wurde eine Eingabe an das Finanzministerium geleitet. Schließlich erfolgte auch in allen wichtigen Fragen die Information der industriellen Interessenvertreter im Parlament.

Wer diesen Bericht mit Aufmerksamkeit liest, der wird aus demselben erkennen müssen, wie mächtig die Organisation der Unternehmer gewachsen und wie gefährlich sie den Arbeitern werden kann, wenn diese in ihren Organisationen mindestens nicht in gleicher Weise Fortschritte machen. Ununterbrochen bemühen sich die Unternehmerorganisationen, alle ihre Klassengenossen gegen die Arbeiter zu vereinen und wenden dabei den ärgsten Terrorismus an. Diese Herren, die bei jeder Gelegenheit über den „Terror“ der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen flagen und den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben wollen, trachten mit allen Mitteln die noch außenstehenden Unternehmer zur Organisation zu zwingen, um so Herr über die Arbeiter zu werden. Sie trachten ihren Einfluß auf die Gesetzgebung, auf die Verwaltung und sogar auf die Rechtsprechung auszuüben und es ist ihnen dieses erwiesenermaßen auch überall gelungen. Von den Ausbeutern des arbeitenden Volkes zu lernen, ist daher die Pflicht der Arbeiter, die schon längst eine glänzende Kampforganisation haben könnten, wenn sie den Sozialdemokraten gefolgt hätten, die ihnen dieselbe schon seit vierzig Jahren in Oesterreich anempfehlen.

Seinerzeit waren wir im Vorsprung, aber die Feinde der Arbeiter hatten Schule gemacht und sie besitzen heute eine bessere Organisation als die Arbeiter. Die Unternehmer stehen im wirtschaftlichen Kampf geschlossen gegen die Arbeiter und es fällt ihnen nicht ein, sich da national oder konfessionell zu trennen. Die Herren sind stolz auf ihre internationalen Beziehungen und lachen über die Arbeiter, die sich von ihren Soldnechten zu den Spaltungen der Arbeiterorganisationen verleiten lassen, und es ist die höchste Zeit, daß auch die Masse der Arbeiterkraft zum Denken anfängt und jeden Zwist unter sich vermeidet. Der wachsenden Kraft der Unternehmerorganisationen und ihrem mächtigen Einfluß muß die Arbeiterkraft mindestens eine ebenbürtige Organisation gegenüberstellen, und es ist daher die Pflicht jedes denkenden Arbeiters, die gewerkschaftliche und die politische Organisation auszubauen zu helfen, damit das arbeitende Volk jedem Angriff gewachsen und zu jeder Zeit kampffähig ist, um nicht nur eine Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erringen, sondern auch den Boden der Gesetzgebung zu erobern.

Die Elektricitätsarbeiter in Heiligenstadt und ihre Arbeitsordnungen.

I.

Ueberaus lehrreich ist der Vergleich der Arbeitsordnungen gegeneinander, mit welchen die Elektricitätsarbeiter seit dem Bestehen des Betriebes in Heiligenstadt beglückt wurden. Wahrhaft beglückt — denn während die gesamte Arbeiterschaft der k. k. Staatsbahnen der vor vielen Jahren versprochenen Arbeitsordnung mit Sehnsucht entgegenharrt und immer noch nicht erhalten, weil an derselben das Eisenbahnministerium seit diesen vielen Jahren fortwährend studiert, haben die Elektricitätsarbeiter schon die dritte Arbeitsordnung erhalten. Allerdings sind die zwei ersten noch von der Firma Bartelmus u. Donat und erst die dritte Arbeitsordnung von der Staatsbahndirektion Wien erstellt worden. Sie wurde schon am 9. April 1903 erstellt und schon gleich darauf am 3. Juni desselben Jahres von der Generalinspektion geprüft und genehmigt, also knapp nach der Uebernahme des Betriebes von der Firma, obwohl die zweite Arbeitsordnung von der Firma Bartelmus u. Donat erst am 29. November 1899 in Kraft trat, also knapp vor der Uebernahme des Betriebes in die Staatsbahndirektion.

Die Schnelligkeit, mit welcher hier die Staatsbahndirektion daranging, für die Arbeiter des Elektricitätsbetriebes in Heiligenstadt eine Arbeitsordnung zu schaffen, muß jedermann auffallen. Es müssen hier besonders schmerzhafte Gründe vorhanden gewesen sein, die dies notwendig machten, und in unserem sozialen Zeitalter sollte man wohl vermuten, daß die dritte von der fürsorglichen Staatsbahndirektion verfaßte Arbeitsordnung gewiß namhafte Verbesserungen gegenüber den zwei ersten aufweisen wird. Aber nur der Unerfahrene

und Indifferente legt dem Unternehmer jene soziale Einsicht zugute, die dieser wohl als Mensch haben sollte, nie aber haben wird, denn Unternehmertum und Menschlichkeit deckt sich nicht. Gerade bei solchen Gelegenheiten läßt sich nachweisen, daß es nicht wahr ist, was Unerfahrene und Indifferente stets behaupten, daß nämlich alles das, was die Organisation jemals für die Arbeiterschaft und Bediensteten geleistet hat, ohnehin hätte kommen müssen, denn das bringe ja die Zeit, der Fortschritt. Weil aber die Elektricitätsarbeiter in Heiligenstadt zur Zeit der Uebernahme des Betriebes nicht organisiert waren, zum mindesten nicht so organisiert waren, wie dies erforderlich ist, mit aller Kraft und Einmütigkeit den Schlag, den der Unternehmer führt, abzuwehren, gerade deshalb konnte die Staatsbahndirektion den Elektricitätsarbeitern so rasch eine Arbeitsordnung aufzuziehen, die gegenüber den von der Firma herausgegebenen so sehr zum Schaden der Arbeiter werden sollte. Denn der Unternehmer ist erst dann stark und erst dann sicher seine Schläge, wenn er den Arbeiter auf seiner schwächsten Seite trifft.

Im nachfolgenden werden wir in einigen hervorragenden Punkten die beiden letzten Arbeitsordnungen vergleichen, um nachzuweisen, wie sehr die Zeit dazu angeht, Verschlechterungen zu bringen, wenn man in ihr untätig, das heißt nicht organisiert ist.

In der Arbeitsordnung (29. November 1899) der Firma Bartelmus u. Donat lautet der § 2:

„Die im Etablissement beschäftigten Arbeiterkategorien sind:

Maschinen-, Dynamo-, Schaltbrett- und Akkumulatorenwärter, Schmierer, Heizer und Hilfsarbeiter.

Die Einreihung in eine dieser Arbeiterkategorien enthebt den Betreffenden nicht von der Verpflichtung, sich vorkommendenfalls auch zu einer anderen, seinen Fähigkeiten und physischen Kräften entsprechenden gewerblichen Arbeit unter Aufrechterhaltung der Lohnvereinbarungen verwenden zu lassen.“

In der Arbeitsordnung (13. Juni 1903) der Staatsbahndirektion Wien hingegen lesen wir folgendes:

§ 5: „... Die Einreihung in eine dieser Arbeiterkategorien enthebt den Betreffenden nicht von der Verpflichtung, sich vorkommendenfalls auch zu einer anderen, seinen Fähigkeiten und physischen Kräften entsprechenden Arbeit verwenden zu lassen.“

Der Lohn für die neu zugewiesene Arbeit darf jedoch nicht geringer, einerseits als der von dem betreffenden Arbeiter in seiner Verwendung bezogene, andererseits als der für die ihm neu zugewiesenen Verrichtungen im allgemeinen normierte sein.“

Anscheinend ist das, was in der Arbeitsordnung der Staatsbahn steht, daselbe, was in der der Firma Bartelmus u. Donat steht, aber nur anscheinend. Denn wir vermischen das Wort: „gewerbliche“ Arbeit schon wirklich sehr; durch die Weglassung desselben müssen unbedingt schwere Konsequenzen zum Schaden der Arbeiter entstehen, und wir können nachweisen, daß solche auch schon entstanden sind. Am 12. und 13. Juli 1910 wurden 18 Arbeiter vom Werke zum Oberbau versetzt, also zu einer Arbeit, die außerhalb der Bedeutung jenes in Beziehung gebrachten Wortes: „gewerblich“ liegt. Wir verweisen schließlich auch auf die Heizer, die noch bei der Firma die entsprechende staatliche Prüfung ablegen mußten, im Staatsbahnbetrieb aber willkürlich zu anderen Arbeiten, nur zu keinen gewerblichen, ihren Prüfungen entsprechenden Arbeiten versetzt werden. Dies ist bei diesem Punkte von besonderer Beachtung. Der Schaden, den diese Arbeiter dadurch erleiden, ist groß, und ist zu fürchten, daß es mit diesen erwähnten Arbeitern nicht abgetan sein wird.

In demselben Absatz wird in der Arbeitsordnung der Firma besonders klar ausgedrückt, daß bei Versetzung zu einer anderen gewerblichen Arbeit, die Lohnvereinbarung aufrecht zu bleiben hat.

Man lese nun nach, wie dies die k. k. Staatsbahndirektion Wien ausdrückt: „Der Lohn für die neu zugewiesene Arbeit darf jedoch nicht geringer sein, als der vom betreffenden Arbeiter bis jetzt bezogene oder als der für die ihm nunmehr zugewiesene Arbeit normierte.“ Also die ursprüngliche Lohnvereinbarung, in welcher nicht nur der gegenwärtige, sondern auch der in der Zukunft aufsteigende Lohn verstanden werden muß, existiert nicht mehr! Ist das ein Schaden oder nicht? Ja, die Zeit, die doch sonst alles ohne Organisation bringen muß, läßt hier den Indifferenten gewaltig im Stich, denn der Schaden, der den Arbeitern durch diese Veränderung des Textes erwächst, wird noch dadurch verschärft, daß die Staatsbahndirektion Wien sich überhaupt über die von ihr geschaffenen Bestimmungen in der Arbeitsordnung hinwegsetzt, indem sie in einem Erlaß, Zahl 819/IV/1911, rundweg erklärt:

„Im Falle von Versetzungen sind ausschließlich die im neuen Dienstzweig üblichen Lohnverhältnisse maßgebend!“

O du selbstkommandierender Fortschritt! — Der § 3 der Arbeitsordnung der Firma bestimmt:

„Die tägliche Arbeitszeit wird so eingeteilt, daß die Schichten mit Inbegriff der nachbenannten Arbeitspausen nicht länger als elf Stunden dauern.“

Im Anhang derselben Arbeitsordnung wird sodann zu diesem Paragraph die Bestimmung des Arbeitsbeginnes und -endes nach Schichten getroffen und die Frühstück-, Mittags- und Saupause der Zeit nach bestimmt, welche Pausen im ganzen zwei Stunden betragen, so daß eine faktische Arbeitszeit von nur neun Stunden besteht. Dann heißt es weiter: „Für alle anderen Hilfsarbeiter beginnt die Arbeitszeit um 7 Uhr früh und endet um 6 Uhr abends, mit Arbeitspausen von ½ 9 bis 9 Uhr vormittags, von 12 bis 1 Uhr mittags und von ½ 4 bis 4 Uhr nachmittags sowie einen freien Tag in der Woche.“ Der § 3 endet schließlich folgendermaßen:

„An Sonn- und Feiertagen wie an Wochentagen wird gearbeitet, dagegen erhalten sämtliche an Sonntagen beschäftigten Arbeiter für jeden Sonntag einen Erghrühetag.“

Diese Sätze sind alle klar und prägnant, jeder Arbeiter weiß, was er nach diesen Bestimmungen eigentlich für Rechte hat und was er besitzt. Wir werden nun sehen,

was für Bestimmungen die k. k. Staatsbahndirektion Wien in Bezug auf die Arbeitszeit, den freien Tag und den Erghrühetag trifft.

Von der Südbahn.

Protokoll

über die am Freitag den 9. Juni 1911 in Wien stattgefundene Beratung der Personalkommission, und zwar der Gruppe des Stationspersonals des Verkehrs und der Gruppe der Lohnerhaltung der Sektion für Diener, betreffend allgemeine Angelegenheiten der Bediensteten dieser Gruppen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 8. Juni 1911.)

(Schluß.)

Anwesend: Vorsitzender Herr administrativer Direktor kaiserlicher Rat Dr. Gustav Fall, Stellvertreter Herr Maschinendirektorstellvertreter Dr. ing. Karl Schlögl; Sekretär Herr Direktionssekretär und Abteilungsvorstand Doktor Moriz Leonore Domenego; von der Bauinspektion Herr Abteilungsvorstand Inspektor Ingenieur Franz Berger; von der Verkehrsdirektion Herr Bureauvorstand Inspektor Franz Pöllerker; von der administrativen Direktion Herr Bureauvorstand Bahnkommissar Dr. Albert Grabhsch.

I. Von der Gruppe des Stationspersonals des Verkehrs: A. Der ernannte Erghrühmann: Johann Krysta, Blocksignaldieners in Wien (Südbahnhof); B. die gewählten Mitglieder: Josef Wagner, Wächter in Mahleinsdorf (V), Josef Dörmeg, Portier in Wogen, Franz Wendl, Magazinsaufseher in Graz.

II. Von der Gruppe der Bahnerhaltung: A. das ernannte Mitglied: Josef Kainer, Wächter in Olag (E); B. die gewählten Mitglieder: Franz Herzog, Wächter in Inzersdorf (Haltestelle) (E), Franz Jastl, Wächter in Disnig (E), Josef Stöcklinger, Wächter in Magensfurt (E); Schriftführer: Bahnkonzipist Dr. Emil Thurner, Beamtenaspirant Dr. Oskar Charlemont.

Der Direktionssekretär stellt die Präsenzliste fest und konstatiert die ordnungsmäßige Konstituierung der Personalkommission:

Zu Verifikatoren des Protokolls werden die Personalkommissionsmitglieder Krysta und Wagner gewählt.

Zunächst werden einzelne in der Sitzung vom 8. Juni 1911 nicht behandelte Petitionen anderer Dienerkategorien als der Wächter verlesen, und zwar werden diese Petitionen aus dem von der Gewerkschaft am 9. Mai 1911 überreichten Memorandum entnommen.

1. Wagenschreiber.

Sämtliche Wagenschreiber, die bis 31. Dezember in die gesellschaftlichen Dienste der Südbahn eingetreten sind, jedoch entgegen den Bestimmungen des Zirkulars 497, I, Absatz 1, seither statt in der Kategorie der Kanzleigehilfen in der Kategorie der Wagenschreiber stabilisiert wurden, sind mit rückwirkender Gültigkeit auf den Tag der erfolgten Anstellung in die Kategorie der Kanzleigehilfen zu überstellen. Die Wagenschreiber sind nach zwei in der Gehaltstufe von 1100 Kr. zugebrachten Dienstjahren und nach Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen mit dem Titel „Wagenverkehrsaufseher“ zu Unterbeamten zu ernennen und in das Unterbeamtenschema einzureihen. Erhöhung des Taglohnes der Aushilfswagenschreiber und der im Taglohn stehenden Bediensteten auf 3 Kr. Endliche Einführung des 12/24stündigen Dienstturnusses für alle den Turnusdienst versehenen Wagenschreiber. Für alle übrigen Wagenschreiber, die nur Tagdienst versehen, sind mindestens zwei dienstfreie bezahlte Tage in jedem Monat zu gewähren. Erhöhung des Schreibpauschals auf 1 Kr. per Monat. Einführung eines Schulpauschals. Kürzung der Tragzeit der Wäse auf ein Jahr, des Pelzes auf drei Jahre und Beteiligung mit schwarzen Mänteln und mit Regenmänteln.

2. Magazinsaufseher.

Nach einjähriger Verwendung als Aushilfsdiener hat die Ernennung zum Magazinsaufseher zu erfolgen. Die Magazinsaufseher sind bei Erreichung der Gehaltstufe von 1200 Kr. automatisch zu Unterbeamten zu ernennen und nach zwei in der Gehaltstufe von 1200 Kr. zugebrachten Dienstjahren in die Gehaltstufe von 1400 Kr. überzuleiten. Abfassung des 24/24stündigen Dienstturnusses in allen Magazinen und Einführung des 12/24stündigen Turnusses. Einführung von mindestens zwei dienstfreien Sonntagen monatlich. Dort, wo bereits für einzelne Bedienstete mehr freie Tage gewährt werden, darf natürlich keine Verringerung zum schlechteren erfolgen. Endliche Regelung der Arbeitszeit in den Magazinen im Sinne der Anträge, das ist Einführung der täglich neunstündigen Arbeitszeit. Bezahlung der Ueberstunden mit 1 Kr. per Ueberstunde. Jede angefangene Stunde hat als voll zu gelten. Endliche Regelung der Monturfrage im Sinne der eingebrachten Anträge. Für die in den Werkstätten, Heizhäusern und Materialmagazinen beschäftigten Magazinsaufseher ist dieselbe Arbeitszeitdauer, das ist der freie Samstag nachmittags mit 5½stündiger wöchentlich Arbeitszeitdauer zur Einführung zu bringen, wie dieselbe bereits für das in Betracht kommende übrige Werkstättenpersonal besteht. Schaffung von Diensträumen, die den sanitären Verhältnissen entsprechen. Verminderung der Tragzeit der Montur um ein Jahr; Beteiligung mit einer Wäse, Rock und für die im Freien beschäftigten Bediensteten mit einem Regenmantel. Gewährung einer Funktionszulage an sämtliche Magazinsaufseher.

3. Verschubpersonal.

Gewährung einer monatlichen Verschubzulage von 24 Kr. an jeden im Verschubdienste verwendeten Bediensteten, wobei bestehende Personalzulagen nicht gekürzt werden dürfen. Verbesserung der Postennormierung unter besonderer Berücksichtigung der für das Verschubpersonal in Betracht kommenden Dienst- und Verkehrsverhältnisse, und zwar soll zur Grundlage dienen, daß bei jeder Verschublokomotive ein Plakmeister, ein Oberverschieber und mindestens vier Verschieber verwendet werden. Auflösung der Verwendungskategorie der Verschubaufseher. Zulassung der Oberverschieber zur Unterbeamtenprüfung nach einjähriger Dienstleistung. Ernennung der Oberverschieber nach abgelegter Prüfung nach Maßgabe des Ranges und der vorhandenen Posten zu Plakmeistern. Advancement der nicht zu Plakmeistern ernannten Oberverschieber mit abgelegter Unterbeamtenprüfung nach Erreichung der Gehaltstufe von 1200 Kr. nach dem Schema für Unterbeamte. Festsetzung des Endgehalts für Verschieber mit 1100 Kr.

4. Lampisten.

Die Spenglerlampisten sollen von der Gruppe B in die Gruppe A der Diener eingereiht werden. In Erwägung, daß von den Lampisten der Nachweis des erlernten Spenglerhandwerkes verlangt wird, wird die Gleichstellung der Spenglerlampisten mit den Wagenschreibern, beziehungsweise Einreihung der Spenglerlampisten in die Gruppe A der Diener verlangt. Abkürzung des Dienstes von 24 Stunden Dienst mit der darauffolgenden 24stündigen Ruhezeit. Im allgemeinen wird die Durchführung des Antrages: Einreihung der Lampisten in die Gruppe B der Diener mit Einführung von zweijährigen Vorübungsfreien bis zum Endgehalt verlangt. Endliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten, und zwar: vollständige Abschaffung der 24/24stündigen Dienstturnusse und

Einführung des 12stündigen Dienstes mit darauffolgender 24stündiger Ruhezeit unter Freigabe einzelner freier Tage (im Sinne des vom Eisenbahnministerium im Vorjahre gemachten Zugeständnisses). Die Lampisten dürfen zu anderen Dienstleistungen als zur Verrichtung von Lampistenarbeiten nicht verwendet werden. Beistellung von Substituten bei Erholungsurlauben und Erkrankungen. Durchführung der Verbesserung der Postenverteilung dahingehend, daß sämtliche Lampisten, die mindestens ein Jahr dauernd Lampistenamt versehen, nach Erfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen stabilisiert werden und sämtliche Posten als Lampistenposten normiert werden. Die Nachschichtzulage ist tatsächlich Nachschichtverdienst Lampisten ohne Einschränkung zu gewähren. Inspektor Böllricher bemerkt, daß alle Lampisten die Nachschichtzulage hätten.

Personalkommissionsmitglied Wagner widerspricht dem: Manche machen bis 1 oder 2 Uhr Nachtdienst, machen dann eine Pause und bekommen infolgedessen die Nachschichtzulage nicht.

5. Ladeschreiber und Magazinsdiener.

Die Ladeschreiber und Magazinsdiener sind als Ladeschreiber in der Gruppe B der Diener einzureihen. Gewährung von zweijährigen Vorrückungsfristen bis zur Endgehaltstufe. Zulassung der Magazinsdiener und Ladeschreiber zur Ablegung der Dienstprüfungen für Magazinsdiener. Die Magazinsdienerposten sind prinzipiell nur aus der Kategorie der Ladeschreiber und Magazinsdiener, beziehungsweise Ladeschreiber zu besetzen. Gewährung eines Schreibpauschales von 1 Kr. per Monat für die Ladeschreiber und Magazinsdiener. Endliche Regelung der Arbeitszeitdauer im Sinne der beantragten Arbeitszeitregelung (neunstündige Arbeitszeit) mit Gewährung von mindestens zwei dienstfreien bezahlten Tagen monatlich. Einführung des 12/24stündigen Dienstturnus für alle den Turnusdienst versehenen Ladeschreiber und Magazinsdiener. Herabsetzung der Tragzeit der Mäntel auf ein Jahr, des Lodenrodes auf zwei Jahre und Beteiligung mit schwarzen Mänteln.

Der Vorsitzende meint, es sei schwer auf diese Forderungen auch nur insoweit zu antworten, als sie bereits Gegenstand einer Dienstkonferenz gewesen seien. Die Verwaltung habe keine Tagesordnung bekommen und solle jetzt viele Anträge beantworten.

Personalkommissionsmitglied Wagner meint, gestern sei gesagt worden, daß anschließend an die Tagesordnung der Wächter die Wünsche der anderen Kategorien behandelt werden sollten.

Der Vorsitzende erwidert, die Verwaltung könne nicht sofort eine Antwort erteilen. Sollte sie rechtzeitig eine Tagesordnung gehabt, so könnte man jetzt über die Punkte reden, die bereits den Gegenstand der Beratungen der Verwaltung gebildet haben.

Inspektor Böllricher erklärt zu Punkt 2, daß ungefähr vor einem Jahr der Wunsch geäußert wurde, es sollten zu Magazinsdienern nur mehr Magazinsdiener gemacht werden, ein gerechtfertigtes Verlangen, weil die Magazinsdiener aus den stabilisierten Magazinsdienerposten hervorgegangen seien. Der Werdegang dieser Leute sei daher folgender: Anstaltsarbeiter, Magazinsarbeiter, Magazinspartieführer, Magazinsdiener, Magazinsdiener, Magazinsdiener. Gegen den jetzt vorgebrachten Wunsch, die Magazinsdiener aus den Ladeschreibern zu entnehmen und die Anwärter für Magazinsdienerposten direkt als Magazinsmeisteraspiranten aufzunehmen, wie es bei den Bahnmeistern der Fall sei, müsse sich die Verkehrsverwaltung aussprechen, weil der Magazinsmeisterdienst gelernt sein müsse und weil man nicht andere Bedienstete, die schon jahrelang bei uns dienten, zurücksetzen könne. Die Direktionssitzung habe sich dieser Ansicht angeschlossen.

Personalkommissionsmitglied Wendt stimmt den Ausführungen des Inspektors Böllricher zu.

Personalkommissionsmitglied Herzog erwidert auf die obenangeführten Bemerkungen des Direktors, daß die in Behandlung stehenden Anträge am 9. Mai 1911 eingebracht wurden und die Personalkommissionsmitglieder der Meinung gewesen seien, dies genüge, um die einzelnen Wünsche den Sachabteilungen zur Kenntnis zu bringen.

Direktor Fall erklärt, er wünsche, bloß selbst die Anträge zu bekommen.

Personalkommissionsmitglied Herzog erklärt, dies werde in Zukunft geschehen, und bemerkt sodann in längerer Rede, daß die Personalkommission eine Tagesordnung für alle Kategorien ausgearbeitet hätte, wenn sie gewußt hätte, daß nicht nur die Forderungen der Wächter, sondern auch jene der anderen Kategorien behandelt werden würden.

Der Vorsitzende erwidert, angeichts dieser Sachlage um schriftliche Uebersetzung der vorgebrachten Forderungen, die sodann von der Verwaltung schriftlich behandelt werden.

Personalkommissionsmitglied Herzog ersucht um Verteilung der Personalkommissionsmitglieder mit den Sitzungsprotokollen der Personalkommissionsitzungen. Dieser Wunsch sei früher immer abgelehnt worden, mit der Begründung, dies koste zu viel Geld und bestehe auch nicht bei den Staatsbahnen. In letzter Zeit sei aber auch diese Einrichtung bei den Staatsbahnen getroffen worden, deshalb solle sie auch bei der Südbahn durchgeführt werden. Die Personalkommissionsmitglieder könnten dann dem Personal direkt erklären, das sei so und so.

Der Vorsitzende verspricht, er wolle diesen Wunsch, der auch andere Personalkommissionen berühre, dem Generaldirektor vorlegen und sich erkundigen, wie es bei den Staatsbahnen sei.

Personalkommissionsmitglied Stöckinger sagt, er habe am 31. Mai 1910 begehrt, daß wenn möglich dort, wo Frauen den Schrankeendienst versehen, die Wächter nicht zum Streckenbegehren herangezogen werden sollten. Inspektor Berger habe darauf erwidert, dies sei nicht möglich, da die Streckenbegehren dann in Privatwohnungen wohnen und hin und zurück gehen müßten. Nun seien aber Wächterhäuser frei geworden und in diesen solle man die Streckenbegehren unterbringen. Die jetzt in Naturalwohnungen untergebrachten nächsten Abkömmlinge müßten freilich in Privatwohnungen kommen und eine längere Strecke hin und zurück, während ihrer Ruhezeit, zurücklegen, dafür solle man ihnen 4 Stunden Bahn-erhaltungsschicht schenken, so daß sie 36 Stunden frei bleiben könnten.

Der Redner beschränkt sich über den Zustand der Dienststätten, die niemand reinigen wolle, der Wächter nicht, weil der Streckenbegehren sie benütze und umgekehrt; dem sollte durch Zahlung eines Reinigungspauschales abgeholfen werden.

Personalkommissionsmitglied Osmeg erwidert, die am Vortage gestellte Anfrage, ob die gestern verlesenen Forderungen der Portiere vollständig von der Verwaltung entgegengenommen wurden.

Der Vorsitzende erklärt, daß alle vorgebrachten Anträge ins Protokoll kommen. Einzelne der vorgebrachten Anträge seien bereits in den letzten Monaten von der Verwaltung behandelt und erledigt worden. Die Verwaltung wolle über alle zugleich die Antwort erteilen.

Personalkommissionsmitglied Herzog beschwert sich, neuerlich darüber, daß die Personalkommission nur Wünsche aussprechen dürfe, ohne sofort Antwort darauf zu bekommen.

Darauf erklärt der Vorsitzende, er wolle aus den Sitzungsprotokollen der letzten Direktionssitzungen Beschlüsse verlesen, welche die anwesenden Personalkommissionsmit-

glieder interessierten. Er liest vor: „Petition der Streckenbegehren, betreffend die Gewährung von Gehältern in allen Fällen, wo der Streckenbegehren gezwungen ist, die Nachtzeiten außerhalb seines Domizils zu sich zu nehmen, beziehungsweise die Erhöhung der Streckenbegehrenzulage: Wird abgelehnt. Petition der Streckenbegehren, betreffend die Gewährung von wasserdichten Bettmanteilen und von Ledertaschen: Laut Zirkular 465 A 1910, Punkt 24, erhalten die Streckenbegehren Lodenwettertrögen. Das Begehren um Verteilung von Bettmanteilen erscheint schon unbegründet; zu einer Verteilung mit Ledertaschen liegt kein Anlaß vor. Petition der Streckenbegehren, betreffend die Abschaffung des Frauenendienstes auf Strecken, in denen der Begehrensdienst eingeführt ist: Wird abgelehnt. Petition der Diener um Kürzung eines Jahres für alle Diener, welche seinerzeit mit 720 Kr. angestellt wurden: Zirkular 465 A 1910 sagt im Punkt 11: Jenen Dienern, die seinerzeit mit einem Anfangsgehalt von weniger als 700 Kr. angestellt wurden, wird die Wartezeit für die nächste Vorrückung um ein Jahr gekürzt, sofern sie nicht zur Verwendungskategorie der Wächter gehören und nicht schon auf Grund der bisher geltenden Bestimmungen, abgesehen von der Vorschrift des Punktes VIII des Zirkulars 420 A 1910, eine Kürzung der Wartezeit um ein Jahr bereits erfahren haben, beziehungsweise einen Anspruch darauf besitzen. Doch darf die Wartezeit in keinem Falle unter ein Jahr sinken. Ist die Wartezeit dieses Jahres bei der nächsten Vorrückung nicht mehr möglich, so erfolgt sie bei der zweimal nächsten Vorrückung.“ Die Personalkommission habe gesagt, daß dieselben Gründe, welche für die Begünstigung der mit weniger als 700 Kr. Angestellten sprechen, auch für die mit 720 Kr. Angestellten zutreffen. Die Verwaltung sei nicht in der Lage, eine grundsätzliche, zu verlaßbare Verfügung zu treffen, daß auch den mit 720 Kr. angestellten Dienern durchwegs ein Jahr gutgebracht werde, allein sie werde trachten, jenen dieser Diener, welche eine anstandslos Dienstleistung aufzuweisen haben, im Wege der außerordentlichen Vorrückung ein Jahr zu schenken. Der Effekt, den die Personalkommission wünsche, werde daher im großen ganzen erreicht sein, aber der einzelne werde kein Anrecht auf Vorrückung haben, die gedachte Begünstigung werde schon beim bevorstehenden Juli-Abkament in Kraft treten. Natürlich beziehe sich diese Begünstigung nicht auf jene Bediensteten, die nach Punkt 11 des Zirkulars 465 A 1910 ausgeschlossen waren.

Personalkommissionsmitglied Herzog meint, daß in diesem Falle die gedachte Begünstigung bei der Vordirektion höchstens für einige Rangleidiener oder Portiere Bedeutung hätte. Es sei schwer, wenn man jetzt den Leuten sagen solle, „vielleicht machst du einen Lotteriegewinn“.

Der Vorsitzende erwidert darauf, man könne doch nicht von einem Lotteriegewinn sprechen, wenn die Verwaltung sage: Der Betreffende bekommt das Schenkungsjahr, wenn er eine anständige Dienstleistung aufzuweisen hat. Es liege in der Absicht der Verwaltung, einer möglichst großen Zahl von Bediensteten diese Begünstigung zuzuwenden.

Personalkommissionsmitglied Herzog nimmt dies dankend zur Kenntnis.

Der Vorsitzende fügt noch hinzu, die Personalkommission solle einen oder zwei Vordirektionstermine abwarten, um zu sehen, wie viele Bedienstete vorrücken. Wenn der Personalkommission die Anzahl zu gering sei, so könne man immer noch darüber reden und einige Bedienstete vorrücken lassen, die jetzt ausgeschlossen blieben.

Personalkommissionsmitglied Herzog meint, die Verwaltung werde sich und der Personalkommission durch diese Art des Vorgehens wieder große Unannehmlichkeiten schaffen. Jene, welche gnadeweise ein Jahr geschenkt bekommen, würden zufrieden sein, die anderen nicht. Es sei zu bedauern, daß die Wächter auch diesmal zurückgesetzt würden.

Der Vorsitzende erwidert hierauf, daß der Grund für diese letztere Maßregel nicht in einer Abneigung der Verwaltung gegen die Wächter, sondern darin gelegen sei, weil diese schon aus einem anderen Titel etwas erhalten haben. Der Bemerkung, daß durch die oberrückte Art der Auswahl Willkürlichkeiten entstehen könnten, müsse er zustimmen, aber die Berücksichtigung aller in Frage kommenden Diener würde eine so ungeheure Summe erfordern, daß die Verwaltung sich eine Auswahl nach Antrag der Sachabteilungen vorbehalten müßte. Uebrigens würden doch die Personalkommissionsmitglieder von allen Bediensteten eine anständige Dienstleistung verlangen.

Personalkommissionsmitglied Herzog erklärt, daß die Bediensteten alles, was von den Staatsbahnen komme, gerne nehmen würden, aber nur nicht das „Kreuzsystem“, die besondere Qualifikation. Die Südbahn solle halt alle auf einmal nehmen, damit nicht wieder Unzufriedenheit entstehe.

Der Vorsitzende erwidert hierauf, er werde den Wunsch der Personalkommission nach Ausdehnung der in Rede stehenden Begünstigung dem Generaldirektor übermitteln. Die Personalkommissionsmitglieder seien allerdings dazu da, Begünstigungen für alle Bediensteten zu verlangen, aber die Verwaltung könne nicht immer alles gewähren.

Der Vorsitzende erklärt sodann, er müsse die Sitzung verlassen um einer Verhandlung mit den Gläubigern der Südbahn beizuwohnen. Die von der Personalkommission vorgebrachten Wünsche würden alle zu Protokoll genommen und so rasch als möglich formell erledigt werden. Ueber jeden Punkt müßten die Personalkommissionen befragt werden, und jeder Punkt müsse dann vor die Direktionssitzung und vor den Generaldirektor kommen. Wo etwas zu machen sei, müsse auch der Verwaltungsrat befragt werden, deshalb könne ein bestimmter Termin für die Erledigung aller Petitionen nicht in Aussicht gestellt werden.

Personalkommissionsmitglied Herzog dankt dem Vorsitzenden für seine Äußerungen und ersucht, in Einklang mit dem bei der Direktionssitzung bereits bearbeitete Material der Personalkommission zur Kenntnis zu bringen.

Direktor Fall verläßt sodann die Sitzung, den Vorsitz übernimmt Dr. Ingenieur Karl Schloß.

Personalkommissionsmitglied Wendt erklärt, er werde eine bisher noch nicht gestellte Forderung vorbringen, die auf einer Zusammenkunft in Raibach gestellt worden sei: sämtliche zurzeit definitiv in Magazinaufseherstellen mit 1. Juli 1911 ohne weiteres zu Magazinsdienern mit 1200 Kr. zu ernennen und begünstigen dies folgendermaßen: Die Magazinaufseher seien größtenteils aus Magazinspartieführern hervorgegangen. Die betreffenden hätten eine Reihe von Jahren als Magazinsarbeiter oder Ladeschreiber und dann wieder als Magazinspartieführer zugebracht und seien dann Aufseher geworden. Als Partieführer hätten alle schon einen hohen Jahresverdienst aufzuweisen gehabt; dann seien sie mit Kr. 240 täglich zu Magazinaufseherämtern ernannt und mit 840 Kr., beziehungsweise später mit 900 Kr. als Magazinaufseher angestellt worden. Infolgedessen hätten die Magazinaufseher auch noch in der Gehaltsstufe von 1100 Kr. weniger Einkommen als seinerzeit als Partieführer. Gerade jene Aufseher, die aus den Magazinsarbeitern und Ladeschreibern hervorgegangen seien, seien die tüchtigsten. Bei den jetzigen Magazinsdienern beständen ganz andere Verhältnisse. Diese würden als Magazinsarbeiter aufgenommen und gelangten schon nach drei Jahren in den Provisionsfonds und verlieren daher keine Dienstjahre, auch wenn sie erst später Magazinsdiener würden. Für jene Magazinaufseher dagegen, die es jetzt seien, sei eine Reihe von Dienstjahren verloren, zum Beispiel für den Redner selbst. Ueberhaupt seien heute nicht mehr viele Magazinaufseher vorhanden und diese könne man ohne große Kosten zu Magazinsdienern ernennen.

Personalkommissionsmitglied Wendt hält trotzdem seine Petition aufrecht.

Der Direktionssekretär erklärt hierauf, daß diese Petition nochmals werde vor die Direktionssitzung gebracht werden.

Personalkommissionsmitglied Stöckinger kritisiert die Ausrichtung der Streckenbegehren.

Inspektor Berger erklärt, daß zwei Herren von der Vordirektion einen kombinierten Hammer und Schraubenschlüssel erfunden hätten. Derselbe sei ausprobiert worden, habe sich aber nicht bewährt, überhaupt habe das Nageleinschlagen durch den Streckenbegehren keinen Wert, deshalb sei von der Vordirektion ein Erlaß hinausgegeben worden des Inhalts, daß die Wächter überhaupt keinen Hammer, sondern nur einen Schraubenschlüssel zu tragen hätten. Die Durchführung dieses Erlasses werde uredigert werden.

Personalkommissionsmitglied Herzog ist damit einverstanden, meint aber, daß auch das Anziehen der Schraubenmutter nicht viel Zweck habe. Es sollten vielmehr für solche Instandhaltungsarbeiten fliegende Kotten eingeführt werden, was Inspektor Berger schon voriges Jahr gesagt habe. Die Streckenbegehren sollten nur für dringende Fälle Werkzeuge mit sich führen. Wenn sie einen Schaden entdeckten, hätten sie ihn der Sektion zu melden. In der Sektion Wiener-Neustadt müßten die Streckenbegehren täglich einen Teil der Strecke mit dem Gleichmaß durchmessen, das sei eine Schikanierung.

Redner befürwortet sodann die am Vortage vorgebrachten Petitionen des Personalkommissionsmitgliedes Stöckinger betreffend den Frauenendienst sowie die Gewährung eines Dienststättenreinigungspauschales. In Würzschlag und auf gewissen anderen Strecken bestehe schon ein solches Pauschale.

Inspektor Berger meint, dies sei dort eigenmächtig eingeführt worden.

Bahnkommissär Dr. Grabisch beantragt mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit, festzustellen, welche Punkte des Memorandums bereits vorgebracht wurden und welche nicht.

Dem wird zugestimmt. Es werden zunächst einige der am Vortage bereits verlesenen allgemeinen Forderungen verlesen.

Der Direktionssekretär bemerkt hierzu, daß Änderungen der Ueberleitungsbestimmungen auf Grund des Direktionsbeschlusses vom 6. Mai 1911 grundsätzlich ausgeschlossen seien.

Sodann werden die Forderungen der Rangleidiener verlesen.

Personalkommissionsmitglied Herzog bemerkt hierzu, daß bezüglich der Ernennung der Rangleidiener der Einnahmenkontrolle zu Rangleidienern bereits folgender Direktionsbeschluss gefaßt wurde: „Dieser Wunsch ist im allgemeinen unerfüllbar; in einzelnen Fällen wird er ohnedies, sofern die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind, berücksichtigt. Dieser Beschluss gelte für alle Rangleidiener.“

Bahnkommissär Dr. Grabisch bemerkt hierzu, daß der erste Punkt betreffend die Stabilisierung der bis 31. Dezember 1909 in gesellschaftliche Dienste getretenen Wagenschreiber als Rangleidiener mit Direktionsbeschluss abgelehnt wurde mit der Begründung, daß das herangezogene Zirkular 282A, 1909, welches eine Stabilisierung von Wagenschreibern als Rangleidienern verfüge, sich nur auf jene zur Zeit des Erscheinens des obzitierten Zirkulars in gesellschaftlichen Diensten als Wagenschreiber in Verwendung gestandenen Bediensteten bezogen habe, die am 1. Juli 1909 zur Stabilisierung gelangten, und den späteren Stabilisierungen als Wagenschreiber auf Grund des inzwischen mit Zirkular 497A, 1909, erschienenen Schema für die Wagenschreiber nicht präjudiziere.

Bei Verlesung der Petition der Magazinsdiener und Magazinaufseher bemerkt Personalkommissionsmitglied Wendt, daß infolge einer an die Verkehrsverwaltung gerichteten Eingabe seinerzeit in Graz ein Akkordanteil als Entschädigung für Ueberstunden gewährt worden sei, ebenso in anderen Brutto-stationen.

Sodann werden die Wünsche der Bahnrichter, des Versuchspersonals, der Lampisten und der Portiere verlesen.

Personalkommissionsmitglied Osmeg bemerkt, daß von den Forderungen der Portiere der letzte Absatz wegzulassen sei. Nun kommen die Forderungen der Stationsaufseher, der Ladeschreiber und Magazinsdiener.

Personalkommissionsmitglied Wendt erklärt, daß seinerzeit den Ladeschreibern die Stabilisierung versprochen wurde.

Es wird ein Direktionsbeschluss vorgelesen, worin diese letztere Petition abgelehnt wurde. Sodann wird der Direktionsbeschluss vorgelesen, durch welchen die von den Parteien vorgebrachten Forderungen abgelehnt wurden.

Personalkommissionsmitglied Osmeg erklärt jedoch, er halte die vorgebrachten Forderungen aufrecht; die Zugbegleiter hätten den Portieren diesbezüglich ihre Unterstützung versprochen.

Personalkommissionsmitglied Osmeg unterstützt sodann die Anträge Herzogs betreffend die Verteilung der Personalkommissionsmitglieder mit den alten Personalzirkularen und mit den Personalkommissionsprotokollen. Auch sollten die aus der Provinz kommenden Personalkommissionsmitglieder höhere Diäten erhalten, da sie mit den gegenwärtigen in Wien nicht leben könnten. Ein Zimmer allein koste in Wien Kr. 3-20.

Der Vorsitzende schließt sodann die Sitzung.

Sodann geschlossen und gefertigt:

Der administrative Direktor als Vorsitzender der Personalkommission:

Der Direktionssekretär als Sekretär der Personalkommission:

Dr. Domengo.

Der Maschinendirektorstellvertreter als Vorsitzender stellvertreter der Personalkommission:

Die Verifikatoren:

Johann Ryska, Blocksignaldiener

Josef Wagner, Wächter.

Als Schriftführer:

D. Charlemont.

Gelesene Nummern des „Eisenbahner“ wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferente weiter.

Inland.

Die Sozialdemokraten und die Steuervorlagen. Der Vorstand des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten präzisiert seine Haltung zu den Steuervorlagen der Regierung: Als selbstverständlich wurde festgestellt, daß der Klub die Erhöhung der Biersteuer und der Branntweinsteuer bekämpfen werde. Eingegen ist der Vorstand der Ansicht, daß der Klub, ohne einem formalen Punkt der Beamtenvorlagen mit den Steuervorlagen zuzustimmen und unter Vorbehalt seiner sachlichen Verbesserungsanträge der Reform derjenigen Steuern, die ausschließlich die besitzenden Klassen belasten und deren Ertragnis für die Deckung der Forderungen der Eisenbahner, der Staatsarbeiter und der Staatsangestellten bestimmt ist, keine Schwierigkeiten zu bereiten hat. Der Vorstand wird mithin dem Klub vorschlagen, seine Vertreter im Finanzausschuß zu beauftragen, sie mögen dahin wirken, daß die Vorlagen über die Personaleinkommensteuer, die Dividendensteuer, die Lantiensteuer, die Erbschafts- und Schenkungsgebühren, die Schenkungssteuer und die Totalisatorsteuer bald in Verhandlung gezogen werden. Zugleich wurde neuerlich der Wunsch ausgesprochen, daß die Vorlage über die Reform der Hauszinssteuer im Lenierungsausschuß baldigst beraten und im Sinne der bekannten Forderungen des Klubs gründlich umgearbeitet werde.

Finanzielles von der Graz-Köflacher Eisenbahn. Die Einnahmeentwicklung auf den Linien Graz-Köflacher Eisenbahn ist im laufenden Jahre eine sehr günstige. Bis Ende Oktober betrug das Plus gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres rund 270.000 Kr.. Die Ursachen der Mehreinnahmen liegen hauptsächlich in erhöhten Kohlenverfrachtungen, zum Teil aus dem eigenen Köflacher Revier der Gesellschaft, doch traten auch Mehrtransporte infolge der erhöhten Förderung des Köflacher Kohlenbergbaues der Alpinen Montangesellschaft ein. Das Kohlengeschäft der Graz-Köflacher Eisenbahngesellschaft, die in diesem Jahre eine größere Produktion auf ihren Gruben verzeichnet, hat sich gleichfalls besser entwickelt. Die Gesellschaft, welche für die Jahre 1907 bis 1909 eine Dividende von 29 Kr. verteilt und für das Jahr 1910 eine Reduktion auf 25 Kr. vorgenommen hat, dürfte nach den bisherigen Ergebnissen für das Jahr 1912 wieder mit einer Erhöhung der Dividenden vorgehen.

Frachtermäßigung und Lebensmittelwucher. Wie recht als wir hatten, als wir kürzlich schrieben, daß die zum Zwecke der Verbilligung der Lebensmittel eingeräumten Begünstigungstarife nicht den gewünschten Erfolg zeitigen, das wird jetzt durch eine Meldung der „Korrespondenz Herzog“ deutlich veranschaulicht. Diese meldet nämlich aus Triest, daß kürzlich in einer Versammlung, in der Abgeordneter Dr. Nybar die Regierungsmassnahmen gegen die Lebensmittel kritisierte, ein Eisenbahner die verblüffende Mitteilung machte, daß die Viehhändler die von der Regierung eingeräumte 50prozentige Tarifiermäßigung für Vieh- und Fleischsendungen dazu benützen, um massenhaft Vieh und Fleisch, insbesondere aus Galizien, zu billigen Frachtsätzen nach Triest zu verfrachten, von wo aus sie es sodann per Schiff nach ausländischen, insbesondere italienischen Häfen weitertransportieren. Auf solche Weise erhalten die Volksbewucherer durch die Frachtermäßigungen noch ein Geschenk auf Kosten der Staatsbahnen.

Zur Reorganisation der Staatsbahnen. In dem vom Staatseisenbahnrat eingesetzten Komitee wurden von einigen Tagen für die so dringend notwendige Reform folgende Grundzüge entwickelt:

Erstens hinsichtlich des Eisenbahnministeriums. Es wird grundsätzlich daran festgehalten, daß die Direktionen die erste, das Eisenbahnministerium die zweite Instanz bildet und Zwischeninstanzen jeder Art unzulässig sind. Daher wird auch die Einführung von Zentralämtern nicht befürwortet, während das Tarifstellungs- und Abrechnungsbureau sowie das Zentralwagenabrechnungsbureau beibehalten, ausgestaltet beziehungsweise umgestaltet und als Hilfsämter des Eisenbahnministeriums mit einem selbständigen Wirkungsbereich bedacht werden. Ferner erscheint die Stabilisierung der Sektionsaufteilung des Eisenbahnministeriums empfehlenswert, wobei etwa folgende Sektionen zu bilden wären: 1. eine Bau-, 2. eine Verkehrs-, 3. eine Zugförderungs- und Werkstätten-, 4. eine kommerzielle 5. eine administrative, 6. eine finanzielle, 7. eine Präsidialsektion. Mit der einheitlichen Zusammenfassung derjenigen Ämtern, die allen Sektionen gemeinsam sind, wäre ein Sektionschef zu betrauen, der das Ständige im Wechsel zu repräsentieren hätte, indem er als dauernder Stellvertreter des Eisenbahnministers fungiert. Für die erhöhte Verantwortung und persönliche Leistung und die dadurch mit Sicherheit zu gewinnende Oekonomisierung des ganzen Geschäftes müßte den entscheidungsberechtigten Beamten ein materielles Entgelt (Beteiligungssystem, persönliche Remunerationen, Erfolgsanteil, außertourliche Beförderung u. s. w.) geboten werden.

Zweitens: Direktionen. Die Organisation der Direktionen ist kaufmännisch durchzuführen. Die Geschäfte sind in den einfachsten Formen, mit dem mindesten Schreibwert, in kollegialer Beratung, telephonischem Verkehr untereinander und mit den Parteien, durch Schreibmaschinendienst mit den modernsten, kaufmännischen Hilfsmitteln, Beteiligung der Beamten und Hilfskräfte am Erfolg und allen möglichen Vereinfachungen abzuwickeln.

Drittens: Inspektion. Auch hier müssen die Grundzüge freier Initiative, selbstverantwortlicher Geschäftsführung, ökonomischer Verwaltung bis in die untersten Exekutivstellen durchgeführt und mit dem System der Stellvertretung meist ausgedrückt werden. Der Gedanke der Beteiligung am Erfolg (Muster Dänemarks und Preußens) und die Anwendung des Akkordsystems, beziehungsweise des Zeitlohnes mit Prämien und ähnlichen Kombinationen, wäre aufzunehmen.

Personal. Zunächst wäre in Österreich, ähnlich wie in der Schweiz und auch in Preußen und Ungarn, das Personal sachlich für den Eisenbahndienst auszubilden, indem die Absolventen einer Mittelschule, die eine Anstel-

lung anstreben, in eine Eisenbahnschule einzutreten und sich nach zwei oder drei Semestern in die praktische Erprobung zu begeben haben. Die definitive Anstellung soll erst nach einer Probezeit, die diesem praktischen Dienste folgt, vollzogen werden.

Eine Zeitlang muß die Aufnahme neuer Beamten wesentlich eingeschränkt werden. Der gegenwärtige Unterschied zwischen Staatsbahnbeamten und Staatsbeamten ist unbegründet, ungewöhnlich und sollte fallen. Gerade im Eisenbahndienst ließe sich der Grundsatz: „weniger, aber besser bezahlte und zufriedenere Beamte“ leicht verwirklichen.

Generalspektion. Sie ist aufrecht zu erhalten, aber als Sektion dem Ministerium einzureihen und von allen Ämtern zu befreien, die nicht unmittelbar mit den höheren Funktionen der Staatsaufsicht verbunden sind.

Bildung eines Petroleumkartells. Die Petroleumspekulanzen sind mit ihren Profiten unzufrieden. Sie haben nun ein neues Petroleumkartell gebildet, um die Preise des Erdöls wieder in die Höhe treiben zu können. In den letzten Jahren führten sie ohnehin mehrmals Steigerungen der Preise durch und im Kleinhandel erhöhte sich jetzt infolge dessen der Preis des Liters Petroleum auf 34 bis 36 S. Vor zwei Jahren konnte man einen Liter Petroleum noch für 20 bis 24 S. kaufen. Seither stieg der Preis im Durchschnitt um 50 Prozent und er soll nach dem Wunsche der Petroleumraffinerien noch höher werden, wenn sich die Regierung nicht entschließt, ihre im Abgeordnetenhaus gemachten Versprechungen einzuhalten und gegen weitere Preistreibern vorzugehen.

Das Zollhindernis. Vor einigen Tagen trafen in Wien fünf Waggon Rindfleisch aus Schweden ein. Das Fleisch war in sehr sinnreich konstruierte Kühlwagen verpackt, so daß es trotz der schikanösen Behandlung bei der Zollmanipulation — das Fleisch wurde mehrere Tage an der österreichischen Grenze aufgehalten — noch in vorzüglichem Zustand in Wien einlangte. Verkauft wurde das Fleisch: Vorderes Kr. 1.44 bis 1.46, Hinteres Kr. 1.60 bis 1.64. Die Qualität des Fleisches wurde allgemein gerühmt. Leider wird eine dauernde Einfuhr nicht möglich sein, da sich die Fracht- und Zollspreise auf 55 S. per Kilogramm belaufen, wodurch der Preis derart verteuert wird, daß zwischen den Großpreisen des heimischen Fleisches und dem des schwedischen eine nur geringe Differenz besteht.

Auch ein Denkmal. Der deutschsprachige Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses hat die Vöcher, die der verrückte Regus in die Ministerbank und den Tisch des Präsidiums schob, nicht ausbessern, sondern — in Meising fassen und mit dem Datum (5. Oktober 1911) versehen lassen. Wahrscheinlich läßt der Oberpräsident das so machen, damit seine Kumpane gelegentlich die Erschütterlichkeit der Sozialdemokraten daran demonstrieren können.

Ausland.

Das Streikrecht der französischen Eisenbahner. Während der preußische Eisenbahnminister Freitenbach die Interpellationen unserer Genossen Emmel und Böhle im Reichstag, betreffend die Maßregelung der elsaß-lothringischen Eisenbahner mit einer schroffen Weigerung, den Eisenbahner das Streikrecht zu gewähren, beantwortete und sich hierbei stolz auf die „Vorgänge in einem benachbarten Land“, das nur Frankreich sein konnte, berief, legte Millerand, der frühere Eisenbahnminister Frankreichs, der Kommission für die öffentlichen Arbeiten seinen Bericht über die „Massenkonflikte im Eisenbahnwesen“ vor. Millerand war Minister für die öffentlichen Arbeiten, als der Eisenbahnerstreik ausbrach. Der preußische Eisenbahnminister hat also wohl besonders an ihn gedacht. Deshalb ist es wichtig, was Millerand aus seiner Erfahrung für Lehren gezogen hat. In seinem Bericht, der von der Kommission gutgeheißen wurde, empfiehlt er die Gründung gemischter Schiedsgerichte, die sich aus Delegierten der Gesellschaften, der Arbeiter und der Regierung zusammensetzen. Die Anrufung dieses Schiedsgerichtes soll obligatorisch sein; aber Millerand hütet sich, Strafen für die Nichtbefolgung vorzuschlagen. Wenn der Schiedsspruch einer der Parteien nicht paßt, so kann der Konflikt seinen normalen Verlauf nehmen. Und Millerand — das mögen sich auch die übrigen Eisenbahnminister, nicht bloß der preußische, für ihre künftigen Reden merken — erkennt in seinem Bericht ausdrücklich an, daß man den Eisenbahner das Streikrecht nicht entziehen kann.

Mißerfolg der Eisenbahner in Irland. Der „Generallstreik“ der Eisenbahner in Irland, an dem etwa 7300 Arbeiter beteiligt waren, ist einer der schlimmsten Misserfolge in der Geschichte der Arbeiterbewegung des Vereinigten Königreiches, denn bei der „großen Süd- und Westbahngesellschaft“, deren Personal am längsten im Ausstand verblieb, mußten die Unternehmern wegen des Verlassens der Arbeit ohne Kündigung Abbitte geleistet und das Manifest vom 15. September unbedingt widerrufen werden. Die Arbeiter wurden auch nur unter der Bedingung wieder aufgenommen, daß sie jede von ihnen verlangte Arbeit leisten und allen Befehlen der Beamten gehorchen. In ähnlicher Weise zu unterwerfen hatten sich die Arbeiter der übrigen irischen Bahnen. Anlaß des Streiks war die Weigerung von Arbeitern der Süd- und Westbahngesellschaft, Waren einer Firma zu befördern, deren Arbeiter streikten.

Angedrohte Aussperrung von 70.000 Metallarbeitern. Aus Berlin wird gemeldet: Der Verband der Metallindustriellen verbreitete folgende Mitteilung: Die heutige außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes der Berliner Metallindustriellen hat im Interesse der seit sechs Wochen vom Streik betroffenen Gießereibetriebe einstimmig beschlossen, infolge der vom Metallarbeiterverband veranlaßten Sympathiestreiks wegen Mangels an Guß am 30. November 1911 nach Schluß der Arbeitszeit 50 Prozent ihrer Arbeiterschaft zu entlassen. Von dem Beschluß des Verbandes der Berliner Metallindustriellen werden nicht weniger als 70.000 Berliner Arbeiter betroffen werden. Beteiligt sind an diesem

Beschluß 114 Berliner Metallindustrielle, darunter alle großen Firmen, wie Vörsig, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Siemens-Schubert-Werke, Ludwig Loewe u. Komp. und andere.

Gewinne der amerikanischen Bahnen. Die Gesamtlänge der verschiedenen Eisenbahnen der Vereinigten Staaten betrug am 30. Juni 1911 225.067 amerikanische Meilen (à 1609 Meter). Die durchschnittlichen Bruttoeinnahmen per Tag und per Meile beliefen sich auf 32-87 Dollar, während sich die durchschnittlichen Ausgaben auf 22-58 Dollar per Meile und per Tag beliefen, so daß eine Nettoeinnahme von 10-29 Dollar per Meile und per Tag sich ergibt. Nach Abzug von Steuern u. s. w. blieb den Eisenbahnkönigen die Summe von 742 Millionen Dollar. Diese Summe ist so gering, daß die Harriman und Genossen alle Ursache haben, durch Niederhaltung der Löhne die Eisenbahner in den Streik zu treiben.

Ein neuer englischer Eisenbahnerstreik und die Angelegenheiten der englischen Bahnen zeigen sich von den Folgen ihrer Streikbewegung sehr unbefriedigt. Die Abstimmung über die Frage eines neuerlichen Streiks verriet eine sehr kämpfthafte Stimmung unter den Angestellten in Süd-Wales. Ueber 90 Prozent der Angestellten der Taff-Valer Bahn haben, wie berichtet wird, für den Ausstand gestimmt. Die Weichensteller der Great Westernbahn in Cardiff haben eine Resolution angenommen, die eine Erhöhung der Wochenlöhne um 3 Schilling fordert. Eine Massenversammlung der Eisenarbeiter in Newcastle hat heute nachts beschlossen, den Angestellten zu raten, für den Ausstand zu stimmen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Unfall in Margreid-Kurtatsch.

Am 12. Oktober 1910 fuhr der auf der Strecke Bogen-Ata Substitutionsdienst verkehrende Lokomotivführer Josef Bratil mit einem aus 110 Wägen bestehenden Lastzug, aus Bogen kommend, auf Geleise I in Stadtfuhrer Nacht gegen 12 Uhr in die Station Margreid-Kurtatsch ein. Als der Kammerwagen beim Aufnahmegebäude vorbeikam, rief der den Vertriebsdienst verkehrende Stationsmeister Kartnaller dem Zugführer Schenk zu: „Nacht verchieden!“ Die Station war nämlich infolge verlegten Vorfahren im Besitz eines Vorfahr-Befehls für eine in Trient dringende benötigte leere Lokomotive, die die Station als Zug 271 zu passieren hat. Deshalb wollte Kartnaller vor Ankunft der Maschine den Verschieb durchführen. Schenk sprang sofort ab und instruierte den Diensthabenden über die Rahl der zurückbleibenden im Zug auf dreimal eingereihten Wagen, während der Diensthabende ihn von zwei auf zwei Schütze mitzunehmenden Wagen Mitteilungs machte. Indessen gaben die Zugbegleiter so lange Vortragsignale, daß der Lokomotivführer, der diese ihm durch den Heizer vermittelten Signale befolgte, etwa 7 Meter über die vordere Grenzmarke zum Kurtengeleise II hinauskam. Als die Maschine Zug 271 in die Station kam und beim Aufnahmegebäude stehen blieb, sagte Kartnaller plötzlich den Entschluß, den Verschieb wieder abzustellen, um den Lokomotivzug nicht zu verspäten. Er rief einer Gruppe von Zugbegleitern, die er im Dunkel der Nacht nicht näher zu unterscheiden vermochte, zu: „Nicht verchieden, 271 fährt aus!“ und fertigte nunmehr die Maschine 271 ab, welche in südlicher Richtung ausfuhr. Lokomotivführer Bratil vom Zug 115 konnte nach Ueberfahren der Grenzmarke nicht zurückziehen, weil er sah, daß Zugbegleiter mit Laternen unter die Kuppelungen leuchteten, um Wagen auszuheben und niemand fand, der ihm ein Rückwärtsignal gegeben hätte. Die ausfahrende Maschine auf dem Nebengeleise bemerkte er infolge einer Kurve in der Station erst so spät, daß die Pfeisenignale, die er nunmehr gab, eine Streifung nicht mehr verhüten konnten.

Die Beschädigung der Zylinder und der Zentrirung der Führerstandbäder bei beiden Maschinen sowie die Verletzung Bratils und seines Heizers Seanzoni waren die Folgen dieses Unfalls.

Aus diesem Anlaß hatten sich am 17. August l. J. vor dem Bezirksgericht Kallern Stationsmeister Kartnaller, Lokomotivführer Bratil, Zugführer Schenk und Kondukteur Brandstetter wegen Ueberschreitung nach § 432 St.-G. zu verantworten. Die Angeklagten waren durch Dr. Leopold Klag aus Wien vertreten. Der Sachverständige, Oberrevisor S. S. S. der Staatsbahndirektion Innsbruck, gab folgendes Gutachten ab: Stationsmeister Kartnaller habe den Lokomotivzug 271 expedieren dürfen, nachdem das Ausfahrtsignal auf „Frei“ stand. Sich überdies von dem Preiseln der vorderen Grenzmarke zu überzeugen, sei ihm nicht zugunsten, hierzu seien Zugführer und Lokomotivführer berufen. Den Zug 271 durfte er ausfahren lassen, da er die Anordnung zu verziehen, widerrufen hatte. Der mündliche Widerruf sei genügend gewesen.

Der Sachverständige mußte aber dem Verteidiger zuhelfen, daß der Zugführer in Unkenntnis dieses Widerrufs sich, entsprechend dem ersten Auftrag, zu verziehen, benehmen mußte, und bei der Kompliziertheit des von ihm geleiteten Verschiebes nicht unter einem auch die Zeit finden konnte, die weit entfernte Grenzmarke zu revidieren. Der Lokomotivführer Bratil habe die Grenzmarke nicht überfahren dürfen und mußte, wenn er sie wirklich zu spät sah, in irgendeiner Weise dafür Sorge tragen, daß der Zug wieder zurückschob, sei es, daß er den Heizer zurückschickte, sei es, daß er das Zugpersonal durch Ruf in Kenntnis setzte. Doch mußte der Sachverständige dem Verteidiger zugeben, daß der Lokomotivführer unbedingt fahren mußte, so lange er Vortragsignale erhielt und, da er nur Substitutionsweise die Strecke befuh, in Unkenntnis der Stationsanlage auch annehmen konnte, daß die hintere Grenzmarke noch nicht frei geworden sei.

Der Sachverständige gab dem Verteidiger auch zu, daß der Lokomotivführer, der aus dem Leuchten der Zugbegleiter zwischen die Kuppelungen unbedingt auf einen Verschieb schließen mußte, auch über einer Grenzmarke stehen durfte. Denn er konnte nicht voraussehen, daß einem Zuge die Ausfahrt gestattet werde, während sein Zug verziehe. Bezüglich des Kondukteurs Brandstetter kam hervor, daß nicht nachzuweisen sei, daß gerade er derjenige Zwischenmann wäre, der das Haltsignal des Stadmannes zu spät vermittelte, wodurch das Ueberfahren der Grenzmarke eher zustande kam. Der Richter sprach daher in Gemäßheit der Ausführungen des Verteidigers sämtliche Angeklagte frei.

Gegen dieses Urteil erhob der staatsanwaltschaftliche Funktionär Berufung, welche in der Verhandlung am 18. November l. J. vor dem Kreisgericht Bogen von der Staatsanwaltschaft vertreten wurde.

Das Kreisgericht lud außer dem Sachverständigen der ersten Instanz noch einen zweiten Sachverständigen, und zwar den Betriebschef der Staatsbahnen von Trient, Oberinspektor Bacher. Staatsanwalt Dr. Meitler hob hervor, daß ein dergleichen Unfall, der durch ein Zueinandergeraten aller dieser Nachlässigkeiten hervorgerufen worden sei, nicht dadurch straflos bleiben dürfe, daß der eine sich auf den anderen verließ und dabei tatsächlich jeder gegen die Instruktion handelte.

Der Verteidiger hob hervor, der Unfall habe in dem zufälligen Umstand seine Ursache, daß Kartnaller den Verschubauftrag widerrief und sich so benahm, als ob er einen Zug frei ausfahren lassen dürfe, während die übrigen Angeklagten, die von dem Widerruf nicht verständigt wurden, sich nach dem ursprünglichen Verschubauftrag Kartnaller zu benehmen hatten, in diesem Sinne auch ein Ueberfahren der Grenzmarke nicht verdächtig finden konnten, weil ihnen eine Zugausfahrt bei stattfindendem Verschub nicht möglich schien. Kartnaller hinwiederum habe den Verschub, der noch nicht begonnen hatte, für unmöglich gehalten, weil er ihn abgestellt glaubte.

Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Landesgerichtsrates Dr. Ritter v. Christoneil schloß sich den Anschauungen des Verteidigers an, verwurfs die Berufung der Staatsanwaltschaft als unbegründet und bestätigte das freisprechende Urteil der ersten Instanz.

Ein neuerlicher Unfall in der Station Kolin. Wir haben bereits mehrmals die Gelegenheit gehabt, über die ungenügenden Zustände auf der Kolin Station zu berichten. Erst unlängst haben wir über einen Zusammenstoß eines Lastwagens mit einer verschiebenden Lokomotive berichtet und wieder müssen wir uns mit einem ähnlichen Fall befassen. Am 12. Februar 1911 kam von Nürnberg der Güterzug 75 an, welcher zwei Wagen für Kolin mitnahm. Der Platzmeister Zeman, welcher die Aufsicht über die Verschiebung hatte, ordnete an, daß diese zwei Wagen auf das achte Geleise bis zur Grenze des zehnten Geleises abzustellen. Zur Bremse gab er den Verschieber Karl Cyp und ordnete ihm an, daß er am anderen Ende der Station dem Oberverschieber Cufz ausrichte, er solle die Wagen wegschleppen. Während der Fahrt dieser zwei Wagen stieg auf einen Wagen nach der Verschieber Pleskot und nachdem die Wagen einige Meter gefahren waren, eilte er zur Bremse und rief dem Cyp zu, daß die Verschiebelokomotive ihnen entgegenfähre, er möge sie zum Stehen bringen. Im gleichen Moment erfolgte ein heftiger Zusammenstoß. Pleskot wurde hierbei schwer körperlich beschädigt. Wegen dieses Unfalles erhob die Staatsanwaltschaft gegen Johann Zeman und Matthias Cufz die Anklage wegen des Vergehens nach § 337 St.G. Die Schuld derselben erhob die Staatsanwaltschaft auf Grund des Gutachtens des Sachverständigen Oberinspektors Chvátla darin, daß die beiden Angeklagten gleichzeitig verschieben ließen, ohne auf die gleichzeitige Verschiebung genügende Rücksicht genommen zu haben. Bei der beim Kreisgericht Kuttnerberg stattgefundenen Verhandlung beriefen sich die beiden Angeklagten auf die ungenügenden Zustände in der Station Kolin. Es sind auf der Nordwestbahnseite bloß fünf Geleise, drei davon waren besetzt, auf das erste Geleise mußte die Zuglokomotive fahren, um Wasser zu holen und es war bloß das achte Geleise frei. Auch dieses mußte schnell freigemacht werden, da ein Zug von Wosel erwartet wurde. Auch die Zahl der zur Verschiebung beigegebenen Personals war unzureichend, um eine Verständigung zu veranlassen. Auf der Station ist eine Verständigung überhaupt unmöglich, und es wird seit Jahren immer in der Weise verschieben, ohne daß eine Verständigung vorher erfolgt. Alle eingebrachten Bezeugen bestätigten die Angaben der Angeklagten und mit Rücksicht auf diesen Umstand fällt das Gericht ein freisprechendes Urteil. Den Vorsitz führte der Landesgerichtsrat Pfeifer, die Anklage vertrat Staatsanwalt Kotava, den Stationsmeister Johann Zeman verteidigte über Auftrag des Rechtschutzbundes Dr. Alfred Rechner aus Prag und den Mitangeklagten Matthias Cufz Doktor Eduard Paigl aus Prag.

Deutschnationaler Verleumder. In Komotau hatte sich vor dem Bezirksgericht ein Herr Moriz Buchscham, Schlosser bei der W. G. M. und deutschnationaler Arbeiter, zu verantworten. Er hatte unlängst gelegentlich eines Gesprächs bemerkt, „Tomšik wollte ja wieder einmal mit dem Köll (dem damaligen Eisenbahnminister) allein verhandeln, damit er sich hätte die Taschen spülen können, und wir Eisenbahner hätten uns die Nase abwischen können.“ Von einem Zeugen dieser Äußerung gefragt, ob er denn eine so schwere Verleumdung auch beweisen könne, antwortete er mit einer neuen Niedertracht und meinte: „Nun, wo haben denn eure Führer, wie der Tomšik, die Willen her?“ Im Anschluß daran sagte er noch: „Und was ist's denn mit Brodecky, dem Buchhäusler?“ — Die Genossen Abgeordneter Tomšik und Sekretär Brodecky klagten den Schimpfer; die Klage vertrat Herr Dr. C. Stein aus Aussig. Die zwei damals anwesenden Zeugen, darunter ein Parteigenosse des Buchscham, bestätigten heute die obigen Äußerungen, worauf der Richter den Beklagten zu sieben Tagen Arrest, auf Grund des außerordentlichen Widerstandsrechtes umgewandelt in 70 Kr. Geldstrafe, und zum Kostenersatz verurteilte. Interessant war es, als Buchscham nach der Zeugenauflage seines Parteigenossen sich an diesen wandte und meinte: „Du hast doch früher gesagt, du hast nichts gehört.“ Der Zeuge erwiderte: „Ja, ich habe aber jetzt unter Eid aussagen müssen.“ — Festgehalten ist auch, wo diese Verleumdungen herkommen. Die Äußerung über Brodecky hat Buchscham in einer Versammlung vom Abgeordneten Kroy gehört. Sehr treffend charakterisierte ein Zeuge diesen Abgeordneten damit, daß er sagte: „Ja, der kann so etwas sagen, der steht unter Immunität.“ Vielleicht überlegen es sich die Deutschnationalen nun aber doch bald, alle Verleumdungen ihrer Führer nachzugeben.

Willach. (Ein Kohling.) Am 18. d. M. vormittags fand in Klagenfurt die Verhandlung gegen den 22-jährigen Alois Leitner statt. Leitner hat am 4. September l. J. den 16-jährigen Anton Urantzer, Sohn unseres Genossen J. Urantzer, Oberkondukteur der Südbahn in Willach, in der unheimlichsten Weise geschlagen, und als der Geschlagene schon auf dem Boden lag, ihn mit den beschuhten Füßen in den Unterleib getreten, so daß Urantzer 33 Tage arbeitsunfähig war. Wegen den hoffnungslosen Gasmerkschnen wurde die gerichtliche Anzeige wegen schwerer Körperverletzung erstattet, und am 18. d. M. wurde Leitner zu einem Monat schweren Kerker, Ersatz der sämtlichen Kosten und zur Zahlung von 500 Kr. Schmerzensgeld verurteilt.

Streiflichter.

Vom heiligen Bureaukratismus. Wie auf vielen Stationen, so war auch in Venedig das Bahnmagazin ein Dorado für Mäuse, die aber durch Venagen der Ware zum Schrecken der Kaufleute wurden. Um die lästigen Rager zu verschrecken, wurden die Kaufleute bei den Behörden vorstellig. Die Aktion scheint aber den Schnedengang zu gehen und dürfte am Ende so verlaufen wie auf einer anderen nahen Station. Hier schaffte der Stationschef zwei Katzen an. Vor ihrer ersten Fütterung wurde aber konstatiert, daß der Beitrag für die Fütterung von der höheren Instanz noch nicht bewilligt war. Nun begann deshalb ein reger Aktienwechsel zwischen Stationschef und der Direktion, dessen Ergebnis die Entsendung einer Kommission an den „Tatori“ war. Ob die Katzen bisher zu fressen bekommen haben, ist ungewiß, sicher ist aber, daß die Kommission 124 Kr. gekostet hat, die hingereicht hätten, um eine ganze Menagerie Katzen geraume Zeit zu füttern. In der Station gibt es schon lange keine Katzen, dafür desto mehr Mäuse O, du mein Oesterreich!

Neueinführung bei der Staatsbahndirektion Innsbruck. Die 1. l. Staatsbahndirektion Innsbruck hat folgende Erleichterung in der Ausübung des Dienstes probeweise ausgetestet: Eine Manipulantin dieser Direktion ist seit mehreren Wochen vom Dienste abwesend. Sie ist weder krank noch beurlaubt, sondern hat seit ihrer Abwesenheit vom Bureau, natürlich mit Genehmigung ihres Dienstvorstandes, in ihrer Wohnung (borausichtlich noch auf einige Wochen) eine provisorische Kanzlei errichtet.

Aus diesem Anlaß wurde ihr vom Dienstvorstand die Schreibmaschine, bei der sie beschäftigt wird, durch einen Arbeiter in ihre Wohnung (oder besser Privatkanzlei) geschickt, und täglich wird ein Amtsdiener bestimmt, dem Fräulein Akte in die Wohnung zu bringen und die fertiggestellten wieder abzuholen.

Ob die Manipulantin auf diese Weise ihren Dienst so macht, als sie ihn in der Kanzlei zu machen genötigt wäre, ist freilich fraglich. Wenn auch allgemein bekannt ist, daß sie hier und da der eine oder der andere Herr aus der Direktion in ihrer Wohnung besucht, so kann doch ohne Zweifel gesagt werden, daß diese aus rein dienstlichem Interesse zu ihr kommen, um etwa zu kontrollieren, ob und wie sie zu Hause den Dienst versieht, oder ob sie sonst im Bureau vorgezeichneten Amtsstunden einhält oder nicht.

Daß diese Neueinführung nicht mit einem männlichen Bediensteten erprobt wird?

Die Bediensteten der Staatsbahndirektion Innsbruck wissen bereits, warum man gerade diese Manipulantin zu diesem Experiment auserlor.

Denjenigen Bediensteten, die etwa glauben, daß die Staatsbahndirektion Innsbruck tatsächlich die Absicht hege, diese Einführung allmählich auch auf die übrigen Bediensteten (auch männliche) auszudehnen, und die deshalb den Drang verspüren sollten, zur Direktion Innsbruck zu kommen, sei hier mitgeteilt, daß es bei dieser Direktion sehr häufig vorkommt, daß anderen, vornehmlich männlichen Bediensteten, wenn sich dieselben einmal in 4 bis 5 Jahren marod melden, schon nach wenigen Stunden der Bahnarzt in die Wohnung geschickt wird. Und dies nicht etwa aus purer Beforgnis und die Gesundheit des Betroffenen, sondern nur um konstatieren zu lassen, ob dieser auch tatsächlich krank ist und sich im Bette befindet. Interessieren möchte es uns, ob der Direktor der Staatsbahndirektion Innsbruck, Herr Hofrat Wagner, von diesen eigenartigen Vorgängen in seiner Direktion Kenntnis hat.

Vom Schlachtfeld der Eisenbahn. Eine ganze Serie von Unfällen, die sich im Eisenbahnbetrieb ereigneten, liegt diesmal vor. Zu Ende verunglückte am 13. v. M. der Streckenwächter Franz Steiner. Der Wächter hat seinen Dienst auf Posten 73 und 68 zu versehen. Er mußte von einem Posten zum andern und zwar auch in der Nacht um 10 und 2 Uhr. Am genannten Tage stürzte Steiner bei seinem Dienstgang über ein Objekt in einen mit Steinen gepflasterten Graben und verletzte sich am Arm und am Kopfe derart, daß er blutüberströmt auf seinen Posten Nr. 73 zurückkehren mußte. Von dort wurde er von einem Dienstkollegen in seine Wohnung gebracht.

Bei der Stadlauerbrücke in Wien wurde vor einigen Tagen der 32-jährige Matthias Horinek, Aufseher, Floridsdorf, Schidgasse 2 wohnhaft, vom Orientexpresszug erfasst und zur Seite geschleudert. Er erlitt einen Bruch des Schädelsgrundes und lebensgefährliche innere Verletzungen.

In der Südbahnwerkstätte in Innsbruck verunglückte Genosse Daniel, der mit mehreren Kollegen am Sebkran beschäftigt war, dadurch, daß ihn die Kurbel am Kopfe traf und schwer verletzte. Er mußte durch die herbeigerufene Rettungsabteilung ins Spital geführt werden.

In Galizien wurde der Kaufmann Wilkner, der mit seinem Sohne in einem Wagen von Tarnopol nach Bortiwien fuhr, in dem Augenblick, als er infolge Nichtschließens des Wagenschaltens über das Geleise fuhr, von dem in demselben Augenblick heranbrausenden Schnellzug überfahren. Wilkner wurde getötet, sein Sohn schwer verletzt. Die Pferde wurden förmlich in Stücke zerrissen und der Wagen total zertrümmert.

Zwischen Schwanenstadt und Mtnang wurde auf dem Bahngeleise bei Kilometer 54.6 die gräßlich verstümmelte Leiche eines Artilleristen gefunden. Der Mann — es ist der Vorkanonier Josef Horak des 41. Feldkanonenregiments in Salzburg — befand sich in Schwanenstadt auf Urlaub und wollte abends nach Salzburg zurückkehren. Er verfuhr aber den Zug und ging längs des Bahndammes dahin. Diese Unvorsichtigkeit mußte er mit dem Tode büßen.

Sonntag den 26. v. M. um 6 Uhr früh ereignete sich in der Station Saldenhofen ein fürchterliches Unglück. Der Kondukteur Schanzer geriet beim Verschieben des Zuges auf bisher unaufgeklärte Weise zwischen die Räder zweier Waggon und wurde mit gerührtem Brustkorb tot unter dem Wagen herabgeworfen.

Auf dem Hölleschomitzer Bahnhof fiel in der Vorwoche der 61-jährige Lokomotivführer Adolf Scherl auf eine Kante des Lokomotivbenders und erlitt einen Rippenbruch. Er wurde nach ärztlicher Hilfeleistung ins Allgemeine Krankenhaus überführt.

In Murnitz stürzte ein Reisender beim Aufspringen auf den Zug, kam unter die Räder und wurde buchstäblich in zwei Stücke geschnitten.

Ein katastrophales Unglück wird aus Frankreich gemeldet. Infolge Hochwassers senkte sich der Eisenbahndamm in dem Augenblick, als der von Angers über Poitiers kommende Zug die Brücke über den Fluß Thou passierte. Die Brücke stürzte mit dem dichtbesetzten Zuge in die Fluten. Mehrere Passagiere versuchten sich durch Schwimmen zu retten und klammerten sich in die aus dem Wasser hervorragenden Bäume. Unglücklicherweise waren sämtliche Fahrzeuge vom Hochwasser weggeschwemmt worden. Es wurde sofort von Tours aus ein Hilfszug an die Unglücksstelle dirigiert, doch gingen die Bergungsarbeiten mit den größten Schwierigkeiten vor sich, da sich in der Nähe des Unfallsortes kein Dampfer befand und die rasenden Wellen eine Annäherung mit kleinen Booten unmöglich machten. Bis zum Eintritt der Dunkelheit war es gelungen, nur 12 Leichen zu bergen. Mit Ausnahme einiger beherzogter Männer, die aus den Wagenfenstern in die Flut sprangen und sich schwimmend an das Ufer retteten, sind alle übrigen Passagiere umgekommen. Die Zahl der Toten wird auf mindestens achtzig geschätzt.

Zur Reorganisation bei den 1. l. Staatsbahnen teilt das „Zentralorgan“ der österreichischen Eisenbahnbeamten folgendes mit: Die brillante Knappheit des Amtsstills, die gewöhnliche Kürze der Erledigungen und das systematische Ausrotten des Amtsstills, dem man durch die eingeflehten Körperschaften hart an den veränderten Leib riden will, offenbaren sich am besten in der nachfolgenden stilistischen Amtsübung, aus welcher entnommen werden kann, daß die vielen offiziellen Erlasse betreffend die Vereinfachung des Geschäftsganges bei den 1. l. Staatsbahndirektionen solange keinen praktischen Wert haben können, als man den diversen Vorständen nicht ganz energig über die Finger klopft.

Ein Referent machte folgende Erledigung: „Die 1. l. Nordwestbahndirektion gibt den Bedarf an

Tarifvorschriften für das Jahr 1911 mit 600 Exemplaren bekannt.“

Diese Erledigung, die in ihrer Kürze und gemeinverständlichkeit dem kritischen Bureauvorstand nicht zusagt, wird von diesem folgendermaßen abgeändert:

„Die 1. l. Nordwestbahndirektion teilt mit, daß sich der Bedarf an Tarifvorschriften für das Jahr 1911 mit 600 Exemplaren begiffert.“

Der Abteilungsvorstandstellvertreter, der hiernach den Akt in die Hand bekommt, ist in puncto Sprachgefühl und Grammatik sattelfester wie der Bureauvorstand und er bessert daher den Erledigungsentwurf in nachstehender Weise aus:

„Die 1. l. Nordwestbahndirektion teilt mit, daß sich der Bedarf an Tarifvorschriften für das Jahr 1911 auf 600 Exemplare begiffert.“

Der Direktorstellvertreter und 1. l. Regierungsrat, der hiernach den Erledigungsentwurf zu unterschreiben hat, findet als der einzig Gescheidte, der überdies ein Privileg auf die Erhaltung der Sprachenreinheit zu besitzen scheint, auch noch ein Paar in dieser Tintensuppe und macht den literarischen Weltstreit in folgender Weise ein Ende:

„Die 1. l. Nordwestbahndirektion begiffert hiermit ihren Bedarf an Tarifvorschriften für das Jahr 1911 mit 600 Exemplaren.“

Punktum! So sieht die geplante Vereinfachung des Geschäftsganges aus!

Diese kleine Auslese aus den vielen Tausenden von Akten, die alljährlich bei den 1. l. Staatsbahndirektionen auf solche Art fabriziert werden, gibt ein ziemlich klares Bild über die bürokratische Kleinräumerei, welche die 1. l. österreichischen Staatsbahnen zugrunde richtet. Die Sucht, nach oben hin zu glänzen und den Subalternen als einen Geisteschwachen hinzustellen, ist einzig und allein schuld daran, daß in den Bureaus statt Aktenverleugungen lustige Beiträge für die „Münchener Fliegenden Blätter“ fabriziert werden und daß der Karren nicht vorwärts kommt.

N. l. Bahnerhaltungssektion Teplitz-Waldtor. Mit dem Abgang des Herrn Inspektors Löw waren die Bediensteten der Hoffnung, daß bei der Teplitzer Sektion etwas Besseres einziehen wird. Seitdem aber Herr Inspektor Ruzitschka hier waltet, hat sich nicht das geringste gebessert. In der ersten Zeit hat Herr Ruzitschka den Bediensteten viel versprochen, was alles geschehen soll. Unterdessen ist heute noch alles beim alten, nur das eine ist neu, daß Herr Ruzitschka auf seine Untergebenen tüchtig schimpft und sie mit allerlei Namen betitelt. Es fehlt nur noch, daß er seinen Spazierstock gegen seine Untergebene schwingt. Wir haben lang hierüber keine Notiz genommen, da es aber immer unerträglich wird, sind wir gezwungen, vor die Öffentlichkeit zu treten, was ja auch Herr Ruzitschka schon längst erwartet hat. Als er sich von allem etwas Kenntnis verschafft hatte und auch schon gesehen hatte, wie ein Schwellen unterkramt wird, begann er auf einmal den Gewaltigen zu spielen. Er zog eines schönen Tages über das Rangseilpersonal her und spielte diesem einen derartigen Marsch auf, daß ein Aufstand vor der Kanglei entstand.

Nun kam seine Sparamkeit. Am 25. August 1911 reduzierte er in seinem Amtsbereich die Oberbaupartien, obwohl sich die Strecke nicht im besten Zustand befand, was nachstehendes beweist. Als der Herr Inspektor zu einer Partie hinauskaum, lamentierte er über den schlechten Zustand der Strecke. Er äußerte sich, daß die Bahnrichter nicht ihren Verpflichtungen nachgekommen wären und die ganzen Arbeiten nicht so ausgeführt worden seien, wie dies sein solle. Worauf der schlechte Zustand der Strecke zurückzuführen ist, davon scheint der Herr Inspektor keine Ahnung zu haben. Und welchen Verpflichtungen sollen die Bahnrichter nicht nachgekommen sein? Sie sollen wohl von ihrem Gehalt Schotter kaufen? Die ganze Strecke Teplitz-Rosenthal liegt auf einem stark leichten Unterbau, bei welchem niemals eine feste Lage des Oberbaues zu erwarten ist. Zu diesem Umstand kommt noch hinzu, daß sich beiderseits der Strecke Kohlenwerke befinden, so daß Erdbeben eine tägliche Erscheinung sind, bei welchen der Oberbau nicht unberührt bleibt. Aus Sparamkeit wird nur so herumgepuscht. Es ist kein Schotter vorhanden, und so leicht erklärlich, daß der Damm nicht gleichzeitig aufgeschüttet wird und daß die Schwellenläufe fast an den Rand der Böschung reichen. Es ist dann selbstverständlich, daß so ein Oberbau keine Festigkeit besitzt, und zum Schluß sind noch diejenigen Schuld, die solche Puscherei ausführen müssen. Der Herr Inspektor glaubt aber, wenn er einmal eine Arbeit machen läßt, soll sie ewig halten, damit er die Oberbauarbeiter entlassen kann. Als Herr Ruzitschka vor zirka zwei Jahren die Sektion übernommen hatte, glaubte man, es werde jetzt alles auf den Kopf gestellt. Es konnten gar nicht genug Arbeiter kommen. Was kam, wurde aufgenommen. Es dauerte aber gar nicht lange, da war der Laubenschlag fertig, wie sie kamen, sind sie auch wieder gegangen. Denn bei einem Lohn von Kr. 2.50 wollte niemand bleiben. Das ging bis in den Sommer hinein fort, und nur jene, die glaubten, doch einmal einen Posten zu bekommen, sind geblieben und gaben sich mit diesem Hungerlohn zufrieden, weil sie doch der Meinung waren, es lämen einmal bessere Zeiten. Und als die besseren Zeiten kommen sollten, wurde der Herr Amtskollege Wid hinausgeschickt, der wieder verkündete, daß diese und jene Arbeiter wegen Arbeitsmangel und da kein Kredit vorhanden sei, entlassen werden. Als die Arbeiter dagegen Stellung nahmen, weil doch bei ihnen bei der Aufnahme nicht das geringste mitgeteilt worden war, daß sie nur vorübergehend beschäftigt werden, und da sie auch nur den Lohn von Kr. 2.50 für ständige Arbeiter erhalten hatten, kam ihnen die richtige Antwort zu. Die Arbeiter wurden als Rauser und als unbefähigt gegen Vorgefachte hingestellt. Die Arbeiter sollten wohl nach Schluß der Arbeit in die Wohnung des Herrn Inspektors gehen, sich bedanken und die Hand küssen, daß sie tagsüber um Kr. 2.50 arbeiten konnten. Weil einige Arbeiter nicht bis zur letzten Stunde warteten, bis sie ihr Buch erhielten, ließ es, sie seien freiwillig ausgetreten, und alle jene, die wirklich entlassen wurden, wären im Heizhaus Bodenbach untergebracht worden. Wie war dies aber in Wirklichkeit? Als ein Arbeiter, der während der Entlassung krank war, nach einigen Wochen ein Besuch um einen Posten beim Feuerschub- oder Fahrpersonal einbrachte, da kamen die Herren auf die Idee, die Entlassenen nach Bodenbach zu schicken, und daß waren im ganzen zwei Arbeiter, wo sind aber die anderen entlassenen Arbeiter? Die meisten laufen heute noch ohne Arbeit herum, und diese beiden wurden auch im Bodenbacher Heizhaus überaus herumgeschoben, weil durch den Wassermangel der Überfahrstraße, so daß diese jetzt in Bodenbach am Oberbau sind. Weil der Herr Ruzitschka berichtete, die entlassenen Arbeiter seien im Bodenbacher Heizhaus untergebracht worden, soll diesbezüglich die Direktion auch die volle Wahrheit erfahren. Bei der Protektion, die in Teplitz ausgeübt wird, wird mit den Arbeitern allerhand getrieben. Man macht den jüngst aufgenommenen Arbeiter zu dem ältesten und setzt so den ältesten Arbeiter herunter, als wenn er überhaupt zu nichts zu gebrauchen wäre, wie wohl man ihn doch zu allerlei Diensten ausnützt. Dies geschieht nur, weil der jüngste Arbeiter, der

von gewissen Herren protegiert wird, den Vorrang bekommen muß, wenn er auch zur Arbeit nicht fähig ist. So glaubt man in Leipzig das Deutschtum zur Blüte zu bringen. Wenn die Direktion nur halbwegs den Beschwerden der Arbeiter Rechnung tragen würde und diese genau erhoben würden, würde sie zu einem ganz anderen Resultat kommen. Sie würde dann ihren Wunsch erfüllt sehen, ein zufriedenes Personal zu haben, was sie bei jeder Gelegenheit als Wunsch hervorhebt.

Aus den Amtsblättern.

Provisionsfondseinzahlung der Professionisten. Unsere Ortsgruppen im Salzammergut haben eine Aktion betreffs Regelung der Einzahlungen im Provisionsfonds der k. k. österreichischen Staatsbahnen eingeleitet. Die k. k. Staatsbahndirektion in Linz hat diesbezüglich nachstehenden Erlaß herausgegeben, den wir im Wortlaut unseren Mitgliedern hiermit zur Kenntnis bringen:

R. I. Staatsbahndirektion Linz.

3. 453/L

Beiträge der Taglohnbediensteten zu den Humanitätsfonds. Dienstbefehl an alle Dienststellen.

Da über die Beiträge, welche jene Taglohnbediensteten zum Provisionsfonds und zur Krankenkasse zu leisten haben, die dauernd oder vorübergehend im Genuß eines erhöhten Taglohnes oder einer Lohnzulage stehen, Zweifel herrschen, wird zur Darnachachtung folgendes eröffnet:

1. Provisionsfondsinstitut.

Nach § 8, Punkt 4 des Statuts sind die Beiträge der im Taglohnverhältnis stehenden Mitglieder von 85 Prozent des für die normale Arbeitszeit entfallenden Taglohnes zu entrichten.

Nach diesem Wortlaut sind zwar Ueberstundenverdienste von vorneherein außer Betracht zu lassen, nicht aber unter allen Umständen erhöhte Taglöhne und Lohnzulagen.

Da jedoch nach § 13 des Statuts die Provision nach demjenigen Lohnbetrag bemessen wird, von welchem die Beiträge geleistet wurden, so werden Lohnzulagen und erhöhte Taglöhne der Beitragsbemessung nur dann zugrunde zu legen sein, wenn diese Mehrentlohnungen einen derart dauernden Charakter haben, daß sie dem Arbeiter bis zu seiner Provisionierung voraussichtlich erhalten bleiben und sonach als Bemessungsgrundlage für die Provision dienen werden.

Die Provisionsfondsbeiträge sind daher von den Zulagen der ständigen Vorarbeiter und Parteiführer sowie von dem erhöhten Lohn der ständigen als Professionisten verwendeten Bahnerhaltungsarbeiter zu berechnen. Andere Zulagen werden der Beitragsbemessung nicht zugrunde zu legen sein, da die Arbeitsleistungen, für die sie gewährt werden, nicht das ganze Jahr hindurch, jedoch von einem wechselnden Personal, verrichtet werden.

Einer besonderen Erwähnung bedarf die Verschubzulage. Von dieser Verschubzulage werden die Beiträge nur dann zu leisten sein, wenn der Arbeiter für den Posten eines Verschubers definitiv in Aussicht genommen und daher dessen ständige Verwendung in dieser Dienstleistung zu gewärtigen ist. Sollte in Ausnahmefällen ein Arbeiter, der bereits geraume Zeit von dem erhöhten Lohn die Beiträge geleistet hat, von der Dienstleistung abgezogen werden müssen, mit der eine Mehrentlohnung verbunden ist, so wird die Dienststelle im Einvernehmen mit dem Arbeiter bei der k. k. Staatsbahndirektion zu beantragen haben, daß die Beiträge trotz Verringerung des Lohnes in der früheren Höhe geleistet werden dürfen, um ihn den Anspruch auf die höhere Provision zu erhalten.

2. Krankenkasse.

Bezüglich der Beitragsleistung der Taglöhner zur Krankenkasse wurde mit dem Erlaß vom 2. Mai 1906, Z. 2704/8 (Amtsblatt der k. k. Staatsbahndirektion Linz Nr. 20, Kurrende Nr. 50, ex 1206), genauere Direktiven gegeben. Es erübrigt daher nur den Schlusssatz dieses Erlasses zu erläutern, welcher verfügt, daß eine andere Bemessungsgrundlage als der Grundlohn (Normallohn) nur dann angenommen werden dürfe, wenn von vorneherein für geschlossene längere Zeitperioden (zum Beispiel Winter und Sommer) verschiedene Arbeitsleistungen vorgesehen sind. Es ist demnach nicht erforderlich, daß der höhere Taglohn, beziehungsweise die Lohnzulage voraussichtlich dauernd ist, um sie als Bemessungsgrundlage für die Beiträge zur Krankenkasse anzusehen. Es genügt vielmehr im Gegensatz zum Provisionsinstitut, daß die Mehrentlohnung durch einen geschlossenen längeren Zeitraum anhält. Als eine solche Periode wird bereits ein Zeitraum von drei Monaten anzusehen sein. Bezüglich der Humanitätsfondsleistungen der Gepädträger folgen gesonderte Weisungen.

Die k. k. Staatsbahndirektion Linz:

Messerklinger m. p.

Korrespondenzen.

Gmünd. (Dienstjubiläum.) Am 14. November l. J. begingen die Genossen Wenzel Pitra, Oberwerkman der Staatsbahnwerkstätte Gmünd, und Johann Steinmeyer, Oberbahnarbeiter aus Weissenbach, feierlich ihr 40jähriges Dienstjubiläum. Bei der Feier würdigten die Genossen Salmen-Schlager und Wagner in ergreifenden Worten die anerkannten Leistungen, die die beiden Genannten jederzeit als Genossen bekräftigten.

Wittau. Ein höchst unbeträglicher Geselle, dem man am besten im weiten Vogen ausweichen soll, ist der Haltestellenwächter in Vierzigbüben, Franz Wejda. In dessen Person verkörpert sich eine hübsche Dosis Streber- und Schmarobertum, was jedem, der mit diesem Menschen zu tun bekommt, früher oder später auf höchst unliebsame Weise zum Bewußtsein gebracht wird. Wejda, dessen Charakter sehr wandlungsfähig ist — er hat sich bereits vom enträglichen Sozialdemokraten zum strammen Nationalen und von da zum wachschreienden Schwarzen entwickelt — besitzt eine besondere Vorliebe, seine Kollegen zu vernadern. Um nur einige von seinen vielen Heldentaten anzuführen, sei bemerkt, daß er einen Bahnwächter vor kurzer Zeit bei seinem Vorgehen an der Schranke, indem er die läugerhafte Behauptung aufstellte, derselbe lasse den Semaphor stundenlang auf „Frei“ stehen. Einen Abstellwächter beschuldigte er des Diebstahls. Einen ihm mißliebigen Kollegen trachtete er dadurch zu entfernen, daß er die Anzeiger aufstellte, sofort die Anzeige zu ersetzen, wenn der Bahnstrafen verzeihlich einmal geschlossen bleiben sollte.

Der Umstand, daß der gute Mann neben seinem Beruf ein rentables Handlungsgeschäft mit Milch und Butter und dergleichen betreibt und sich mit Vorliebe seine Vorgesetzten als Kundenschaft auswählt, hat seinen Größenwahn noch um ein Erhebliches gesteigert. Es ist deshalb wohl am Platze, wenn im Verkehr mit Wejda die größte Vorsicht (Handschuhe) empfohlen wird. Ihm selbst geben wir den guten Rat, sich zu bessern, sonst wären wir genötigt, mit etwas stärkerem Tabak zu kommen, der seinem Niechorgan nicht sehr zuträglich sein dürfte.

Prerau. (Ein deutscher Volksbegleiter.) Auf den Linien der k. k. Nordbahn haust mit Despotengewalt der schon in Aera Zeitelles allbekannte Oberinspektor Karl Petrich, unter dem Personal genannt der „Schöne Karl“. Dieser

seine Herr, dem das Wohl des deutschen Volkes so sehr am Herzen liegt, der als Heizhauschef in Oitau eine ruhmreiche Vergangenheit hinter sich hat, von welchem das dortige Heizhauspersonal Klagegebeten fingen könnte, beglückt zurzeit als Ressortchef des Wiener Inspektorates das gesamte, diesem Inspektorat unterstehende Personal. Einige Beispiele der Tätigkeit dieses edlen deutschen Menschenfreundes mögen der Öffentlichkeit die Herzlosigkeit guter deutscher Gesinnung vor Augen führen. Es liegt uns fern, Unterlassungen des Personals in Schutz zu nehmen, wenn solche wiederholt eintreten, jedoch fordern wir eine gerechte und menschliche Bestrafung. Nach der Meinung dieses edlen Herrn aber muß die kleinste Unterlassung gleich mit der Strafe des halben Monatsverdienstes belegt werden, als ob die Verdienste des zu bestrafenden Lokomotivpersonals wirklich so glänzende wären. Ober glaubt Herr Petrich, daß das Personal das Geld auf der Straße findet, um daselbe, wie es verdient wird, gleich wieder nach seiner Strafmethod abzuliefern. Ober glaubt diese edle deutsche Seele, daß das Lokomotivpersonal nur dazu Dienst leistet, um nur für die brutalen Bestrafungen dieses Herrn aufzukommen? Weiß jener gefühllose Herr denn nicht, daß unter derartigen Bestrafungen öfters vielköpfige Familien leiden müssen; hätte dieser Herr nur einen Funken von Menschengefühl, so könnte er Strafen wegen geringfügiger Unterlassungen, wie es das Herablassen eines Wschentstengitters ist, nicht mit 10 Kr. diktieren. Ferner könnte er einen Lokomotivführer, der einen ununterbrochenen 17stündigen Dienst geleistet hat und dem dann das Malheur passierte, einen Wechsel zu übersehen, was ein Zusammenfahren zweier Lokomotiven zur Folge hatte, wobei aber die Beschädigung der beiden Lokomotiven kaum eine nennenswerte war, nicht mit 85 Kr., sage und schreibe fünfundsiebzig Kronen, und dessen armen Geiger mit 15 Kr. bestrafen. Damit aller guten Dinge drei sind, wollen wir noch als letztes von den vielen Beispielen die Bestrafung eines Kollegen anführen, dem das Unglück passierte, mit dem Güterzug 164 in die Station Luschitz bei freier Einfahrt auf das kurrente Geleise mit dem dort stehenden Lastzug 198 zu kollidieren. Trotzdem in diesem Falle das kompetente Gericht ein freisprechendes Urteil fällte, fand es dieser deutsche Volksfreund für nötig, den betreffenden Führer wegen Unachtsamkeit im Dienst mit 20 Kr. und dessen Geiger ebenfalls bestraft mit 10 Kr. zu bestrafen. Ist es dem Oberinspektor Petrich als Nachmann denn nicht bekannt, daß die freie Einfahrt ein freies Geleise erfordert? Das Personal wäre sehr neugierig zu wissen, in welcher Inkultion freie Einfahrt bei verstelltem Geleise, ohne vorherige Verständigung vorgeschrieben ist? Vor einem halben Jahre trat Kollege G. einen Meßkurs gegen eine ungerechte Bestrafung an. Umsonst wartet derselbe auf die Austragung desselben. Wir machen eine löbliche Nordbahndirektion aufmerksam, sie möge diese Vorgangsweise des Herrn Petrich nicht dulden und den eingebrachten Meßkurs in richtige Wege gelangen lassen. Dem Herrn Oberinspektor Petrich raten wir, nach treudeutscher Sitte mehr Menschlichkeitgefühl walten zu lassen, denn die Gebuld des Personals geht zu Ende und selbst ist nicht gefonnen, diese barbarischen Strafen ruhig über sich ergehen zu lassen. Dem Kollegen G. mögen sich aber ehebaldig die Augen öffnen, er mühte schon zur Ueberzeugung gelangt sein, daß es Pflicht seiner Organisation, der er angehört, der Zemská Jednota, gewesen wäre, die Erlebigung dieses Meßkurses zu urgieren. Was kümmert das aber die Zemská Jednota, sie hat nur dem Personal nationale Demagogie vorzumachen, darin beruht ihre ganze Größe; kommt es jedoch darauf an, die Interessen des Personals ernsthaft zu verstehen, steht sie ratlos da. Deshalb ergeht an euch Kollegen in erster Stunde der Mahnruf: Hinein in die einzig wahre internationale Organisation, die einzig und allein ein starkes Bollwerk gegen jede Despotenwillkür sein kann.

Gutenstein-Streiteben. Auf der Strecke Marburg-Franzensfelde fahren einige Oberfondskulturen, welche immer noch glauben, daß der Mensch erst bei einem Oberfondskulturen anfängt und daß die niederen Bediensteten gar kein Recht auf eine menschliche Behandlung haben. Es sind dies die Herren Schmiedl und Mayer, die finden es nicht einmal der Mühe wert zu danken, wenn sie ein niederer Bediensteter grüßt, obwohl das Grüßen Höflichkeit, das Danken aber Selbstlosigkeit ist. Schmiedl leistet außerdem in seiner Antreiberei Unglaubliches. Wenn ihm zum Beispiel ein Haltestellenwächter nicht genug schnell die schweren Koli aus- und zuladen kann, da fängt er gleich zu schimpfen an und den betreffenden Wächter einen faulen Kerl zu nennen. Wenn dann der Wächter nicht allein imstande ist, Unmensliches zu leisten, dann sagt er gleich zum Wächter: „Sie gehören gar nicht auf eine Haltestelle!“ Wir wissen aber ganz bestimmt, daß dem Herrn Schmiedl kein Recht zusteht, darüber zu bestimmen, wo einer hingehört, dieses Recht haben nur die Betriebsinspektoren und zwischen diesen und Herrn Schmiedl ist ein großer Abstand. Also, merken Sie sich das, Herr Schmiedl, und lassen Sie künftighin die Wächter in Ruhe und tragen Sie und Herr Mayer eure Nasen nicht so hoch. Es gibt Oberfondskulturen genug, die höflich mit den niederen Bediensteten zu verkehren wissen.

Mährisch-Schönberg. Wer das Frachtenmagazin von weitem betrachtet, der glaubt sicher, da muß ein idyllisches Leben herrschen. Doch der Schein trügt! Wohl führt ein idyllisches Leben der Herr allgewaltige Magazinsmeister Lang, dessen Hauptaufgabe das Verfolgen und Schikanieren der Bediensteten ist. Was die Behandlung der Magazinsarbeiter in Mährisch-Schönberg anbetrifft, so läßt sie vieles zu wünschen übrig; man wähnt sich in einer Sträflingskolonie. Die Verhältnisse in den Frachtenmagazinen erinnern an die gute alte Zeit der willkürlichen Selbstherrschaft. Der Herr Lang ist einer der eifrigsten Apostel der schwarzen Gesellschaft; so hat er sich die Aufgabe gestellt, die ganzen Magazinsarbeiter, ob sie wollen oder nicht, unter die Haube der christlich-sozialen Gefolgschaft zu bekommen. Mit der Drahtenfaat der Lüge und Verleumdung und brutaler Mißsichtlosigkeit war es ihm gelungen, anständige Leute der schwarzen Gesellschaft zuzutreiben. Um von Herrn Lang endlich Ruhe zu haben, sind die Magazinsarbeiter mit Widerwillen der christlichsozialen Organisation beigetreten. Jedoch eine Enttäuschung um die andere! Von dem Druck der Schikanierungen gezwungen, kam den Magazinsarbeitern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation im Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein. Es ist bei den Magazinsarbeitern nicht nur die Aufgabe, den Herrn Lang durch die Organisation zu besiegen, sondern auch seinen Verfolgungen die Stirne zu bieten. Wenn den Arbeitern die Schikanierungen zu viel werden, und die Leute Herrn Lang zur Rebe stellen, so gibt er zur Antwort: Er werde sich nicht kommandieren lassen, wenn es nicht recht ist, kann gleich gehen, es gibt Leute genug, er wird alle hinausbringen. Nicht nur die Magazinsarbeiter bekommen die humane Vorgangsweise des Herrn Lang zu verspüren, sondern auch Leute, die mit Frachtaufgaben zu ihm kommen. Kommt jemand zu Herrn Lang, um etwaige Frachten aufzugeben und fehlt nur ein Buchstabe oder eine Ziffer in dem Frachtbrief, so weist er sie ab, so müssen die Leute oft über eine Stunde nach Hause gehen, um sich das Fehlende im Frachtbrief richtigzustellen. Dazu verweigert er ihnen noch die Aufbewahrung des Frachtbrieft während der Zeit, bis die betreffende Person mit dem Frachtbrief wieder zurückkehrt. Nun, Herr Lang, die Magazinsarbeiter rufen Ihnen zu: Die Zeiten des Alleinwaltens und -Schaltens sind vorüber, wer Wut auf dem Kopf hat, soll sich nicht in die Sonne wagen. Die Be-

diensteten im Frachtenmagazin haben es satt, sich weiter von einem derartigen Vorgehen feldieren zu lassen! Die Magazinsarbeiter erwarten von der k. k. Staatsbahndirektion Dmüt, daß sie diesen Herrn etwas genauer beobachten und das Personal von solchem Vorgehen so bald als möglich befreien möchte. Die Magazinsarbeiter in Mährisch-Schönberg würden nur dankbar sein. Wir hoffen, daß diese Zeilen genügen, wenn nicht, so werden wir Herrn Lang bald eingehender charakterisieren.

Obernitz. In der letzten Zeit bemüht sich ein deutscher Nicht, die Öffentlichkeit durch eine Artikelferie in der „Brüder Volkszeitung“ irrezuführen. Wir, die wir über die Verhältnisse vollständig informiert sind, können nur eines erklären, daß jener Artikelschreiber ein ganz gemeiner Lügner und Denunziant ist.

Die Bediensteten der anderen Station werden in der gemeinsten Art beschimpft, und dies speziell jene, die sich unter den Terror des agrarischen Maulhelden nicht beugen wollen. Und was wollen diese? Daß die Eisenbahner ihre dienstfreie Zeit um einige Heller am Felde der Agrarier zubringen und ihre Ruhezeit verschleichen Gemeindegeldern opfern sollen. Zur Zeit der Reichstagswahlen waren es die Reichsbündler, die mit Hände und Füße für den Agrarier Verrückten stimmten. Und heute? Soll so ein armer Idiot nur das Sitzungsprotokoll des Abgeordnetenhauses vom 27. Oktober lesen, was die Eisenbahner von so einem agrarischen Helden, der im Nationalverband ist, zu erwarten haben. Es wird mitunter in jenem Blatt erwähnt, daß hier ein sozialdemokratischer Mann die Nachricht verbreitet, daß ein Haus für 24 Parteien für die Eisenbahner von Obernitz gebaut wird. Wenn das k. k. Eisenbahnministerium diese soziale Maßregel für ihre Bediensteten ergreifen wollte, so würde dies für die Eisenbahner von Obernitz eine große Hilfe sein. Einerseits würde den reichsbündlerischen Hausherren ein Strich durch die Rechnung gemacht, andererseits den agrarischen Maulhelden und Gemeindegeldern das Kommando über die Obernitzer Eisenbahner genommen. Wir wissen ja, daß mancher Deutscher mit geballten Fäusten in der Tasche herumgeht und mit Sehnsucht der Erbauung von Naturalwohnungen harret. Und daß wir nicht eher ruhen werden, bis diese dringende Frage zugunsten der Eisenbahner von Obernitz gelöst wird, dessen kann sich jener Artikelschreiber bemühen sein.

Wittau. Am hiesigen Staatsbahnhof befindet sich ein Stationsmeister namens Julius Burgstaller. Dieser kleidet das Amt eines Wagenunterbeamten. An diesem Menschen kann man die ganze Sinnlosigkeit des Sprichwortes: Wenn Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand, sehen. Von diesem Dienst versteht er nämlich nichts. Er kann nur anderen Schwierigkeiten bereiten, sonst aber nichts. Er bestimmt zum Beispiel einen Südbahnwagen Serie Ik mit Uebergang Leoben auf den Bretterplatz zur Beladung nach Italien. Wenn seine Anordnungen nicht von den Wagenschreibern wieder ausgeführt würden, so müßten oft die Schenken „S a n s - D a m p f i n a l l e n - G a s s e n“ -Geschichten entstehen. Dafür versteht er das Vernadern von Bediensteten sehr gut. Er ist deshalb auch das Liebling des bekannten Sumetinger, denn dieser hat ja die größte Freude, wenn ihm von den Bediensteten am Staatsbahnhof etwas zugetragen wird, und er Gelegenheit hat, diese zu fäurigen. Nebenbei ist Burgstaller noch ein strammer Deutschnationaler. Er hat zwar noch in allen Stationen, wo er war, kein besonders freundliches Andenken zurückgelassen. Herr Burgstaller! Wir raten Ihnen, bessern Sie sich! Sonst wären wir gezwungen, uns mit Ihnen näher zu befassen. Wer Butter auf dem Kopf hat, soll nicht an die Sonne gehen.

Oderfurt. In der hiesigen Heizhauswerkstätte treibt schon seit längerer Zeit der „Werkeister“, „Johann“ parbon Kreisel sein Unwesen. Dieser Herr beschimpft bei den geringfügigsten Anlässen die ihm unterstellten Arbeiter mit den ordinärsten Namen. „Gauner, halten Sie die Fress!“ sind aus seinem Mordstich wohl die gebräuchlichsten; daß sich dieser „Herr Werkeister“ sogar erlaubt, „Ohrfeigen“ anzutragen, ist eben nur möglich in einer Werkstätte, wo das Gros der Arbeiter sich um die Organisation zu wenig kümmert. Wie wäre es, Herr Kreisel, wenn Sie sich dafür einsetzen würden, damit die Arbeiter ihre Kleider nicht an die Wände hängen müssen; auch fehlt jede Waschgelegenheit. Daß Schlosser Schlacke führen müssen, anstatt daß zu dergleichen Arbeiten, wie überfall, Sanblanger verwendet werden, ist bezeichnend für die Wirtschaft im hiesigen Heizhaus, oder haben Sie vielleicht gar nicht so viel Einfluß, dies durchzusetzen und hier Remedur zu schaffen? Es würde uns gewiß interessieren, zu wissen, was Sie eigentlich für eine Rolle im Heizhaus spielen, denn es wirkte erheiternd und komisch zugleich, zu sehen, wie anlässlich der hier insizierenden Kommission der Werkeister Schee wie ein Verrückter herumläuft und Ihnen zurief: „Johann, Johann versta dich, die Herrn kumma“. (1) Hat diesmal der Herr Kollege wieder, wie so oft, zu tief in die Schnapsflasche geschaut, oder müssen Sie sich wirklich vor einer solchen Kommission verstecken? Müßten Sie vielleicht befürchten, daß diese sie als „Werkeister“ hier überflüssig findet? Da Sie überhaupt mehr Schatten als Licht lieben, so werden wir uns gelegentlich erlauben, in dieses Dunkel gehörig hineinzuleuchten, müssen aber noch der Öffentlichkeit zeigen, daß der Werkeister Schee, Schlosser, der wegen Nichtbeachtung geleisteter Ueberstunden bei ihm vorsprachen, barsch zur Tür hinausweist, und daß der Abteilungsleiter Quittner, seine bessere Vergangenheit ganz vergessend, sich unter das Kommando dieses „Antialkoholikers“ zu beugen scheint, und anfängt, aus demselben Loch zu pfeifen wie unser „Anti“, was er vor kurzem einer Deputation der Gesamtarbeiterchaft gegenüber an den Tag legte. — Für heute wollen wir uns mit diesem begnügen, werden aber dafür sorgen, daß diese Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Vözen-Gries. (An die Verkehrsdirection der k. k. priv. Südbahngesellschaft in Wien.) Das gesamte Zugbegleitpersonal der Station Vözen-Gries stellt an die hochwürdige Verkehrsdirection die ergebenste Bitte um ehebaldige Abänderung des jetzt bestehenden Winterturnus in Form einer Vermehrung von 21 auf 22 Partien für die Güterzüge und begründet dieses ihr Ansuchen folgendermaßen: Der gegenwärtige Turnus besteht aus 21 Partien und ist derartig eingeteilt, daß derselbe sehr streng erscheint, indem er bei regelmäßigem Verkehr eine Dienstleistung von 195 Stunden, eine auswärtige Ruhezeit von 252 Stunden und eine Ruhezeit zu Hause von 287 Stunden ergibt. Abgesehen von der ungünstigen Einteilung desselben, muß erwähnt werden, daß obige Berechnung bei manchen Zügen eigentlich nur auf dem Papier zur Geltung kommt, da die meisten Zugbegleiter infolge der überaus teuren Wohnungen gezwungen sind, 20 bis 30 Minuten vom Bahnhof entfernt zu wohnen, daher das Personal, um diese lange Zeit, welches es vom und zum Bahnhof benötigt, in ihrer Ruhezeit gekürzt wird. Es diene zum Beispiel der Zug Nr. 87, welcher in Vözen um 10 Uhr 24 Minuten abends anlangt, wonach den nächsten Tag die Tour Gütermittelezug Nr. 141 folgt, welcher um 9 Uhr 48 Minuten vormittags von Vözen abfährt, das ergibt eine Ruhezeit zu Hause von 11 Uhr 24 Minuten; rechnet man aber die Zugübergabe bei Ankunft des ersten Zuges, den Weg vom und zum Bahnhof, das Erscheinen eine Stunde vor Abfahrt des letzten Zuges, die Restaurierung zu Hause, so bleiben faktisch zur eigentlichen Ruhe nicht mehr wie sechs bis sieben Stunden; bei regelmäßigem Verkehr kommt Zug Nr. 141 um 9 Uhr 52 Minuten abends in Ala an, das ist eine Dienstleistung von 12 Stunden 4 Minuten.

Nun erweist sich aber der fahrordnungsmäßige Aufenthalt gerade in jenen Stationen wie Rovereto und Mori, wo

stets eine größere Verschubmanipulation vorzunehmen ist, sowie Aus- und Zuladungen besorgt werden müssen, als viel zu wenig, so daß man mit diesem Zug in den meisten Fällen infolge der nun entstandenen verlegten Zugkreuzungen erst mit einer Stunde bis anderthalb Stunden Verspätung in Ala anlangt; zudem muß der Zug vom Zugbegleitungspersonal in Ala noch eingestellt werden, was wieder eine Zeit von circa 30 bis 40 Minuten beansprucht, zu diesem kommt noch der Weg zur Kaserne im Hotel Ala 20 Minuten, dortselbst Speisen warmen und sich reinigen, so daß alles in allem gerechnet das Personal erst um 1 Uhr nachts zur Ruhe gelangt. Wie aus dem Turnus ersichtlich, muß diese Partie den nächsten Tag mit Zug Nr. 4 ohne Dienst von Ala im Dienstwagen, weil derselbe keine III. Klasse führt, nach Hause fahren, welcher von Ala um 6 Uhr 15 Minuten früh abfährt, daher dieselben um 5 Uhr früh geweckt wird, wonach sich in diesem Fall auf eine Dienstleistung von 14 Stunden eine faktische Ruhezeit von nur vier Stunden ergibt. Den gleichen Tag fährt diese Partie mit Zug Nr. 142, welcher von Wogen um 7 Uhr 20 Minuten abfährt, wieder weiter, so daß die faktische Ruhezeit zu Hause nach Abrechnung der langen Weiten sowie das Erscheinen von einer Stunde vor Abfahrt des Zuges wieder nicht mehr wie neun Stunden beträgt. Beim Vergleich der Turnusse des Wogener Zugbegleitungspersonals mit jenen des Dienzer und Maßleinsdorfer Personals ergibt dieselbe gegen das Dienzer eine verminderte Ruhezeit von 46 Stunden und dem Maßleinsdorfer Personal eine solche von sogar 97 Stunden im Monat. Siehe kommt noch, daß der Turnus größtenteils nur Nachttouren in kurzer Reihenfolge aufweist. Dies alles zusammengekommen beweist, daß von einer Zufriedenheit mit diesem Turnus keine Rede sein kann, sondern die gefestigten Wünsche von einer Turnusperiode auf die andere eine Erleichterung anstreben, welche Wünsche jedoch bisher von Seiten des löblichen Betriebsinspektors keine Berücksichtigung fanden, weshalb sich das ergebnis gefestigte Zugbegleitungspersonal mit der brennendsten Bitte an die hochlöbliche Verkehrsverwaltung wendet.

Das hierortige Zugbegleitungspersonal hat mit Aufbietung aller Kräfte das redliche Bestreben gezeigt, den strengen Anforderungen, die der Sommerturnus an jeden einzelnen stellt, leider war es jedoch einer größeren Anzahl nicht möglich, diesen Anforderungen gerecht zu werden, welches die Anzahl der erkrankten Dienstkollegen in den Sommermonaten beweist. Das Personal hat den Turnus durchzuführen in der Unvorsichtigkeit, daß der Winterturnus leidlicher sein wird, welches jedoch durch das Nichtberücksichtigen der in die Turnuskommission gewählten Kollegen nicht der Fall ist.

Da nun mit Rücksicht auf den großen Personalstand, welcher hier in Wogen besteht, eine Vermehrung desselben durch Bewilligung der angeführten 22. Partie nicht nötig erscheint, daher eine bedeutende Mehrzahl der hochlöblichen Verkehrsverwaltung nicht erwachsen dürfte, so bittet das gesamte Zugbegleitungspersonal um gütige Berücksichtigung dieses ihres Ansuchens und zeichnen unter Beilage der beiden Turnuslisten zur gefälligen Einsichtnahme, in der Erwartung einer ehebaldigen Erledigung.

Penzing-Wien. (Todesfall.) Am 22. November um 7 Uhr früh wurde Genosse Anton Schuchbach, Blocksignaldienst der Station St. Veit an der Wien, im Dienste vom Herzschlag getroffen. Der Verstorbene war einer der tüchtigsten Vertrauensmänner der Organisation und verlor durch den Tod des Genossen Schuchbach die Blocksignaldienst und Wächter einen ihrer treuesten Mitarbeiter. Sein Leichenbegängnis gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung von Seiten der Wächter und Blocksignaldienst. Am Grabe hielt Genosse Spiegl einen tiefempfundenen Nachruf, bei welchem kein Auge trocken blieb.

Wien. (Österreichische Nordwestbahn.) Am 16. November starb der Genosse Langmayer. Er war seit langem ein treues Mitglied der Organisation, als ruhiger, überzeugter und zielbewusster Genosse vertrat er stets das Interesse der Eisenbahner. Wie sehr er unter den Eisenbahnern beliebt und angesehen war, zeigte sich bei dem am 18. November in Floridsdorf stattgehabten Leichenbegängnis. Außer den Oberbeamten und Beamten waren viele Bedienstete und Arbeiter, Freunde und Bekannte gekommen, um dem verstorbenen Genossen die letzte Ehre zu erweisen und den Angehörigen zu kondolieren. Die Witwe spricht auch allen Teilnehmern sowie für die Kranzspenden den wärmsten und innigsten Dank aus.

Wilsleinsdorf. Da man von Wilsleinsdorf noch nichts gehört hat, glaubt man, daß hier alles in Ordnung ist. Dem ist aber nicht so. Stationsvorstand Dostal glaubt, der Mensch fängt erst beim Beamten an, da er die anderen Bediensteten wie die Hunde behandelt. Besonders auf einen Wächter hat er es abgesehen. Da 40 Kilogramm Öl in sechs Wochen verbraucht wurden, ist der Wächter dafür verantwortlich, wohn das Öl gekommen ist. Für seine Rechtfertigung wurde er noch mit 2 Kr. bestraft und erhielt das Versprechen, daß er noch sekkert werden würde. Der Herr Vorstand soll sich darum kümmern, daß die Wächter Fußheben und Fußmitteln bekommen, damit sie dies nicht von ihrem Gelde kaufen müssen. Auch das Amisblatt könnte alle Wochen aufgelegt werden.

Falkenau an der Eger. (Wuschlicher Bahn.) Wenn in einer größeren Dispositionsstation mit starkem Zugverkehr und wenig Raum, sich der Dienst unter Berücksichtigung der persönlichen Sicherheit und des fremden Eigentums glatt abwickeln soll, dann müssen alle Faktoren des Verkehrsdienstes gleichmäßig zusammenwirken.

Ein typisches Beispiel bietet die Station Falkenau der B. E. W. Seit 16 Jahren ist das Falkenauer Personal mit einem Dienstvorstand beglückt, der sich zwar auf der einen Seite herzlich wenig um die glatte Abwicklung des Verkehrs kümmert, auf der anderen Seite jedoch zur Marionette einiger junger deutschnationaler Verkehrsbeamten herabgesunken ist. Allerdings, ein Teil des Personals lobt diesen Mann über den grünen Klee, das sind eben auch wieder deutschnationalen Heuchler und Streber, der größte Teil des Personals aber steht mit ihm auf Kriegsfuß, weil der Mann in seiner Inkonsequenz und Energielosigkeit sich nicht den nötigen Respekt vor den jungen Beamten einerseits gewährt hat, andererseits aber auch nicht imstande ist, ein ziemlich annehmbares Dienstverhältnis für das Personal gegenüber den Organen des Zentraldienstes herzustellen: Föiges Unterwerfen auf der einen, dienstliche Inkompetenz auf der anderen Seite, das sind die zwei hervorragenden Tugenden dieses Vorstandes. Das Personal zahlt selbstverständlich die Kosten derselben. Bei der Erstellung der Turnusse kommt dies immer recht kraß zum Ausdruck. So wurde das Personal hier in Falkenau am 1. Oktober d. J. mit einem zusammengebrängten Turnus beglückt, der die weitgehende Ausnutzung des Personals erforderte. Das Personal verlangte in einer hierzu eigens einberufenen Versammlung die Aufstellung von noch zwei Zugspartien, wodurch der Turnus erst annehmbar wäre. Würde der Herr Vorstand seinen Dienst kennen und hätte er so eine andere Dienstvorstände gehandelt, dann wäre dem Wunsch des Personals bestimmt Rechnung getragen worden.

So aber kam zufällig (?) [Wer das glaubt! D. B.] am zweiten Tage nach der Versammlung ein Organ der Direktion und es wurde eine Partie mehr eingeschoben. Und nun verzeihen trotz der einen erhöhten Partie tagtäglich in Falkenau 2, 3 bis 5 Separatzüge, die das ohnedies abgehegte Personal außer dem Turnus noch fahren muß. Wenn die Bediensteten einen Nachmittags frei haben, müssen sie einen solchen Separatzug fahren, wie dies nach den Zügen 953 der Fall ist. Von 12 Uhr mittags bis 3 Uhr früh hätte das Personal frei, dafür fahren sie Nachmittags einen Separatzug.

Am nächsten Tage gleich bei Zug 177/78 dasselbe. Frei von Mittag bis 4 Uhr früh, nachmittags ein Separatzug. Verzeihen aber mehr Separatzüge, bei denen diese freien Nachmittage nicht ausgenutzt werden können, dann wird von einer Partie der Manipulant, von den anderen Parteien je ein Mann weggenommen und eben eine neue Partie konstruiert. Es wäre also für eine, ja sogar für zwei weitere Zugspartien genügend Dienst vorhanden, doch alle Separatzüge gehen auf Kosten der freien Zeit des Personals. Dessenungeachtet erscheint alle Jahre im Herbst der Erlaß von der Direktion, daß im Winter besonders erhöhte Vorsicht im Verkehr zu walten habe. Entweder weiß die Direktion von den Zuständen in Falkenau nichts oder ist dieser Direktionserlaß eine Verhöhnung des Personals. Wo bleibt denn bei einer solchen barbarischen Ausnutzung des Personals die erhöhte Vorsicht, die persönliche oder die Sicherheit des Eigentums überhaupt?

Aber auch am Rangierbahnhof in Falkenau bestehen fast unerträgliche Zustände. Der Herr Köhler, Verkehrsbeamter, behandelt auch alte Diener, als ob sie keine speziellen Dienstrechte wären. Weil er den Dienst nicht kennt, soll alles nach seinen Angaben gemacht werden; wird das Personal dann nicht fertig, dann schreit er herum, es werde passivere Resistenz gemacht, er schone weder Weib noch Kind, wenn er einen Bediensteten hereinlegen kann und dergleichen Ausdrücke. Den Falkenauer Zügen werden 5, 6 bis 9 Ausladewagen angehängt, trotzdem diese in den Zwischenstationen nur 1 Minute Aufenthalt in der Fahrordnung vorgeschrieben haben. Werden dann die Manipulanten mit dem Zusammenstellen und Vergleichen der Frachtbriele nicht fertig, dann treiben die Herren Köhler und Planer, damit die Züge keine Verspätung machen. Herr Köhler will jedenfalls aus einem Streit mit dem Personal eine Ursache, um seine Verletzung herauszukristallisieren. Das Falkenauer Personal weigert sich durchaus nicht, die Ausladewagen mitzunehmen, nur sollen in der Fahrordnung die Aufenthaltszeiten in den Zwischenstationen entsprechend verlängert werden.

Ebenso sollte von Seiten des Herrn Vorstandes dahingetrachtet werden, daß die Auslade für die Klingenthaler Züge rechtzeitig vom Rangierbahnhof in die Station kommen, besonders bei Zug 959. 10 Minuten nach Ankunft derselben kommen allerdings die Beamten schon in das Konduktorszimmer, ob der Manipulant mit dem Zerwerfen und Vergleichen der Papiere, mit der Ausrechnung des Bruttos schon fertig ist, oft sind die Papiere noch im Transit. Die Manipulanten sind eben auch noch keine keine Heermeister, weshalb die Züge schon in der Ausgangsstation 1/2 bis 3/4 Stunden Verspätung machen. Meistens können sich dann die Manipulanten ihre Papiere nur notdürftig für die erste Station herrichten, das übrige müssen sie unterwegs besorgen, damit die Züge hinauskommen. Allerdings, in Falkenau ist es notwendig, anstatt sich um die Interessen des Dienstes zu kümmern, Propaganda für den Reichsbund zu machen. Da müßte halt der Herr Vorstand einmal wirklich energisch vorgehen, etwas konsequenter sein, dann würde sich das Dienstverhältnis etwas erträglicher gestalten.

Wie aber das Zugbegleitungspersonal, ebenso leidet das Maschinenpersonal unter dem Einschleichen der Separatzüge. Da wären doch Schloßscheizer und Reiserbeizer, die man zum Fahrdienst verwenden könnte, aber auch hier gehen die Separatzüge auf Kosten der freien Zeit. Das wird einfach durch Umstellung von dem großen in den kleinen Turnus fertiggebracht, da müssen dann die Separatzüge gefahren werden. Trotzdem durch lange Zeit hindurch ein recht gutes Einvernehmen des Zugbegleitungspersonals mit seinem Vorstand bestand, gibt es jetzt eine ganze Reihe von Mißständen. So die Behandlung der Geizer. Es kann doch nicht jeder Geizer ein akademisch gebildeter Mann sein, und wenn er und da sich der Geizer in seinem Verkehr nicht so vornehm ausprechen kann, so findet dies ja seine Erklärung in seinem schweren Beruf. Wenngleich der Geizer beispielsweise als ein Bauernknecht in den gesellschaftlichen Dienst eingetreten wäre, er muß sich, wenn er fortkommen will, so viel sachmännische Bildung aneignen, daß er eben seinen Dienst machen kann. Und nachdem der Geizer ein ebenso notwendiges Glied im Verkehrsdienst bildet wie die Akademiker, sind sie eben nicht das „fünfte Rad“, sondern eines der unentbehrlichen vier Räder am Wagen. Ein Separatzug kann beispielsweise schon nicht ohne den Geizer fahren. Den Geizer aber in Gegenwart seines Führers in seiner Achtung herabzusetzen, ist gerade nicht am Platze, denn auch dessen Ehrgefühl ist trotz seines harten Berufes verletzbar. Ein weiterer Anlaß zur Klage ist der, daß man jüngere Geizer zum Fahrdienst, dagegen ältere zum Kohlenladen verwendet. Es sind Leute schon drei Jahre auf den Kohlen, währenddem junge Geizer, die ein Jahr dort sind, bereits als Geizer fahren. Bestehen denn diese wirklich einen höheren Grad von Intelligenz oder genießen sie die ganz besondere Protektion ihres Vorstandes? Auch die, die strafweise hierher versetzt sind?

Auch werden die Geizer wegen jeder Kleinigkeit von der Maschine abgezogen und zu Heizhausarbeiten verwendet, wodurch sie dann ihre variablen Zuschläge verlieren. Ebenso wird dem Geizer nicht Glauben geschenkt, wenn es sich um irgendeine dienstliche Streitigkeit handelt. Er wird einfach als ein Varias behandelt. Aber auch mit der Auszahlung der Ruheprämien hat es seinen Gatten. Andere Stationen haben es schon lange, dann kommt erst Falkenau daran. Und dann wissen die Geizer nicht, was sie eigentlich bekommen; eine Liste bekommen sie nicht zu sehen oder soll dies wohl ein Geheimnis für den Kassier bleiben? Also eine ganze Reihe von kleinlichen Mißständen, deren Behebung wirklich im Wirkungskreis des Herrn Vorstandes liegt. Der Herr Zentralinspektor Tauber steht es zwar nicht gern, wenn das Personal mit seinen Angelegenheiten in den „Eisenbahner“ geht, ebenso unser Herr Vorstand; aber Bauernknechte können halt ihre Angelegenheiten persönlich nicht so geübt zum Ausdruck bringen, und da ist es eben besser, man schreibt's. Damit weiß dann gleich der Herr Vorstand als auch der Herr Zentralinspektor Tauber unsere Beschwerden, und wenn beide wollen, lassen sich diese Kleinigkeiten im Handumdrehen beseitigen.

Versammlungsberichte.

Beschwerden von der Wiener Stadtbahn.

Am 20. d. M. fand in Dorals Saal eine massenhafte beschwerte Versammlung der Zugbegleiter der Wiener Stadtbahn statt, zu der auch Delegierte der Staatsbahnhöfe Wiens erschienen waren.

Genosse Schöber behandelte die Bremserfrage sehr eingehend. Vor fast zehn Jahren war es der Organisation gelungen, die Normierung der Zugbegleiter in den Domizilstationen auf die Höhe des tatsächlichen Bedarfs zu bringen, wodurch die Kategorie der Bremser abgeschafft wurde; eine große Anzahl Bremser mußte zu Ausfallskonduktoren ernannt werden. Nach und nach rief aber die Bremsermisere wieder ein, sie vergrößerte sich noch durch die Entlohnungsart, da von der Staatsbahnverwaltung behauptet wird, daß die Reduktion des Tagelohnes der Bremser von Kr. 2.80 auf Kr. 2.30 dadurch notwendig gemacht wird, weil inzwischen eine Erhöhung der Fahrgebühren gewährt worden ist! Diese Lohnmanipulation hat eine gänzliche Verelendung der Eisenbahner dieser Kategorie bewirkt. Nach allen Abzügen bleibt dem Bremser nicht mehr als Kr. 1.02 für sich und seine Familie zum Leben. Die Gerabdrückung dieser Kategorie muß auch auf das definitive Personal einwirken, weil die Leistungsfähigkeit der Bremser völlig untergraben ist und die Arbeit deshalb auf das definitive Personal überwältigt wird, das so einer Überanstrengung ausgesetzt ist. Es muß also diese Kategorie wieder abgeschafft werden.

den. Schöber verlas eine Resolution, die seine Ausführungen zusammenfaßte und die einstimmig angenommen wurde.

Genosse Kottel behandelte dann den unseren Lesern bekannten Reorganisationsplan der Stadtbahn in sehr interessanter und sachlicher Weise. Der Plan geht von der Anschauung aus, daß nur das Defizit der Stadtbahn maßgebend sei für höchst bedenkliche Einrichtungen, die die größten Gefahren zeitigen müssen. Wenn jeder Zug nur mit einem Kondukteur fährt, so würden jährlich bloß 210.000 Kr. erspart, so daß das Stadtbahndefizit für Staat, Land und Kommune nur um je 71.000 Kr. gemindert würden, eine Summe, die sich jährlich verdreifachen wird, wenn durch eine derart geplante Reorganisation des Stadtbahnwesens nur eine unheimliche Kostengewirkung ausgelöst werden wird: Katastrophen auf Katastrophen! Wir haben uns bemüht, in den letzten Tagen jene hervorragenden Fälle zusammenzustellen, bei denen Unglücke leicht entstanden wären, die aber von Konduktoren verhindert wurden. Es sind das sechzehn Fälle, die einen schon größeren Betrag erfordern hätten wie die gesamte Ersparnis an Personal. Der Redner schildert in anschaulicher Weise die Gefahr, in die die Passagiere geraten werden, wenn ein Zug etwa in einem Tunnel stehen bleiben müßte und kein Eisenbahner beim Zug wäre.

Wir können jederzeit beweisen, daß sich in einem Waggraum oft drei Züge befinden. Wenn bei solchen höchst gefährlichen Vorkommnissen bis jetzt nie etwas geschehen ist, so ist dies ganz speziell nur den Konduktoren zu danken. Die Züge sind oft auf Meterlänge nahegekommen! Nun will man gerade die als Stadtmänner fungierenden Konduktoren abziehen! Er dankt dem Genossen Tomisch und der sozialdemokratischen Fraktion für ihr Eintreten im Parlament durch ihre erschöpfende Interpellation. Er bittet, daß Abgeordneter Tomisch Sorge trage, daß die Interpellation bald beantwortet werde, um die Furcht und die Unsicherheit zu beheben. Er glaubt, derzeit eine Resolution nicht vorlegen zu müssen, die Versammlung möge der Staatsbahnverwaltung zur Warnung dienen. Sie soll endlich diese Warnung beherzigen. Genosse Kottel erntete für seine Ausführungen ungeteilten Beifall. Tomisch, stürmisch begrüßt, führte anknüpfend an das Referat Kottels aus, daß er im Parlament sofort an den Eisenbahnminister herantreten werde, um die Verantwortung der Interpellation zu verlangen. Er wird mündlich alle zweckdienlichen Vorstellungen machen, um das Projekt, das so große Gefahren heraufbeschwört wird, zu Falle zu bringen. Auf die Forderungen der Eisenbahner und die Aktion im Parlament übergehend, schilderte er die Bemühungen im Subkomitee und im Staatsangestelltenausschuß. Erst nach Abschluß der ganzen Aktion werde einiges besprochen werden müssen, was er sich bis jetzt noch vorbehalten. Es müsse unbedingt getrachtet werden, die ganze Angelegenheit im Parlament zum Abschluß zu bringen. Bis dahin werden die Eisenbahner ein ruhige und zuwartende Haltung einnehmen. Stürmische Zustimmung und Beifall folgten diesen Ausführungen.

Nachdem noch die Genossen Gluttig und Wiche gesprochen, verabschiedete sich Genosse Jannerhuber dagegen, daß an dem Ausgleichsavanceament Abstriche gemacht werden, so daß dasselbe nicht mehr zum gänglichen Härtenausgleich langt. Er protestiert unter stürmischer Zustimmung der Versammlung sehr energisch dagegen und faßte seine Ausführungen in einer Resolution zusammen, die einstimmig angenommen wurde.

Der Vorsitzende Genosse Wabitsch schloß erst in später Nachtstunde die große Versammlung, die der Staatsbahnverwaltung als Warnungssignal dienen möge.

Am 22. November, abends, machte sich auf der ganzen Wiener Stadtbahn eine Verkehrsstörung bemerkbar. Die Züge hatten um die sechste und siebente Abendstunde Verspätungen bis zu 20 und 25 Minuten. Die Ursache war eine große Blockierung, die in dem bekannten Ersparungsprojekt ganz unberücksichtigt blieb, weil bis jetzt für ähnliche Fälle jede Instruktion fehlte. Was mag unter den Umständen vorkommen, wenn bei solchen Störungen das so notwendige Personal fehlt?

Wien-Penzing. Am 22. November fand in Ribitsch Gasthaus ein Vereinsabend statt, bei dem Genosse Sommerfeld den Bericht über die am 25. Oktober 1911 stattgefundene Personalkommissionsführung erstattete. In einer zweistündigen Rede schilderte Genosse Sommerfeld die in dem Verlauf von 4 1/2 Jahren bei 9 Sitzungen eingebrachten wichtigen Anträge und die sich daraus ergebenden teilweise Erfolge zum Nutzen der Bediensteten der einzelnen Kategorien in puncto Umstellung von Uebelständen in den einzelnen Stationen und Werkstätten der Staatsbahndirektion Wien. Redner bringt Fälle, wo es gelang, Dienstentteilung und Turnusse zu verbessern, dienstfreie Tage und Urlaube unter Stellung von Substituten zu erreichen, Kasernierungszustände zu verbessern und auch manchen konkreten Fall einer günstigen Erledigung zuzuführen.

Redner besprach den schweren Stand, den unter den heutigen Verhältnissen die Personalkommission einnimmt, und erregte die Versammelten, in Zukunft unter dem Personal darauf hinzuwirken, mit kleinlichen Angelegenheiten, welche sich oft von den Bediensteten im eigenen Wirkungskreis regeln lassen, der Personalkommission den Stand nicht noch mehr zu erschweren.

Ferner wies Genosse Sommerfeld darauf hin, daß die Schaffung dieser Institution einen großen Erfolg der Organisation für die Bediensteten bedeute, weil dadurch ein Kontakt zwischen dem Personal einerseits und der Direktion andererseits hergestellt ist, der es ermöglicht, noch manche Mißstände abzustellen. Redner richtete zum Schluß an die Versammelten den Appell, auf den Ausbau der Organisation hinzuwirken, um dadurch den Mitgliedern der Personalkommission jenen Stützpunkt zu geben, der notwendig ist, um in Zukunft weitere und bessere Erfolge zu erringen. Unter Beifall schloß Genosse Sommerfeld seine Rede.

Villach. Am 11. November sprach hier in einer gutbesuchten Versammlung der Rangleidener Genosse Partl über die Forderungen der Rangleidener.

Mauthausen. Bei der am 15. v. M. in Mauthausen stattgefundenen Eisenbahnerversammlung, welche von 26 Genossen besucht war, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung über die Hinterbliebenenunterstützung referiert und betriebs der Einführung der Hinterbliebenenunterstützung vom Vorstehenden an die Versammelten der Appell gerichtet, diese anzunehmen. Es ergab sich bei der Abstimmung eine einstimmige Annahme derselben. Ebenso bei der am 19. v. M. in Perg stattgefundenen Eisenbahnerversammlung, wo diese Einführung für gut befunden und einstimmig angenommen wurde.

Pragerhof. Am 6. November d. J. fand hier eine öffentliche Vereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Protest gegen das unqualifizierbare Vorgehen des Stationschefs Schneider gegen Bedienstete slowenischer Nationalität. 2. Eventuelles. Die Versammlung war sehr gut besucht. Auch die deutschnationalen Beamten besuchten diese Versammlung. Mit Rücksicht auf die jetzige Situation betriebs der Eisenbahnerforderungen wurde der erste Punkt der Tagesordnung umgeändert und der Situationsbericht erstattet. Genosse Kopac besprach das dem Eisenbahnministerium am 20. September d. J. vorgelegte Memorandum und die Antwort der Regierung. Er führte aus: Das Subkomitee des Staatsangestelltenausschusses hat bezüglich der Regulierung der Eisenbahnerlöhne und Gehalte einen Antrag angenommen, nach dem die

Gesamtsumme 88.010.171 Kr. für die Eisenbahner erforderlich wäre. Der frühere Ministerpräsident Baron Gautsch drohte den Eisenbahner für den Fall einer passiven Resistenz mit der Militarisierung und eventuell auch mit Erstickung der Bewegung durch Waffen. Der jetzige Ministerpräsident Graf Stürgkh verhandelt aber mit den Parteien, um eine Mehrheit zu bekommen, die den Antrag des Ausschusses begeben soll. Auch der Eisenbahnminister Dr. Forster findet die Summe von 88 Millionen zu hoch. Diese Summe ist jedoch das Minimum dessen, was für eine teilweise Regulierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Eisenbahner nötig ist. Die Eisenbahner fürchten die Drohungen nicht. Sie sind auf die Gefahr, die ihnen nicht nur seitens der Regierung, sondern auch vom Agrar- und Industriekapital droht, aufmerksam gemacht. Die Eisenbahner werden nicht leichtsinnig den Kampf beginnen. Wenn aber die Regierung unsere berechtigten Forderungen nicht berücksichtigt wird, müssen wir die Verantwortung für Ereignisse, die daraus entstehen, ablehnen. Der Redner schloß sodann mit den Worten: Die Regierung bereitet sich auf den Ueberfall auf die Eisenbahner vor, ihr aber bereitet euch auf den schärfsten Widerstand vor. Hierauf teilte der Vorsitzende mit, daß Genosse Kopač den Bericht auf in deutscher Sprache geben wird, da mehrere deutsche Eisenbahner anwesend sind. Die Nationalen, die sich bisher ziemlich ruhig verhielten, machten Lärm und schrien, daß dies nicht die Tagesordnung ist, die in den Einladungen angeführt war. Der Vorsitzende erklärte, daß die Veränderung der Tagesordnung von der Versammlung einstimmig beschlossen wurde und dies deshalb, weil die Angelegenheit betreffs des Vorgehens des Stationschefs Schneider nicht in Prag, sondern in Wien erledigt wird. Da die Unruhe nicht nachließ, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Besonders unanständig benahmen sich Assistent Pilch aus Windisch-Fejtritz und Telegraphenmeister Nowakowicz aus Pragerhof. Nach Schluß der Versammlung setzten sich diese Helden an einen leeren Tisch und schrien „Heil“. Die Arbeiter sangen slowenisch und wiesen dann auf ungewöhnliche Weise den Madamachern die Tür, worauf die letzteren ihre Knochen rasch in Sicherheit brachten. Schallendes Gelächter folgte ihnen nach.

Zu erwähnen wäre noch, daß der „Abstinenz“ und Zementlieferant Nowakowicz schon einmal seine Meinung gewechselt hat. Zuerst war er liberaler und Obmann des „Verkehrsbundes“ in Pragerhof, dann färbte er sich rot und bald darauf nahm er die blaue Farbe an; also ein Gewinnschlump comme il faut. Die Arbeiter aber ersehen daraus, wer eigentlich das unqualifizierbare Vorgehen des Stationschefs Schneider gegen die slowenischen Arbeiter verteidigt. Der „Reichsbund“ hat für jeden denkenden Eisenbahner in Pragerhof seine Rolle ausgespielt.

Spittal an der Drau. Am 21. November fand in Spittal an der Drau eine sehr gut besuchte öffentliche Eisenbahner-Versammlung statt. Als Referenten waren anwesend die Genossen Josef Sondl und Alois Wutowsky, Vorstandsmitglieder der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt, welche sich ihrer Aufgabe in vorzüglicher Weise entledigten, was der wiederholte Beifall und die allgemeine Befriedigung der zahlreich Anwesenden bewies.

Willach. Am 19. November fand hier eine gut besuchte Versammlung der Oberbauarbeiter der k. k. Staatsbahn und der Südbahn statt, die sich mit den Forderungen der Bahnerhaltungsarbeiter beschäftigte.

Wogen I. Am 21. November sprach hier in einer sehr gut besuchten Versammlung Genosse Scheibin aus Innsbruck über die parlamentarische Verhandlung wegen Aufhebung der Bezüge der Eisenbahnbediensteten. Genosse Scherbaum aus Wien referierte über den Provisionsfonds und Anrechnung der anderthalbjährigen Dienstzeit. Beide Redner erhielten für ihre sachlichen Ausführungen lebhaften Beifall.

Wels. Am 18. November referierte hier Genosse Vogl in einer gut besuchten Versammlung über die Einführung der Hinterbliebenenunterstützung.

Willach. Unter dem Vorsitz der Genossen Brandl und Joh. Samel fand am Montag den 20. November in den Kabinofallen in Willach eine gut besuchte Versammlung der Südb- und Staatsbahner statt, bei welcher die Genossen Josef Sondl und Alois Wutowsky Bericht über ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglieder der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahner erstatteten. Genosse Sondl besprach als Referent zuerst die Pläne der Regierung, die dahin gehen, bei eventueller Gesetzgebung der staatlichen Alters- und Invaliditätsversicherung die Unfallversicherung der Eisenbahner zu verschlechtern, und zwar in der von dem deutschnationalen Kroh seinerzeit vorgeschlagenen Weise. Nach dem Plan der Regierung soll künftig ein Unfallrentner samt der Pension im Höchstmaß nicht mehr erhalten, als er in dem dem Unfall vorhergegangenen Jahre verdient hat. Solchem und ähnlichem Ansinnen muß natürlich der größte Widerstand seitens der Eisenbahner entgegengebracht werden. Dann wies der Referent auf der Hand von Beispielen darauf, wie sich viele Eisenbahner durch eigene Indolenz schwer schädigen und dadurch, daß sie sich nicht sofort nach dem Unfall an den Vertrauensmann der Organisation wenden, geradezu selbst um ihr gutes Recht, um ihren Anspruch bringen. Auch die Behörden, welche für Erhebungen in Unfallfällen oft fünf bis sechs Monate brauchen, wurden einer gerechten Kritik unterzogen, und wurde erklärt, daß nur der enge Zusammenschluß und das gut entwickelte Vertrauensmännersystem hier etwas helfen können. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Es sprach dann Genosse Wutowsky, und Genosse Sondl beantwortete einige Anfragen, dann brachte Genosse Brandl ein paar Beispiele vor, wo oft bei den Protokollaufnahmen über Unfälle der Sachverhalt entstellt wird, was dann den betreffenden Bediensteten oder dessen Familie schwer schädigt. Nach anderthalbstündiger Dauer schloß dann Genosse Brandl mit Dank für den Besuch die interessante Versammlung.

Gefunden wurde nach der Eisenbahnerversammlung im Kabinofall ein kleines schwarzes Geldtäschchen mit Inhalt. Der Verlufterträger kann sich dieses im Gewerkschaftssekretariat abholen.

Aus den Organisationen.

Klosterneuburg. Bei der am 19. November abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Karl Selinet, Obmann, Johann Giall, Stellvertreter; Gustav Scholz, Schriftführer, Johann Giall, Stellvertreter; Johann Holzmüller, Kassier, Josef Leitner, Stellvertreter; Johann Mayer, Johann Schwarz und Karl Kriz, Ausschüsse; Franz Wolf und Anton Döber, Kontrolloren.

Sämtliche Zuschriften sind an den Obmann Karl Selinet, Martinstraße 18, Geldangelegenheiten an den Kassier Johann Holzmüller, Schafgasse 4, zu richten.

Purkersdorf. In der am 4. November stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Johann Kral, Obmann, Johann Spalt, Stellvertreter; Josef Hinterwallner und Johann Anders, Kassiere; Johann Wallner, Schriftführer; Johann Stenke und Johann Seisl, Bibliothekare; Joh. Huber und Engelbert Flehminger, Ordner; Adolf Stanzl als Subkassier für Neumarkt; Dvorjak und Rudelsdorfer, Ausschüsse.

mitglieder; Schmidt und Matejcek, Kontrolloren. Die Zentrale war durch Genossen Swoboda vertreten, welcher über das Thema: „Die Eisenbahner und die bürgerlichen Parteien“ referierte, welches Referat mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Alle Zuschriften sind an den Obmann Genossen Johann Kral, Eichberg, Steinbruch 3, in Geldangelegenheiten an den Kassier Genossen Josef Hinterwallner, Gabil, Zingerstraße 56, zu richten.

Leoben. (An die Mitglieder und Subkassiere der Ortsgruppe Leoben.) In einigen Wochen hat das Jahr 1911 seinen Abschluß. Die Ortsgruppe hat mit Schluß des Jahres eine genaue Feststellung des Mitgliederstandes vorzunehmen. Da nur Mitglieder als anspruchsberechtigt geführt werden, die mit ihren Beiträgen nicht länger als zwei Monate im Rückstand sind, so werden alle jene Mitglieder, die sich mit ihren Monatsbeiträgen im Rückstand befinden, freundlichst und im eigenen Interesse aufgefordert, ihre Rückstände bis zum 18. Dezember zu begleichen. Wenn wir in die Ständekarten unserer Mitglieder Einsicht nehmen, so gewinnen wir den Eindruck, daß eine hübsche Zahl unserer Mitglieder schlechte Zahler sind. Sollten wir nun am Jahres-schluß alle rückständigen Zahler nicht mitzählen können, so würde die Ortsgruppe einen bedeutenden Rückgang zu verzeichnen haben. Wir sind jedoch überzeugt, daß die Genossen Eisenbahner der Ortsgruppe Leoben und Umgebung keinen Rückgang in ihren Ortsgruppen haben wollen, und jeder sein Möglichstes tun wird, um seinen Verpflichtungen gegenüber dem Verein nachzukommen, damit am 20. Dezember die Schlussabrechnung an die Zentrale rechtzeitig eingehend werden kann. Ferner werden die Mitglieder ersucht, ihre Mitgliedsbücher behufs Kontrolle bis zum 20. Dezember 1911 abzugeben.

Verschiedenes.

Eine folgenschwere Neuerung. Nun ist es wirklich kein Vergnügen mehr, Priester der katholischen Kirche zu sein. Die böse Neuzeit hat diesen autorisierten Vermittlern zwischen Himmel und Erde ohnehin lange schon den Nimbus der besonderen Heiligkeit geraubt und ihre Autorität untergraben. Der Gemeindegast macht sich gar keine Skrupel mehr, im Kartenspiel den Kooperator einen „Paker“ zu nennen, und der Bürgermeister nimmt sich heraus, ohne Einverständnis des Dorfgemeindefürs seinen Mißhaufen umzuschaukeln. Die einzige Freude des frommen katholischen Gottesmannes war noch sein trauliches Heim, in welchem meist an Stelle einer griesgrämigen Wirtschafterin im kanonischen Alter ein dralle „Nichte“ den Kochlöffel schwang. In dieses trauliche Heim griff nun der Papst mit rauher Hand ein und zerstörte es gründlich. Ein Motu proprio verbietet es nun den römischen Priestern, mit einem weiblichen Wesen zusammen unter einem Dache zu wohnen, ja auch „Nichten“ oder sonstige Verwandtschaften sind von diesem Verbot nicht ausgeschlossen. Die „Nacht“ oder die „Nest“, oder wie die „Nichte“ sonst heißen mag, wird über dieses veraltete lateinische Wort nicht wenig verdrossen sein, überstrahlte doch etwas von der Heiligkeit des Pfarrers oder des Kooperators auch auf die Köchin und machte sie zu einer der angesehensten Persönlichkeiten des Dorfes. Nun muß sie den Pfarrhof verlassen. Daß durch diese Verordnung auch der geistliche Herr in Angelegenheiten kommt, steht außer Frage. So schafft das päpstliche Motu proprio vor allem einige unzufriedene, viele schadenfrohe Leute und bewirkt eine rebellische Stimmung in der Geistlichkeit. Ob die Statistik nicht auch eine Vermehrung der Homosexualität in Zukunft zeigen wird, bleibt abzuwarten. Wir geben einer jammervollen Zukunft entgegen, die Priesterfeminarien werden sich entköllern, in die Pfarrhöfe wird Traurigkeit einkehren und die „Nichten“ sterben völlig aus. Das hat mit seinem Motu proprio der Papst getan....

Technisches.

Patentbericht, mitgeteilt von Dr. Fuchs und Ingenieure Kornfeld und Hamburger, Wien VII, Siebensterngasse 1. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnement dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unten angeführter Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Einspruch erhoben werden. Auszüge aus den Patentbeschreibungen werden von dem angeführten Patentanwaltsbureau mäßig berechnet.

Oesterreich. Ausgelegt am 1. November 1911, Einspruchsfrist bis 1. Jänner 1912.

Al. 20 d. Arvid Grane, Ingenieur in Westera (Schweden). — Postbeutelsänger für Eisenbahnwagen, gekennzeichnet durch mit einem Postwagen, beziehungsweise einer Stationsvorrichtung lösbar verbundene Fangbügel, die vermittels eines Nienstens, einer Stange, Kette oder dergleichen mit den von besonderen Organen getragenen Postfächern verbunden sind.

Al. 20 f. Rudolf Staeger, technischer Fabrikbeamter in Wien. — Einrichtung zur Verhinderung der Stoßwirkung bei Eisenbahnzusammenstößen, dadurch gekennzeichnet, daß mit Hilfe eines an der Spitze oder überdes auch am Ende des Zuges angeordneten Pufferpuffers die Sperrvorrichtungen von im Zuge eingereichten Schutzwagen ausgelöst werden, so daß sich diese Wagen unter Ueberwindung von Widerständen zusammenziehen können und hierdurch die Stoßwirkung abgeschwächt.

Deutschland. Ausgelegt am 2. November 1911, Einspruchsfrist bis 2. Jänner 1912.

Al. 20 a. Ernst Varenkamp, Hamburg, Rolkestraße 7. und Entkuppeln von Eisenbahnwagen.

Al. 20 c. Josef Ignatius Florjanowicz, Warschau, Radomsk, und Tomasz Marjon Julius Kicinski, Schmud, Lublin, Rußland. — Vorrichtung zum selbständigen Kuppeln und Entkuppeln von Eisenbahnwagen.

Al. 20 h. Philipp Conniff, Washington, Columbia, Vereinigte Staaten Amerikas. — Vorrichtung zur Schmierpatronen von Spurkränzfahrmitteln an Eisenbahnfahrzeugen.

Literatur.

Weihnachten! Die Zeit der Kinder naht! Und schon laufen allerorts Empfehlungen von Jugendbüchern und Bilderbüchern zweifelhaftester Qualität ein. Ein wohlthuende Ausnahme davon macht das diesjährige Weihnachtsangebot der Wiener Volksbuchhandlung. Wir haben aus diesem 64 Seiten starken Katalog vor allem die zwei überaus billigen Bände (à 60 H.) „Wilderbuch für große und kleine Kinder“ heraus. Eine Serie Märchenbücher, Verlag Loewe in Stuttgart, deren Hauptvorzüge gute Verarbeitung, vorzügliches Papier und dauerhafter Einband sind. Anderens, Wegsteins und Grimms Märchen, Rubezahl Sagen und Culenspiegels Schwänke werden für nur 1 Kr. per Band abgegeben. Aus der reichen Serie belehrenden Inhalts liegt uns Christoph Brunnings Nierleben in der Heimat vor; Kindern von 8 bis 12 Jahren können wir kein besseres naturwissenschaftliches Buch wünschen. Wenn wir zum Schluß noch aus den mehr wie 150 Buchangeboten für Kinder unter 6 Jahren „Aufgepaßt, kleines Volk!“ herausgreifen und darin ein wirklich modernes und farbenprächtig ausgeführtes, unerreichtes Bilderbuch erblicken, können wir den Parteigenossen nur den Rat geben, sich beim Ankauf von

Bilderbüchern, Jugendbüchern und Geschenkwerken zunächst an die Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI., Gumpendorferstraße 18, zu wenden. Der eingangs erwähnte Weihnachtskatalog wird auf Verlangen gratis und franko versendet.

Bekanntmachung der Administration.

Anlässlich des bevorstehenden Jahreschlusses eruchen wir sämtliche P. T. Ortsgruppen- und Zahlstellenleitungen, die Abrechnungen und Geldsendungen für die im Monat Dezember einfließenden Beiträge bestimmt bis längstens 27. Dezember zur Aufgabe zu bringen, so daß dieselben bis 31. Dezember in der Zentrale noch einlaufen und im Berichte per 1911 noch erscheinen können.

Alle nach dem 31. Dezember in der Zentrale für 1911 noch einlaufenden Geldbeträge können im Berichte für dieses Jahr nicht mehr Veranschlagung finden, ein Umstand, welcher — wie die Erfahrung der Vorjahre gelehrt — zur Folge hätte, daß der Rechnungsabschluß der Zentrale mit jenen der Ortsgruppen nicht übereinstimmen und zu Reklamationen Veranlassung geben würde.

Desgleichen eruchen wir auch alle sonstigen, für Kalender zc. bis Dezember noch einfließenden Beträge in vorbezeichneter Weise abzugeben.

Ferner haben die Ortsgruppen und Zahlstellen die ihnen zugewiesenen neuen Kassenbücher ab 1. Jänner 1912 in Verwendung zu nehmen und sind von jenen Ortsgruppen und Zahlstellen, die sie bis jetzt noch nicht erhalten, selbe anzusprechen und die vollgeschriebenen Bücher der Zentrale zur Einsicht vorzulegen.

An unsere P. T. Genossen und Mitglieder!

Nachdem die erste Auflage unseres Eisenbahnkalenders vergriffen ist, sind wir gezwungen, eine zweite Auflage herzustellen. Wir eruchen daher alle Ortsgruppen- und Zahlstellenleitungen, die bisher noch keine oder gegenüber dem Vorjahre nur eine geringe Bestellung machten, dies so rasch als möglich zu tun, damit wir die Höhe der Auflage bestimmen können. Auf alle Fälle bitten wir um den regsten Vertrieb eures Jahrbuches.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß in unserem Verlag der Eisenbahnkalender per 1912 für die polnischen Genossen (Kalendarz kolejarski) erschienen ist und zu denselben Bedingungen wie bei dem deutschen Kalender zu beziehen ist. Beide Jahrbücher sind unentbehrliche Behelfe für jeden organisierten Eisenbahner.

Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Erklärung.

Durch Zufall kommt mir zur Kenntnis, daß ich auch auf der gemeinsamen Liste des „Verkehrsbundes“ und des „Südbahnerverbandes“ als Kandidat für die Personalkommission der Südbahn aufgeführt bin.

Ich erkläre ausdrücklich, daß dies ohne mein Wissen geschehen ist, und protestiere gegen derartige hinter meinem Rücken geführte Manöver. Mit einer Liste, in welcher unsere Partei in der unflätigsten Weise in den Kot gezogen wird, will ich nichts gemein haben.

Martin Pfeffer,
Waldmüller, Breitenstein a. S.

Dankagung.

Außerstande, jedem einzelnen für die so innige und rege Teilnahme anlässlich des Weihnachtsfestes meiner leider nur viel zu früh verstorbenen und unvergesslichen Gattin Antonie zu danken, spreche ich besonders jenen, welche die Verstorbene durch die vielen Kranz- und Blumentopfen ehrten, auf diesem Wege meinen innigsten Dank aus.

Wien, am 18. November 1911.

Josef Schwab
Offiziant der k. k. Staatsbahnen.

Wenn Sie husten, heiser, verschleimt, verschluckt, appetitlos, schwach und erschöpft sind, wenn Sie ein Abnehmen Ihres Körpergewichtes merken oder diese Erscheinungen an einem Familienmitglied wahrnehmen, so bestellen Sie zuverlässig Dertéus Lindenhonig (Sirup), um das Weitergreifen des Uebels rechtzeitig zu verhindern. Dertéus Lindenhonig (Sirup) ist das beste Hausmittel. Eine Probeflasche um 3 Kr., große Flasche um 5 Kr. oder drei Flaschen franko um 15 Kr. bestellen Sie per Nachnahme im Hauptdepot: Hugo Dertéus Apotheke, Budapest, Thökölystraße 28, Depot 12.

Nur solange der Vorrat reicht, versendet als Gelegenheitskauf einen prachtvollen „Gemshorn“ ähnlich Hirschhorn, 16 Zentimeter lang, samt Mitflüßchen für 40 Kr. nur für 6 Kr. Louis Fenecl, Wien, IX., Altmuttergasse 3 (gegen Voreinsendung oder Nachnahme). Man versäume daher nicht, sofort seine Bestellung zu machen.

Der Hausfrau größte Weihnachtsfreude sind Weihnachtartikel aus der bestrenommierten Leinenweberei Josef Kraus in Nachod (Böhmen), deren Erzeugnisse sich seit 45 Jahren einer ungeteilten Beliebtheit erfreuen. Speziell zu Weihnachten ist es erfreulich, die Bestellungen bei der Firma Josef Kraus rechtzeitig vorzunehmen, da knapp vor den Feiertagen die großen Vorräte in der Regel ausverkauft sind und den Bestellungen nicht Genüge geleistet werden könnte. Muster von Webwaren und Preislisten werden auf Wunsch gratis zugesendet.

Mitteilungen der Zentrale.

Verwaltungskomiteesitzung am 23. November 1911. — Es liegen 101 Unterstützungsanfragen vor. Für 79 Fälle werden an Unterstützungen 1997 Kr. bewilligt; 20 Fälle abgewiesen; 2 Fälle an die betreffenden Ortsgruppen gewiesen. — Der Rechtsschutz wird für 70 Fälle bewilligt. Zur Begleichung der Expensnoten für 43 Rechtsfälle wird ein Betrag von Kr. 5456.25 angewiesen. — Hierauf Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

Sprechsaal.

An alle Unterbeamten der k. k. Staatseisenbahngesellschaft!

Alle jene Unterbeamten der k. k. St. E. G., die sich durch welche Art immer in ihrem Gehalt gegenüber den jüngeren Kollegen geschädigt fühlen, auch jene, welche seinerzeit direkt zu Unterbeamten mit 1000 Kr. ernannt wurden und die Ge-

Haltstufen von 1100 Kr., 1200 Kr., 1300 Kr. einzeln durch-
machen mußten, wolle dies längstens bis 5. Dezember 1911
unter Angabe des Tages der definitiven Ernennung, der ge-
nauen Daten der einzelnen Vorrückung und des Zeitpunkt der
nächsten Vorrückung dem Gefertigten bekanntgeben.

Ferdinand Dik,
Bahnmeister in Píseč (Böhmen), Personalkommissions-
mitglied der k. k. St. E. O. und Zentralauschussmitglied.

An alle Bahnrichter und Vorarbeiter der k. k. Staats-
bahnen!

Samstag den 2. Dezember 1911, gleich nach Arbeits-
schluß, findet in Sifersbergers Weinhalle, Wien IX,
Alserbachstraße 30, nächst der Stadtbahnstation Brigittabridge,
eine Versammlung der Bahnrichter und Vorarbeiter der k. k.
Staatsbahnen statt.

Tagesordnung: Die Lage der Bahnrichter und
ihre Forderungen im Parlament; Stellungnahme hierzu.

Reichsratsabgeordneter Genosse Tomšik hat sein
Erscheinen zugesagt.

Werde Genossen und Kollegen! Unsere traurige Lage
zwingt uns neuerlich gegen die elenden drückenden Verhält-
nisse zu protestieren und uns schließend zu werden, welche
Schritte wir sofort zu unternehmen gedenken, um bessere
Lebensverhältnisse zu erreichen. Erscheint daher bis zum letzten
Mann zu dieser wichtigen Versammlung. Auch die Kollegen
von auswärts sollen nach Möglichkeit zu der Versammlung
erscheinen.
Die Einberußer.

Offene Anfragen.

An die k. k. Nordwestbahndirektion in Wien!

Die Bediensteten und Arbeiter der Stationen Märtsch-
Budweis bis Gröschelmauth können trotz wiederholter Bitten
keine Regieholz erhalten. Da es vollständig ausge-
schlossen ist, daß sich die Betroffenen bei ihren geringen Be-
zügen bei privaten Händlern die teure Kohle kaufen können,
so wird um Abhilfe gütigst gebeten.

An die k. k. Staatsbahndirektion Villach!

Ist einer Villacher Direktion bekannt, daß in der Sta-
tion St. Veit a. d. Glan zur Substitution für Verschieber un-
geschulte Magazinarbeiter verwendet werden, obwohl dienst-
ältere, geschulte im Magazin vorhanden sind?

Ist einer Direktion ferner bekannt, daß die Magazin-
arbeiter genannter Station kein Unterkunftslokal zur Ver-
fügung haben, wo sie während ihrer 24stündigen Arbeitszeit
der Ruhe pflegen können? Aus dem Wartesaal werden die-
selben verwiesen und das Ergebnis ist derart unrein, daß selbst
abgehärtete Naturen es dort nicht aushalten können.
Um gütige Abhilfe bitten Die Betroffenen.

An die k. k. Generaldirektion der k. k. privilegierten
Büchseleisenbahn in Prag!

Die provisorischen Bediensteten der Station Weipert er-
lauben sich die höfliche Anfrage, warum die Stationsarbeiter
in Weipert keine Regieholz bekommen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck!

Die Beamten, Unterbeamten und Diener der Station
Sallen haben vor sechs Monaten ein Gehalt von Erhöhung
des Quartiergeldes von 50 auf 70 Prozent eingebracht. Nach-
dem sich die Wohnungsverhältnisse in der aufstrebenden In-
dustriestadt Sallen immer mehr verschlechtern, so bitten die
Gefertigten um eine ehebaldige Erledigung.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein
für Oesterreich.

Ortsgruppe Turnau. Sonntag den 10. Dezember 1911,
um 4 Uhr nachmittags findet im Vereinslokal in Bohrajenitz
die Mitgliederversammlung statt. Sene Mitglieder, welche mit
den Mitgliedsbeiträgen im Rückstande sind, werden dringend
ersucht, diese zu begleichen, damit der Jahresabschluß in Or-
dnung gebracht und die Jahresabrechnung zeitgerecht geordnet
werden kann.

Zahlstelle Deutsch-Wagram. Samstag den 2. Dezember
findet um 7 Uhr abends eine freie öffentliche Vereinsver-
sammlung des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines
in Jakob Ebers Gasthaus, Wödlersgasse, Deutsch-Wagram,
statt. Tagesordnung: 1. Die Angelegenheiten der Regie-
rung an die Eisenbahner. 2. Eventuelles. Kollegen, erscheint
zahlreich!

Zahlstelle Furt im Walde. Die nächste Mitglieder-
versammlung wird am 10. Dezember, um 8 Uhr nachmittags, im
Vereinslokal „Zum goldenen Stern“ abgehalten. Vollzähliges
Erscheinen notwendig. Gäste willkommen.

Zahlstelle Aussee. Die Generalversammlung findet am
3. Dezember, um 2 Uhr nachmittags, im Hotel Schindler
statt. Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und vollzählig zu
erscheinen.

Ortsgruppe Weiskirchen. Es diene den werten Genossen
zur Kenntnis, daß Samstag den 3. Dezember 1911, 7 Uhr
abends, im Vereinslokal die Monatsversammlung stattfindet,
wo über den Hinterbliebenenunterstützungsfonds verhandelt
wird. Da am selben Abend, 8 Uhr, von Seiten des Ortsver-
bandes ein Lichtbildvortrag stattfindet, ist es Pflicht eines
jeden Genossen, pünktlich zu erscheinen und die Frauen mit-
zubringen.

Zahlstelle Wenz-Pöfel. Die Generalversammlung fin-
det am 9. Dezember um 7 Uhr abends im Gasthaus des
Herrn Wajek statt. Sämtliche dienstfreien Kollegen werden
aufgefordert, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Zahlstelle Marienbad. Die Mitgliederversammlung fin-
det Sonntag den 10. Dezember um 1/2 Uhr nachmittags in
Rengers Gasthaus statt. Sämtliche dienstfreien Genossen wollen
bestimmt und pünktlich erscheinen. Gäste sind willkommen.

Zahlstelle Tepitz. Den 3. Dezember, um 8 Uhr abends,
findet im Restaurant „Zum Spaten“ in Tepitz, Mühlstraße,
die Monatsversammlung statt. Gleichzeitig werden die Mit-
glieder ersucht, etwa restierende Monatsbeiträge zu begleichen,
damit die Jahresabrechnung rechtzeitig an die Zentrale einge-
sendet werden kann.

Ortsgruppe Linz. Sonntag den 3. Dezember 1. Eise-
nbahnerversammlung nach § 2 in Steyr (Pyhenbahn), im
Gasthaus Preißegg. Anfang 2 Uhr nachmittags. Die Genossen
und Kollegen samt deren Frauen wollen zahlreich erscheinen.
Donnerstag den 7. Dezember 1. J. Vereinsversammlung
im Salon des Herrn Wipflinger, Wiener Reichsstraße, Linz,
mit sehr wichtiger Tagesordnung.

Ortsgruppe Steyr. Die Ortsgruppe veranstaltet am
Sonntag den 10. Dezember 1911 um 12 Uhr mittags eine
Vereinsversammlung in Herrn Pöhlhubers Gasthaus „Zum
Märzenkeller“ in Steyr. Da sehr wichtige Angelegenheiten so-
wie die Einführung der Sterbeunterstützung zu besprechen

sind, werden die Mitglieder und Vertrauensmänner ersucht,
zahlreich zu erscheinen. Von Mitgliedern eingeführte Gäste
haben Zutritt.

Ortsgruppe Krems a. d. Donau. Am Sonntag den
3. Dezember 1. J. findet im Gasthaus vormals Rohrbacher in
Sadersdorf a. Kamp um 1/2 Uhr nachmittags eine Eisen-
bahnerversammlung statt. In dieser Versammlung wird über
die Neueinführung des Hinterbliebenenunterstützungsfonds,
wegen Ausbau des Vertrauensmännersystems bei den Wäch-
tern und Oberbauarbeitern sowie über die Stellungnahme der
organisierten Eisenbahner zu der fortwährenden Preistreibe-
rei bei allen Bedarfsartikeln. Referent aus Wien.

Am Mittwoch den 6. Dezember 1. J., 1/8 Uhr abends,
findet in Krems a. d. Donau in Hubers Garten (Gasthaus
„Zum goldenen Kreuz“) eine freie Eisenbahnerversammlung
statt, zu welcher ein Referent aus Wien kommt. Genosse Wöge-
bauer als Obmann des Wohnhäuserbauforschungsausschusses wird
über den Stand dieser Angelegenheit Bericht erstatten.

Ortsgruppe Floridsdorf. Es diene den Mitgliedern zur
Kenntnis, daß der nächste Vereinsabend am 9. Dezember d. J.
im Brauhaus-Restaurant, Pragerstraße 78, stattfindet. Die
nächstfolgenden Vereinsabende finden jeden ersten Samstag im
Monat im selben Lokal statt. Die Genossen Vertrauensmänner
werden ersucht, für diese Veranstaltungen eine rege Agitation
zu entfalten.

Ortsgruppe Dux. Die Ortsgruppe hält am 8. Dezember
eine freie Vereinsversammlung ab. Da wichtige Angelegen-
heiten wegen der Sterbefälle zu besprechen sind, so werden die
Genossen ersucht, sich zahlreich einzufinden.

Zahlstelle Zwittau. Sonntag den 3. Dezember um
2 Uhr nachmittags, findet im Arbeiterheim Zwittau eine Mit-
gliederversammlung statt. Nachdem sehr wichtige Punkte auf
der Tagesordnung sind, ist es Pflicht, bestimmt und pünktlich
zu erscheinen. Gleichzeitig werden die Genossen ersucht, ihre
Mitgliedsbücher oder Interimskarten beim Kassier behufs
Kontrolle abzugeben.

Sene Genossen, welche in diesem Jahre mit Beiträgen
noch im Rückstand sind, werden ersucht, damit die Zahlstelle
mit der Zentrale zum Jahresabschluß ganz abrechnen kann,
längstens bis 15. Dezember ihre Beiträge einzusenden, eventuell
bei der Versammlung zu begleichen.

Zahlstelle Budau. Die nächste Versammlung findet am
3. Dezember im Gasthaus des Herrn Tausch in Buditz statt.
Anfang 1/3 Uhr nachmittags. Vollzähliges Erscheinen not-
wendig. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Gänserndorf. Die außerordentliche General-
versammlung wird Freitag den 8. Dezember um 2 Uhr nach-
mittags im Gasthaus des Herrn Jakob Czerny abgehalten. Da
bei der Generalversammlung die Wahl sämtlicher Funktionäre
als auch die Wahl der Vertrauensmänner für jede einzelne
Kategorie stattfindet, so ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes,
zu dieser Versammlung bestimmt und pünktlich zu kommen.
Als Legitimation gilt das Mitgliedsbuch oder die Interimskarte.

Ortsgruppe Selzthal. Die Mitglieder werden ersucht,
die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle an den Kassier Genossen
Anderwald abzugeben. Unsere Generalversammlung wird am
6. Jänner 1912 abgehalten. Die Bibliotheksausgabe wird mit
15. Dezember geschlossen.

Ortsgruppe Stadlau. Es diene den Genossen zur Kennt-
nis, daß ab 1. Dezember 1911 wegen Ueberföhlung alle Zu-
schriften an Franz Babowatzky, XXI/5, Wurmbrandgasse 9,
zu richten sind; ferner, daß die Zentralbibliothek in Gröbels
Zeitungsschleiß ab 18. September jeden Montag, Mittwoch
und Freitag von 1/2 bis 8 Uhr abends geöffnet ist und daß
dortselbst an die Genossen, unter Vorweisung des Mitglieds-
buches, Bücher entliehen werden.

Ortsgruppe Svittal a. d. Drau. Am 3. Dezember, um
8 Uhr nachmittags findet im Vereinslokal eine öffentliche
Vereinsversammlung statt, in der unter anderem besonders
über den am 1. Jänner 1912 einzuführenden Hinter-
bliebenenunterstützungsfonds referiert werden
wird. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung werden
die Eisenbahner samt Frauen ersucht, recht zahlreich zu er-
scheinen.

Zahlstelle Buditzdorf. Die Mitglieder der Zahlstelle
werden freundlichst ersucht, die Monatsbeiträge pünktlicher zu
begleichen, damit der Kassier bis zum 10. im Monat mit der
Zentrale regelmäßig abrechnen kann.

Ortsgruppe Budweis. Die Monatsversammlung findet
am 8. Dezember um 9 Uhr vormittags im Vereinslokal, statt.
Die Mitglieder werden ersucht, die Versammlung zahlreich zu
besuchen und ihre Frauen mitzubringen.

Ortsgruppe Marchegg. Am 5. Dezember findet eine
wichtige Versammlung im Gasthaus des Herrn Karl Teusch
um 7 Uhr abends statt. Referent aus Wien. Die Mitglieder
werden aufgefordert, ihre Beiträge für Dezember bis längstens
24. Dezember zu begleichen, da die Abrechnung am 27. De-
zember stattfinden muß.

Ortsgruppe Sigmundsherberg. Die Generalver-
sammlung wird am 3. Dezember, um 1/4 Uhr nachmittags, in
Bair's Gasthaus, mit Vortrag über die Hinterbliebenenunter-
stützung abgehalten. Kein Mitglied versäume, an dieser wich-
tigen Beratung teilzunehmen. Gäste sind freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Stöckelsdorf. Sonntag den 3. Dezember
1/4 Uhr nachmittags, in Brunnens Gasthaus, findet eine § 2-
Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Das Parlament
und die Forderungen der Eisenbahner. 2. Hin-
terbliebenenabfertigung (Sterbefonds). 3. Even-
tuelles.

Zu dieser Versammlung werden die Frauen der Mit-
glieder in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, vollzählig
zu erscheinen.

Ferner werden die geehrten Mitglieder ersucht, indem
bis 27. mit der Zentrale abgerechnet wird, etwaige Rückstände
zu begleichen, um den Jahresabschlußabrechnungen gerecht
werden zu können. Zugleich werden diejenigen Mitglieder, welche
Bibliotheksbücher entliehen haben, aufgefordert, dieselben bis
15. Dezember behufs Kontrolle abzugeben. Bis nach Beendigung
der Kontrolle werden keine Bücher ausgeliehen.

Inhalt der Nummer 33 vom 20. November 1911.

Artikel: Weiter. Hunger! Innsbruck. Aus dem
Staatsangestelltenauschuß. Gegen das Koalitionsrecht der
Eisenbahner. Probleme der Arbeiterpsychologie. Bewegung des
Personals der Büchseleisenbahn. Alte Sünden. Die
Wohnungsfürsorge der k. k. Staatsbahnen im Lichte der Tat-
sachen. Von der Südbahn.

Inland: Kein billiges Fleisch, sondern neue Steuern.
Industrielle Raubpolitik. Die Sündenspeise im Abgeordneten-
haus. Die kaiserlichen Zuckerrüben im Kartell der Zucker-
wucherer. Christlichsozialer Niedergangsercheinungen. Divi-
dendenerhöhungen bei der Büchseleisenbahn. Neue Staats-
bahndirektionen. Ein großer sozialdemokratischer Sieg bei den
Graz Gemeinderatswahlen. Ein neues sozialdemokratisches
Blatt.

Eisenbahnerkalender und Kalendarz
kolejarski.

Ausland: Die deutsche Reichseisenbahnverwaltung
und ihre Arbeiter. Vergleiche Scharfmacherei in Frankreich.
Eine sozialdemokratische Landtagsmehrheit.

Aus dem Gerichtssaal: Wie der Herr Vize-
präsident des „Verkehrsbundes“ die Sozialdemokraten be-
kämpft. Märtsch-Budweis-Oberfurt.

Streiflichter: Zur Prolongation der Regie-
artenlegitimationen des Bahnerhaltungspersonals der Südb-
bahn. Ein deutschnationales Diebstahlkomitee. Die Forderungen

der Bahnmeister. Vorsprache der verunglückten Kondukteure
der k. k. Nordbahn. Todesfall.

Aus den Amtsblättern: Auszahlung des Tag-
lohnes am Geburtstag Seiner Majestät.

Korrespondenzen: Märzauflauf. Witz. Graz II.

Leitmeritz. Nieder- und Obersteier. Gmunden.

Versammlungsberichte: Oberfurt.

Aus den Organisationen: Wetzsch a. d. M.

Graz. Pretau. Kralau. Salzenhofen.

Nach Schluß des Blattes: Die Regierungs-
erklärung zur Eisenbahner- und Beamtenfrage.

Verschiedenes: Eisenbahnnamen und ihre
Deutung.

Mitteilung der Zentrale: Zentralauschuß-
sitzung.

Bekanntmachung der Administration:
Jahresbericht.

Sprechsaal: Parteitagssprotokoll. Bahnauftrag für
die Personalkommission der Südbahn. Bahnauftrag für den
Lokalüberwachungsausschuß des Lebensmittelmagazins der
Nordbahn. Signalmeister Märtsch.

Offene Anfragen: An die Staatsbahndirektion
Trieft. An das k. k. Eisenbahnministerium. An die k. k. Nord-
westbahndirektion. An die k. k. Nordwestbahndirektion.

Freie Eisenbahnerversammlungen:
Jägerndorf. Olmütz. Villach.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerks-
chaftsverein: Ransau. Rixbüchel. Wregenz. Linz. Steyr.
Rudig. Trieft II. Mistel.

Für den Inhalt der In- serate übernimmt die Redaktion und Admini- stration keine Ver- antwortung.	Inserate	Für den Inhalt der In- serate übernimmt die Redaktion und Admini- stration keine Ver- antwortung.
---	-----------------	---

Zur Erfrischung

im Dienst, besonders in der Nacht, em-
pfehlte sich eine kräftige Rindsuppe aus



à 5 h.

Nur mit kochendem Wasser zu übergießen.
Man achte auf den Namen MAGGI
und die Schutzmarke Kreuzstern.

Neu! Die Bemeisterung der Krankheiten Neu!

durch diätetische Kuren ohne Berufsstörung.

Reformhaus „Natura“
Paulus & Co., Brünn, Mähren.

Ehrenerklärung.

Ich Gefertigter Franz Nam, Weichenwächter der
k. k. Staatsbahnen, habe anlässlich eines Gespräches
Herrn Abgeordneten Josef Tomšik beleidigt und
wurde vom genannten Herrn zur Verantwortung ge-
zogen. Nachdem ich mich überzeugt habe, daß die von
mir wider Herrn Josef Tomšik gebrachten Anwürfe
absolut haltlos und unwahr sind, fühle ich mich ver-
pflichtet, hiermit Herrn Abgeordneten Josef Tomšik
öffentlich Abbitte zu leisten, und danke ihm ergebendst,
daß er von einer gerichtlichen Verfolgung gegen mich
Abstand genommen hat.

Franz Nam, Weichenwächter,
Wien XVII, Balberichgasse 3, 2. Stod, Tür 30.

Mechanische Stridereien und Stridgarnhändler.
Kaufleute und Konsumvereine

kaufen Stridgarne (Baumwoll- oder Schafwollgarne) am
besten und am vortheilhaftesten in der ersten Stridgarnfabrik
Brosche & Cie., Reichenberg (Böhmen).
Filiale: Wien VII, Schottenfeldgasse 21. Musterkarten gratis.

Gasthofübernahme.

Beehre' mich hiermit dem sehr geehrten Eisenbahnpersonal
und der P. T. Arbeiterschaft von Villach die ergebenste Anzeige
von der Uebernahme des Gasthofes

„zur Krone“
in Villach, Magenfurterstraße, zu erstatten und bitte um deren
würdigen Zuspruch.
Villach, im November 1911. Mattheus Said,
Gastwirt.

Postentausch.

Ein Lokomotivführeranwärter des Heizhauses Innsbruck wünscht
mit einem Kollegen gleichen Standes des Heizhauses Linz zu
tauschen. Zuschriften an die Leitung der Ortsgruppe III des
Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines in Innsbruck, Liebenegg-
straße 12, 4. St.

Dankagung.

Gefertigter dankt allen Genossen und Freunden, den Herren Beamten von
Reubau-Kreuzstern, insbesondere aber dem Herrn Vorstand und seiner Frau Ge-
mahlin für die Beteiligung an dem Lebensabend seiner leider zu früh ver-
storbenen Gattin.
Mit herzlichem danke ich den Genossen und Kollegen von Reubau für die
schönen Kranzspenden.
Georg Eder,
Reubau. St.-E.-G.

HÜTEN SIE SICH

vor der Vernachlässigung entwicklungs-fähiger Krankheits-Erscheinungen. Wenn Sie husten, heiser, verschleimt, verschluckt und appetitlos sind, wenn Sie ein Abnehmen Ihres Körpergewichtes merken, wenn Sie nachts schwitzen, sich schwach, erschöpft fühlen, so bestellen Sie sofort Dr. Kény's Lindenhonig (Sirup) und verhindern Sie das Weitergreifen des Übels. Probestaschen 8 K. Grosse Fl. 5 K. 8 Fl. franko 15 K. per Nachnahme nur durch



Hugo Drény's Apotheke, Budapest, Tököly-ut 28. Depot 12.

AUF RATEN! WEIHNACHTEN 1911.



Stiefquantitäten von Goldketten und Prachthüllen verkaufe ich in ganz Österreich-Ungarn ohne Preisverhöhung! Bessere sofort für K 14 eine erstklassige echte Silber-Remontoiruhr mit drei Silberketten, nach, prachtvoll graviert. Und eine 14 karatige Goldkette, modernste, Panzerkette, f. t. punziert, 60 Gramm schwer, für K 140 an den günstigsten Bedingungen nur K 4 monatlich. Ihr liebe Kette auch für Damen. Die sofortige Zulassung erfolgt überallhin gegen Voreinblendung oder Nachnahme des ersten Betrags von K 11.

GOLDWARENHAUS LECHNER, LUNDBURG NR. 304.

Achtung, Eisenbahner!! Viel Geld ersparen Sie beim Einkauf!

Von Verfahrern eleganteste Herrenanzüge von K 14—, Hüter von K 10—, Bodentücher, Wettertrüger von K 8—50, Modetücher von K 4— aufwärts, von feiner Herren-, Damen- und Kinderwäsche, fertige Bettwäsche, weiß oder farbig, nur K 5—, Leintücher K 1—50, schwere Bettzeuge, Damasttücher, Bettuch, Keinen, Chiffone, Angine, per Stück nur K 9—50, Handtücher, Tischtücher, Vorhänge K 3—, Garantiert nur gebrauchte Ware, alles erstaunlich billig. Einzig in Wien nur bei

Goldstein, VII, Kaiserstrasse 40.

Auch Niederziehbarkeit, per Anzug K 3—. Provingverband reell per Nachnahme.

Die

„Patent-Korkkappe“

ist die beste Uniformkappe der Gegenwart.

R. u. k. Hof-Uniformen-, Uniformsorten- u. Tuchfabriken

Wilhelm Beck & Söhne

Zentrale: Wien, VIII. Langgasse Nr. 1.

Fabrik: Wien, VI. Bezirk, Hirschengasse Nr. 25.

Die

Richters Gesundheits-Roggenkaffee

ist, wie Tausende Anerkennungs-schreiben bezeugen, der beste.

Jedem Kaffee-Bater wird ein schöner Gebrauchsgegenstand aus Nickel, Glas etc., vor Weihnachten ein prachtvolles Christbaumgelenk und Kindererlebenszeug je nach Wunsch

umsonst

Geigepack. — 5 Kilo kosten franko per Nachnahme K 4—, ohne Gesandtagabe K 3—40 per Post.

Karl Richter, Gesundheits-Roggenkaffee-Fabrik, Lewin 7, Böhmen.

Jedem Bater wird ein Verzeichnis der Gesandtagaben beigelegt.

Die

10.000 Militär-Leintücher, unverwundlich, mit Stempel

200x140 cm gross, 1 Stück K 2-75.

500 Dtd. Handtücher, 100x50 cm gross, 1 Stück 65 h,

halbleinen 98x47 cm gross 60 h.

500 Dtd. Glas- und Wischtücher, Qualitätsorten,

Leinen gestreift, 70x70 cm gross 55 h, halbleinen mit rotem Karo,

gleicher Größe 50 h.

10.000 Tigerdecken mit farbiger Bordüre, jahrelang ver-

wendbar, 200x125 cm gross, 1 Stück K 2-40.

5000 Lamadecken, wollartig, schneeweiss, hochelegant,

mit farbiger Bordüre, 200x125 cm gross, K 3-20

versendet gegen Nachnahme von K 12— an franko

Max Berger, Deschenitz Nr. 331 a

Böhmerwald.

Kein Risiko, da Umtausch gestattet oder Betrag zurückgezahlt wird.

Die

Beste billigste Bezugsquelle!

Bettfedern, Daunen

1 Kilo neue, graue, geschliffene Bettfedern

K 2—, bessere K 2-40, halbweiße K 2-50, weiße

K 4—, bessere K 6—, Gerichthalsfedern, schnee-

weiß K 8—, Daunen, grau K 6—, 7— und

8—, Daunen, weiß K 10—, Brusthaum K 12—,

Haarhaum K 14—, von 5 Kilo an franko.

Fertige Betten

aus dichtfüßigem roten, blauen, gelben oder weißen Mantel, 1 Tuchent circa

180/120 cm groß, samt 2 Kopfkissen, die circa 80/60 cm groß, genügend

gefüllt mit neuen, grauen, baurartigen Federn, K 18—, Halbbetten K 20—,

Tannen K 24—, Tuchent allein K 12—, 14— und 16—, Kopfkissen allein

K 3—, 3-50, fester K 4—, Tuchent, circa 180/140 cm, K 15—, 16— und 20—,

Kopfkissen, circa 90/70 cm, K 4-50, 5— und 6-50, Unterbett, circa 180/110 cm,

K 13—, 15— und 18—, Kinderbetten, Bettüberzüge, Leintücher, Matratzen,

Stegdecken, Glasentdecken u. i. w. billig, verleiht per Nachnahme, Verpackung

gratis, von K 10— an franko

Josef Blahut, Deschenitz Nr. 109 (Böhmerwald).

Nichtpassendes umgetauscht oder Geld retour. Verlangen Sie die ausführliche,

illustrierte Preisliste gratis und franko.

Nebenerwerb oder Existenz

sichern sich Herren und Damen selbst in den kleinsten Orten durch

Verkauf grossartiger Haushaltsgebrauchsartikel. Riesenerdienst zu-

gesichert. Näheres gratis. Anfragen mittelst Postkarte unter „Nr. 28“

an die Annoncenexpedition Eduard Braun, Wien I, Rotenturmstrasse 9. 278

Ohne Anzahlung gegen Monatsraten

Illustr. Preiskataloge gratis und franko.

nur erstklassige



Uhren



Gramophone



Theater- u. Reisegeleiser

nur erstklassige

„Auf Verlangen“ Auswahlsendungen.

Adolf Jirka, Uhrmacher und Juwelier, Krumau a. d. Moldau.

Konkurrenzlos! Wir liefern unsere erstklassigen, den echten Smyrna äussend ähnlichen **prachtvolle**

Wandteppiche von vorzähl. Qualität und unbegrenzter Haltbarkeit direkt an die Konsumenten. **K 5-50**

Wandteppiche in reizenden persischen und Figurendessins, 100 cm breit, 200 cm lang K 5-50. Papageien, flüchtendes Hochwild, Löwe, Schwan, Rehfamilie, Fuchs, Hund etc.



Salon-teppiche

aus dicker Plüschchenille, seidengleich, in herrlichen persischen, Sezessions- und Blumenmustern, Grundfarben rot und grün.

140 cm breit, 200 cm lang K 8—, 201 cm breit, 300 cm lang K 15—

180 : : 250 : : 11—, 260 : : 860 : : 25—

190 : : 270 : : 14—, 300 : : 400 : : 34—

Bettvorleger aus gleichem Material K 1-80 per Stück.

Lambrequis (Fensterhütten) aus extrastarkem Double-Smyrnachennillgewebe, 125 cm

hoch, 140 cm breit, mit Bordüre u. Fransen od. pers. Muster K 5-50 p. Stück.

Preise und Qualität ohne Konkurrenz.

Versand per Nachnahme. Bei Nichtkonvenienz Umtausch od. Geld retour.

Waren-Versandhaus Gustav Stern vormals

Produktiv- u. Handels-Gesellschaft in Goding Nr. 5 (Mähren).

Reichhaltigster Preiskatalog gratis und franko. 294

Für Herren!

Winterulster Kr. 18—, 30—, 40—

Winterrock, lang „ 24—, 32—, 48—

Wetterfragen „ 9—, 15—, 18—

Winteranzug „ 24—, 30—, 40—

und aufwärts.

Eigene Abteilung für Maßbestellungen.

Gegen Vorweisung der Legitimation gewähre ich dem

P. T. Eisenbahnerpersonal und beschäftigten Personal deren

Werkstätte 5 Prozent Rabatt von den festgesetzten ersicht-

lichen Preisen. — Illustrierte Kataloge gratis.

Albert Kern, Graz, Annenstrasse 28.

Kaufe bei Kraus

wer edle schöne Leinen schätzt!

Zu Reklamepreisen:

1 Stück irischer Web 80 Zentimeter breit, 23 Meter lang . K 11-50

6 Leintücher ohne Naht aus sehr schöner, bester

Flachsleinwand, 150x225 Zentimeter gross . . . K 16-20

Reste sehr schöner weisser Wäschebe

teinfädig, für jede Wäscheart haltbar . . per Meter 55 h

Mindestabgabe 8 bis 4 Reste, zusammen circa 40 Meter.

1 Dutzend Leinwandhandtücher 50x110 Zentimeter gross . K 6—

1 Doppelmast Praanthandtücher, reinl. 60x120 gross K 12—

Versand per Nachnahme. Nichtpassendes wird zurückgenommen.

Leinenfabrik Jos. Kraus, Nachod VII (Böhmen).

Muster jeder Art nur gediegenster Webw. in

für Haushalt und Ausstattung gratis.

44-jähriges bestes Renommee verbürgt Solidität

Statt 16 Kronen nur 6 Kronen!

Durch billigen Gelegenheits-

kauf einer großen Uhren-

fabrik verkaufe ich meine

Original Metall-

Gloria-Silber-lmit.-Rem.-Uhr

Doppelmantel, 36-fachiges

vorzügliches Remontoir-

Ankerwerk, in Steinen

laufend, prachtvoll schönes

Gehäuse, drei starke Män-

tel, mit Wappens, Pferd-,

Sirsch- oder Löwengravie-

rung, solange der Vor-

rat reicht, um den Spott-

preis von

6 Kronen per Stück.

Passende Metall-„Gloria“-

Silberkette samt Anhänger

1 Kr. Drei Jahre schriftliche

Garantie. Versand per Nach-

nahme. Uhren-Exporthaus

Max Böhmel, Wien IV, Margarethenstrasse 27/9.

Warnung! Jede Original-„Gloria“-Uhr ist mit obenstehender Schutzmarke

versehen und weisse man billiger, schlechtere Nachahmungen zurück. 178

Beste böhmische Bezugsquelle!

Billige Bettfedern!

1 kg graue, gute, geschliffene 2 K 50; bessere 2 K 40; prima halbweiße 2 K 50; weiße 4 K; weiße, Haumlinge 5 K 10; 1 kg hoch eine, schneeweisse, geschliffene 6 K 40, 5 K; 1 kg Tannen (Haum), graue 4 K, 7 K; weiße, feine 10 K; allerfeinste Brusthaum 12 K. Bei Abnahme von 5 kg franko.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfüßigem roten, blauen, weißen oder gelben Mantel, 1 Tuchent, 180 cm

lang, circa 120 cm breit, mit samt 2 Kopfkissen, jedes 80 cm lang, circa 60 cm

breit, gefüllt mit neuen, grauen, sehr baurartigen, haumigen Bettfedern 18 K;

Halbbetten 20 K; Tannen 24 K; einzelne Tuchente 10 K;

12 K, 14 K, 16 K; Kopfkissen 3 K, 3 K 50, 4 K; Tücher, 200 cm

lang, 140 cm breit, 13 K, 14 K 50, 17 K 80, 20 K; Kopfkissen, 90 cm

lang, 70 cm breit, 4 K 50, 5 K 80, 5 K 70; Unterbette aus Harten,

seitlichen Grabel, 180 cm lang, 115 cm breit, 12 K 80, 14 K 80. Versand

gegen Nachnahme von 12 K an franko, um auch gefäddet, für Nichtpassendes

Geld retour. 290

S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.

Reichhaltigster Preisliste gratis und franko.

Die neue Adresse unseres Druckerei-

gebüdes bitten wir genau zu beachten:

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“

Swoboda & Co.

V, Rechte Wienzeile 97

(früher V, Wienstrasse 89a)

Telephon 2364 3545

Achtung! Eisenbahner!

Möbel auffallend billig!

2 St. Walgenaufgabeten 30 K, Divan mit Matratze 30 K, Schlaf-

sofa 16 K, 2 Kissen 35 K, 2 Doppeltücher 60 K, Bettelins 8 K,

2 Doppeltücher mit Schubladen 25 K, Matratze 10 K, Dekorations-

divan 42 K, Ottomane 24 K, Schreibtisch 20 K, 2 Küchenfedern

20 K, Kissen- und Kücheneinrichtung (sofortig).

EISLER (besonderer Schätzmeister),

Tischler- und Tapezierer-Möbel, Wien XV,

Spargasse 2 (Häutstello Hotel, Holzwarth), „Zum Eisenbahner“, 157

MESSER WEG!

ges. geschliffen, hygienisches Rasieren

ohne Messer ohne Apparat.

Man bürstet sich ein, wäscht sich rein und

ist in 5 Minuten tadellos rasiert. Keine

Verletzung, keine Ansteckung, kein Bren-

nen nach dem Rasieren. Unser Präparat

„Messer weg“ ist garantiert unfehlbar

und steht unter händiger Kontrolle des

Gewerkschafts-Dr. O. Blachoff in Berlin.

Einzig behördlich approbiertes Rasier-Präparat. Eine große Dose für viele

sonstigen Gebrauch gegen Entsendung von K 3-50 oder gegen Nachnahme (40 h).

Stompl. Garnitur-Italien K 1—, H. Freund, „Messer weg“-Vertrieb, Wien

II, Grabenstraße 5, 101. 5. 77. wieservorkäufer besucht.

HAMMERBROT

1/8 KILO SCHWERER

BEI DEN STEIGENDEN MEHLPREISEN

Bedeutet diese bis zum Jahres-

schluss andauernde Gewichts-

erhöhung eine erhebliche

Mehrbelastung unseres Unter-

nehmens. Wir wollen jedoch

dahin in den Zeiten der

drückendsten Teuerung eine

allgemeine Brotverbilligung

durchsetzen und erwarten, dass

die konsumierende Bevölke-

rung unsere Bemühungen zur

Erreichung dieses gemein-

ützigen Zweckes tatkräftig

unterstützen wird

DER AUFSICHTSRAT DER

HAMMERBROTWERKE

UND DAMPFMÖHLE

SKARET, MANUSCH & CO

DIESE SCHILDER BEZEICHNEN

UNSERE VERKAUFSSTELLEN

BROT

Herausgeber Josef Tomisch. — Verantwortlicher Redakteur

Frans Vill.